



Redaktionsadresse:

Forum Politische Bildung

A-1010 Wien, Hegelgasse 6/5

Tel.: 0043/1/512 37 37-11

Fax: 0043/1/512 37 37-20

E-Mail: [office@politischebildung.com](mailto:office@politischebildung.com)

[www.politischebildung.com](http://www.politischebildung.com)

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Demokratiebewusstsein stärken

Forum Politische Bildung (Hrsg.). Wien 2019

(Informationen zur Politischen Bildung; Bd. 44)

ISBN: 9783950423464

Alle Rechte vorbehalten

Satz & Layout: Katrin Pflieger Grafikdesign

Lektorat: Paul Winter, MA

Druck: Wograndl Druck GmbH, 7210 Mattersburg

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz

Grundlegende Richtung der Halbjahresschrift

*Informationen zur Politischen Bildung*: Fachzeitschrift für Politische Bildung

mit fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Beiträgen zum Thema  
und konkreten Umsetzungen für den Unterricht.

Die veröffentlichten Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung  
der HerausgeberInnen wieder.

Bildnachweis Umschlag:

Bild 1: Lara Möller

Bild 2: Pixabay/Gerd Altmann

Bild 3: Lara Möller

Bild 4: Pixabay/John Hain

Wir haben uns bemüht, alle InhaberInnen von Bildrechten ausfindig zu  
machen. Sollten dennoch Urheberrechte verletzt worden sein, werden  
wir nach Anmeldung berechtigter Ansprüche diese entgelten.

Die *Informationen zur Politischen Bildung* werden  
von folgenden Institutionen unterstützt



# Informationen zur Politischen Bildung

Nr. 44 • 2019

Demokratiebewusstsein stärken

## Forum Politische Bildung:

Mag. Barbara-Anita Blümel *MAS Parlamentsdirektion*

Prof. Mag. Wolfgang Buchberger *Pädagogische Hochschule Salzburg*

Em. Univ.-Prof. Dr. Herbert Dachs *Abteilung Politikwissenschaft, Universität Salzburg*

Mag. Gertraud Diendorfer *Demokratiezentrum Wien*

Mag. Petra Dorfstätter, *Politikwissenschaftlerin*

Mag. Irene Ecker M.Ed. Msc. *FDZ GSK/PB der Universität Wien, HTL Ettenreichgasse*

Univ.-Prof. Dr. Heinz Fassmann *Institut für Geografie und Regionalforschung, Vizerektor der Universität Wien (bis 18.12.2017)*

Em. Univ.-Prof. Dr. Hans-Georg Heinrich *Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien*

Univ.-Prof. Dr. Thomas Hellmuth *Institut für Geschichte/Zentrum für LehrerInnenbildung, Universität Wien*

Ao. Prof. i.R. Dr. Otmar Höll *Universität Wien*

Univ.-Prof. Dr. Christoph Kühberger *Fachbereich Geschichte, Universität Salzburg*

Univ.-Prof. Dr. Dirk Lange *Zentrum für LehrerInnenbildung, Universität Wien*

Mag. Stefan Schmid-Heher Mag. BEd *Zentrum für Politische Bildung, Pädagogische Hochschule Wien*

Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka *Central European University Budapest*

Mag. Herbert Pichler *Schulzentrum Ungargasse, FDZ Geographie und Wirtschaftskunde, Universität Wien*

Univ.-Prof. Dr. Sonja Puntcher-Riekman *Abteilung Politikwissenschaft, Universität Salzburg*

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Sander *Abteilung Didaktik der Sozialwissenschaften, Universität Gießen*

Em. Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert *Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien*

Dr. Gabriele Schmid *Abteilung Bildungspolitik, AK Wien*

Em. Univ.-Prof. Dr. Emmerich Tálos *Institut für Staatswissenschaft, Universität Wien*

Mag. Dr. Gerhard Tanzer *Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung*

Univ.-Prof. Dr. Brigitte Unger *Utrecht School of Economics*

Em. Univ.-Prof. DDr. Manfred Welan *Universität für Bodenkultur Wien*

Mag. Dr. Elfriede Windischbauer *Rektorin der Pädagogischen Hochschule Salzburg*

## Redaktion:

Mag. Gertraud Diendorfer (Gesamtredaktion)

Mag. Simon Usaty (Redaktionelle Mitarbeit)

# Inhalt

## 3 Einleitung

### Informationsteil

5 **Martina Zandonella**  
Demokratie ist nicht gleich  
Demokratie

15 **Dieter Segert**  
Demokratiegefährdungen: Ursachen  
und Gegenmaßnahmen

22 **Wolfgang Buchberger**  
Demokratie lernen und leben im  
Rahmen schulischer Politischer Bildung

30 **Petra Mayrhofer**  
Schulgemeinschaft und  
Schuldemokratie in Österreich

### Für den Unterricht

37 **Elmar Mattle/Simon Mörwald**  
**Ich bin nicht alleine auf der Welt!**  
Der demokratische Grundwert Solidarität  
im Politikunterricht

49 **Lara Möller**  
Methodische Zugänge zur Stärkung des  
Demokratiebewusstseins

59 **Stefan Schmid-Heher/Georg Lauss**  
Was schätzen wir an der Demokratie?  
Ein Unterrichtskonzept in drei  
Bausteinen

### Grafiken, Tabellen, Materialien

8 Demokratisierungswellen  
9 Demokratiecriteria nach Freedom House  
11 Spektrum von politischen Herrschafts-  
systemen  
12 Beteiligung im Schulkontext  
13 Zustimmung zur Demokratie als bester  
Regierungsform  
13 Drei Einstellungsmuster in Zusammenhang  
mit Demokratie  
19 Entwicklung der Wahlbeteiligung in  
Osteuropa  
26 Demokratische Grundwerte  
31 Gremien der Schulpartnerschaft  
32 Kompetenzverteilung in den Gremien  
der Schulpartnerschaft

34 Aufbau der BundesschülerInnenvertretung  
36 Organisation und Aufbau eines  
SchülerInnenparlaments  
52 Mentimeter „Demokratie“  
57 Arbeitswissen Merkmale einer Demokratie  
64 Arbeitswissen Parlamentarismus  
65 Arbeitswissen Merkmale der Staatsform  
Demokratie  
66 Arbeitswissen Gleichheit  
67 Arbeitswissen Mitbestimmung

71 **Glossar**  
72 **AutorInnen**

# Einleitung

Demokratiebildung ist eine zentrale Aufgabe der Politischen Bildung und von enormer gesellschaftspolitischer Relevanz, denn Demokratie muss gelernt, geschützt und weiterentwickelt werden. Dies kann nur von demokratiepolitisch geschulten BürgerInnen auf Basis des Rechtsstaats und der verfassungsmäßig garantierten Grundrechte erfolgen. Im Rahmen von Politischer Bildung erfolgt eine Auseinandersetzung mit diesen demokratischen Werten ebenso wie der dafür notwendige Erwerb politischer Urteils- und Handlungskompetenz sowie Kritikfähigkeit. Daher beschäftigt sich das vorliegende Themenheft mit Möglichkeiten, wie Demokratiebewusstsein gestärkt und Demokratiebildung umgesetzt werden kann.

In den fachwissenschaftlichen Beiträgen beschäftigt sich Martina Zandonella mit den verschiedenen Kriterien und Modellen von Demokratie und diesbezüglichen Einstellungsmustern. Dieter Segert thematisiert Demokratiegefährdungen anhand der Erfahrungen in Osteuropa während und nach der Transformation hin zu demokratischen Ländern und vergleicht diese mit dem „goldenen Zeitalter“ der Wohlfahrtsstaaten in Westeuropa, als Demokratie noch stabiler war als heutzutage. Seine Schlussfolgerung: Eine partizipative Demokratie verlangt auch nach ökonomischer Gleichberechtigung und möglichst gerechter Verteilung innerhalb der Gesellschaft.

Daran anschließend befasst sich Wolfgang Buchberger mit fachdidaktischen Überlegungen, wie Demokratielernen im Rahmen Politischer Bildung in der Schule umgesetzt werden kann, und zeigt auf, wo die gesetzlichen Vorgaben für Demokratiebildung liegen (Fach GSK/PB und Unterrichtsprinzipien). Es folgt ein Beitrag zur Schuldemokratie von Petra Mayerhofer, in dem sie einen Überblick über schulparterschaftliche Gremien und Handlungsmöglichkeiten der SchulpartersInnen aufzeigt. Im Rahmen der Schuldemokratie gemachte Erfahrungen stärken, wie Untersuchungen dazu bestätigen, die Handlungsfähigkeit einer/s jeden – und damit auch das Demokratiebewusstsein.

Die Unterrichtsbeispiele in diesem Band zeigen verschiedene methodische Zugänge zur Stärkung des Demokratiebewusstseins auf („Bewusstseinsstrom“ oder „Demokratiemaschine“) und knüpfen dabei an schon vorhandene Demokratievorstellungen der SchülerInnen an (Lara Möller) und setzen sich mit Hilfe des Österreichischen Demokratie-Monitors mit dem Demokratieverständnis der österreichischen Bevölkerung auseinander, um so auch eigene Positionen dazu besser entwickeln zu können (Georg Lauss und Stefan Schmid-Heher). Und sie beschäftigen sich mit demokratischen Grundwerten wie zum Beispiel dem der „Solidarität“, um damit auch aufzeigen zu können, dass jede/r von uns Verantwortung für das Gemeinwohl innehat, aber auch inwieweit das politische System dem „Grundwert Solidarität“ gerecht wird (Elmar Mattle und Simon Mörwald).

Ergänzt werden die Beiträge mit Grafiken, kopierfähigen Vorlagen, Glossar, Arbeitswissen etc. und mit Hinweisen auf weiterführende Materialien oder vertiefende Informationsquellen.

Gertraud Diendorfer

Februar 2019

# Wie kann ich Demokratie mitgestalten?



Aus: Ausstellung „Demokratie – Grundlage unseres Zusammenlebens“, Station 8. © Demokratiezentrum Wien, Wien 2018.

Martina Zandonella

# Demokratie ist nicht gleich Demokratie

## Was ist Demokratie?

Die Demokratie als Staats- und Regierungsform reicht zurück bis in das antike Griechenland. Das altgriechische „demokratia“, zusammengesetzt aus „demos“, dem (Staats-)Volk und „kratia“ – Macht oder Herrschaft – beinhaltet bereits ihren Kern: In einer Demokratie geht die Macht vom Volk aus.

**Die Macht  
geht vom  
Volk aus**

Entstanden ist die Demokratie in den antiken griechischen Stadtstaaten, allen voran in Athen im 5. Jahrhundert vor Christus. Die antike griechische Demokratie war eine direkte Demokratie, deren Kernstück die Volksversammlung war. Diese kam mehrmals pro Jahr zusammen, alle (männlichen) Bürger hatten ein Rede- und Abstimmungsrecht, und dort wurden alle wichtigen Belange des Staates debattiert und entschieden. Den Status eines Bürgers konnte im antiken Griechenland jedoch nicht jede/r erlangen: Frauen, Sklaven und Zugewanderte waren von diesem und damit auch von jeglicher Mitbestimmung in staatlichen Belangen ausgeschlossen. Aus heutiger Sicht bzw. nach heutigen Kriterien kann man daher auch nicht mehr davon sprechen, dass es sich um eine Demokratie handelte.

Lange haben sich DenkerInnen unterschiedlichster Disziplinen – von den antiken Philosophen über WissenschaftlerInnen bis hin zu PolitikerInnen – damit auseinandergesetzt, was eine Demokratie ist und wie sie ausgestaltet sein sollte. Deshalb gibt es heute auch unterschiedliche Definitionen von Demokratie, wobei ein kleinster gemeinsamer Nenner festgehalten werden kann: **Die zentrale Idee von Demokratie ist, dass die BürgerInnen das Recht haben zu entscheiden, wer regiert.**<sup>1</sup> Beispielsweise hat der US-amerikanische Präsident Abraham Lincoln im Jahr 1863 die Demokratie als eine Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk bezeichnet.<sup>2</sup>

**Vielfältige  
Definitionen  
von Demo-  
kratie**

Auch die wissenschaftlichen Definitionen von Demokratie sind zahlreich. Abhängig davon, wie umfassend sie sind und welche Aspekte sie in den Vordergrund rücken, können sie zu drei Konzeptionen zusammengefasst werden:<sup>3</sup>

### Repräsentative Demokratie

Die (relativ) minimalistische Konzeption von Demokratie beschränkt sich auf das liberale Prinzip und die Repräsentation durch politische Eliten: Demokratie soll die BürgerInnen also vor Übergriffen – im Besonderen durch den Staat – schützen, indem sie individuelle Freiheitsrechte gewährt und garantiert. Dazu zählen etwa das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Informations- und Medienfreiheit oder das Recht auf Eigentum. Ihre Interessen können die BürgerInnen einbringen, indem sie in freien Wahlen ihre RepräsentantInnen bestimmen. Darüber hinaus gehende Partizipation am politischen Prozess ist hier nicht oder kaum vorgesehen.

**Wahl von  
Vertre-  
terInnen und  
Schutz von  
Freiheits-  
rechten**

### Partizipative Demokratie

Anders in partizipativen Konzepten von Demokratie: Sie betrachten politische Mitsprache als einen Kern von Demokratie, da sie nicht nur das politische Interesse,

**Weitreichende Mitsprachemöglichkeiten** sondern auch die individuelle Selbstentfaltung und gesellschaftliche Integration fördert. Dementsprechend sollen BürgerInnen also nicht nur Freiheitsrechte haben und ihre RepräsentantInnen frei wählen. Sie sollen darüber hinaus in möglichst vielen Formen politisch partizipieren können, damit anstehende Entscheidungen basierend auf umfassenden, öffentlichen Debatten getroffen werden.

**Partizipation durch soziale Rechte**  
**Gerechte Verteilung**  
**Soziale Demokratie** Die dritte Konzeption von Demokratie erweitert die beiden vorherigen wiederum um die soziale Komponente: Sie sieht soziale Gerechtigkeit als Voraussetzung für freie und faire Partizipation – soziale Rechte sowie die Reduzierung von sozioökonomischer Ungleichheit sind also grundlegende demokratische Ziele. Soziale Rechte sollen dabei einen angemessenen Lebensstandard ermöglichen und Risiken abfedern. Sie beinhalten beispielsweise das Recht auf Wohnraum, faire Arbeitsbedingungen, Gesundheits- und Altersversorgung.

## Wann ist ein Staat eine Demokratie?

Für die Entscheidung, ob ein heute bestehender Staat eine Demokratie ist bzw. welche Qualität diese Demokratie hat, können also unterschiedlichste Kriterien herangezogen werden. Jedoch sind dabei jedenfalls die folgenden drei zu berücksichtigen: Freiheit, politische Gleichheit und Kontrolle.<sup>4</sup>

**Grenzen für die Staatsgewalt**  
**Freiheit braucht Rechtsstaat** Freiheit umfasst die bereits erwähnten bürgerlichen Freiheitsrechte – sie schützen den/die Einzelne/n vor Übergriffen durch Dritte, im Besonderen auch durch den Staat. Zur Gewährleistung dieser Rechte reicht die Volkssouveränität – dass also das Volk und nicht z.B. ein König die Staatsgewalt innehat – jedoch nicht aus. Es braucht darüber hinaus einen Rechtsstaat, der das Handeln des Staates regelt und ihm Grenzen setzt.

**Jede/r hat die gleichen Rechte**  
**Politische Gleichheit im Sinne gleicher Zugangschancen** Die Geschichte hat außerdem gezeigt, dass eine tatsächliche Garantie bürgerlicher Freiheitsrechte nur dann stattfindet, wenn alle BürgerInnen das Recht zur politischen Beteiligung haben. Daher hängt Freiheit also unmittelbar mit politischer Gleichheit zusammen. Gleichheit bedeutet in diesem Zusammenhang in erster Linie die Gleichbehandlung im politischen Prozess: Alle BürgerInnen haben die gleichen Rechte zur Beeinflussung politischer Entscheidungen und verfügen über die gleichen Zugangschancen zu politischer Macht.

### **Machtverteilung und Kontrolle („Checks and Balances“)**

Damit ein Staat als Demokratie gilt, muss er also Freiheit und Gleichheit garantieren bzw. schützen. Da Freiheit und Gleichheit jedoch nicht einfach nebeneinander, sondern in enger Wechselwirkung zueinander stehen, ist es immer auch Aufgabe von Demokratie, eine Balance zwischen beiden herzustellen bzw. aufrechtzuerhalten. An dieser Stelle kommt der dritte Aspekt – jener der Kontrolle – ins Spiel. Kontrolle erfolgt in Demokratien auf zwei Ebenen:

**Kontrolle durch Gewaltenteilung ...** Zum einen braucht eine Demokratie Mechanismen, mit denen sich ihre Institutionen gegenseitig kontrollieren. Grundlegend ist dies in der Gewaltenteilung verwirklicht, welche die Macht des Staates auf mehrere Staatsorgane aufteilt. In modernen Demokratien wie in Österreich ist daher die Legislative (also der Nationalrat, der Bundesrat und die Landtage, die Gesetze beschließen) von der Verwaltung (deren Aufgabe es

ist, Gesetze umzusetzen) und der Judikative (also den RichterInnen, die Recht sprechen und den Gesetzen so Wirkung verschaffen), getrennt.

Zum anderen müssen die BürgerInnen durch politische Partizipation – allen voran durch Wahlen – selbst entscheiden können, wie die Balance zwischen Freiheit und Gleichheit gestaltet werden soll: Sie kontrollieren ihre RepräsentantInnen, indem sie diese wiederwählen oder ersetzen.

**... und freie Wahlen**

In diesem Zusammenhang unterscheiden sich Demokratien heute auch dahingehend, wie die Macht bzw. ihre Kontrolle unter diesen gewählten RepräsentantInnen aufgeteilt ist:<sup>5</sup> In präsidentiellen Regierungssystemen wie den USA ist der Regierungschef bzw. die Regierungschefin gleichzeitig Staatsoberhaupt und dem Parlament nicht direkt verantwortlich. Er oder sie verfügt also über ein relativ hohes Ausmaß an Macht und unterliegt relativ wenigen Kontrollen, wobei die Parlamente zumeist ein Amtsenthebungsverfahren einleiten können.

**Präsidentielles System**

Demgegenüber hat sich in parlamentarischen Systemen die Regierung dem Parlament zu verantworten. Das Parlament kann darüber hinaus die Regierung unter bestimmten Voraussetzungen entlassen – in Österreich beispielsweise durch ein Misstrauensvotum. In parlamentarischen Systemen sind RegierungschefIn und Staatsoberhaupt außerdem voneinander getrennt, und das Staatsoberhaupt verfügt im politischen Alltag über nur eingeschränkte Machtbefugnisse.

**Parlamentarisches System**

In semipräsidentiellen Regierungsformen – z.B. in Frankreich – ist die Macht relativ gleich zwischen RegierungschefIn und Staatsoberhaupt verteilt. Dabei ist die Regierung dem Parlament verantwortlich, während der/die PräsidentIn weitgehend unabhängig agieren kann.

**Semipräsidentielles System**

## Wie wird Demokratie bzw. ihre Qualität gemessen?

In Hinblick auf die Messung von Demokratie stand lange Zeit im Vordergrund, ob ein politisches System eine Demokratie sei oder nicht. Dass zunehmend von Interesse ist, welche Qualität eine Demokratie hat und ob bzw. warum sich diese Qualität ändert, hängt mit mehreren Faktoren zusammen:<sup>6</sup>

Zum einen hat sich die Demokratie in den letzten 200 Jahren über weite Teile unserer Erde ausgebreitet. Die erste dieser „Demokratisierungswellen“ betrifft das 19. und frühe 20. Jahrhundert: Ihr Startpunkt wird 1828 festgemacht, als die weißen und männlichen Staatsbürger der USA das Wahlrecht erhielten, ihr Ende fand sie in den 1920ern. In diesem Zeitraum wurden in etwa 30 Staaten – neben den USA und Kanada auch Australien, Neuseeland und einige Staaten Nordeuropas – zu Demokratien. Ab der Machtergreifung Mussolinis 1923 wurde die Demokratie jedoch wieder zurückgedrängt: 1942 gab es weltweit nur mehr zwölf demokratische Staaten.

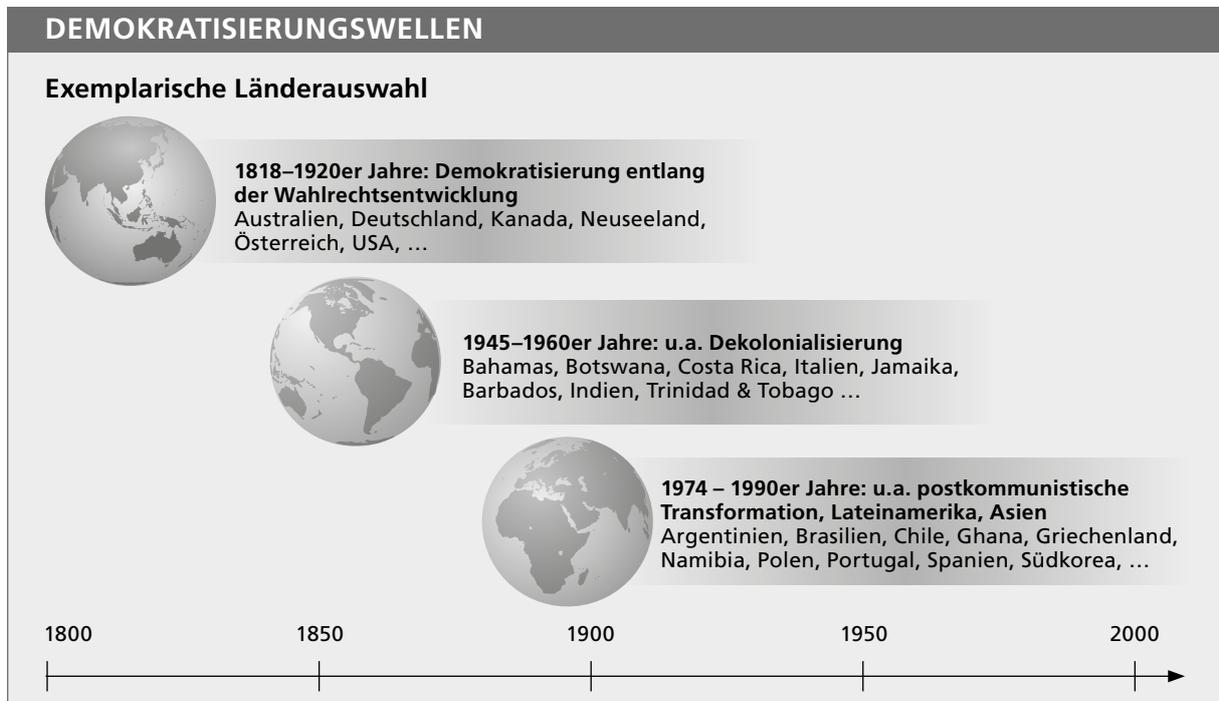
**Erste internationale Demokratisierungswelle**

Eine zweite Welle der Demokratisierung startet nach dem Zweiten Weltkrieg und hält bis in die Mitte der 1960er Jahre an. Sie betrifft große Teile Westeuropas, erste asiatische und lateinamerikanische sowie – im Zuge der Dekolonialisierung Afrikas – erste afrikanische Staaten. An ihrem Höhepunkt im Jahr 1962 zählte die zweite Demokratisierungswelle 36 Demokratien weltweit. Nach einem weiteren Rückschlag waren dies 1972 jedoch nur mehr 30.

**Zweite Welle nach 1945**

**Umfassende Demokratisierung ab den 1970er Jahren**

Die dritte, besonders umfassende Demokratisierungswelle hat mit dem Ende der letzten Diktaturen in Westeuropa (Griechenland, Portugal und Spanien) Mitte der 1970er Jahre begonnen. Sie setzt sich zu Beginn der 1980er in Lateinamerika fort, erreicht Ostasien und ab Ende der 1980er schließlich die kommunistischen Staaten Osteuropas bzw. der Sowjetunion. Bis Mitte der 1990er Jahre werden gegen Ende dieser dritten Welle auch noch weitere Länder Afrikas und Asiens zu Demokratien<sup>7</sup>.



**Sicht der BürgerInnen als Qualitätsmerkmal**

Gerade die Transformation der ehemals kommunistischen Staaten in Demokratien verweist auf vielfältige Herausforderungen in Zusammenhang mit der Institutionalisierung demokratischer Systeme und der Entwicklung demokratischer Gesellschaften. Auch die Entwicklungen der letzten Jahre – in relativ jungen Demokratien wie Ungarn und Polen, jedoch auch in etablierteren Demokratien wie der Türkei, wurden die Gewaltenteilung, der Rechtsstaat und die Freiheitsrechte eingeschränkt – zeigen, dass mehr Augenmerk auf die Qualität von Demokratien gelegt werden sollte. Die steigende Zustimmung für populistische Politik in weiten Teilen von Europa streicht schließlich hervor, dass nicht nur demokratische Institutionen und Prozesse zur Analyse der Qualität einer Demokratie herangezogen werden sollten. Auch die Sicht der BürgerInnen auf ihr politisches System ist zentral, wenn es darum geht, Veränderungen zu beobachten und zu verstehen.

**Erstellung von „objektiven“ Demokratiekriterien**

„Objektive“ Maße von Demokratie und damit Maße, die sich mit der Qualität von demokratischen Institutionen und Prozessen beschäftigen, gibt es inzwischen viele. Die hochwertigen unter ihnen eignen sich gut dazu, Unterschiede zwischen Demokratien und Autokratien aufzuzeigen. Ebenso können mit ihrer Hilfe großflächige Entwicklungen von einzelnen Staaten und Regionen beobachtet werden.

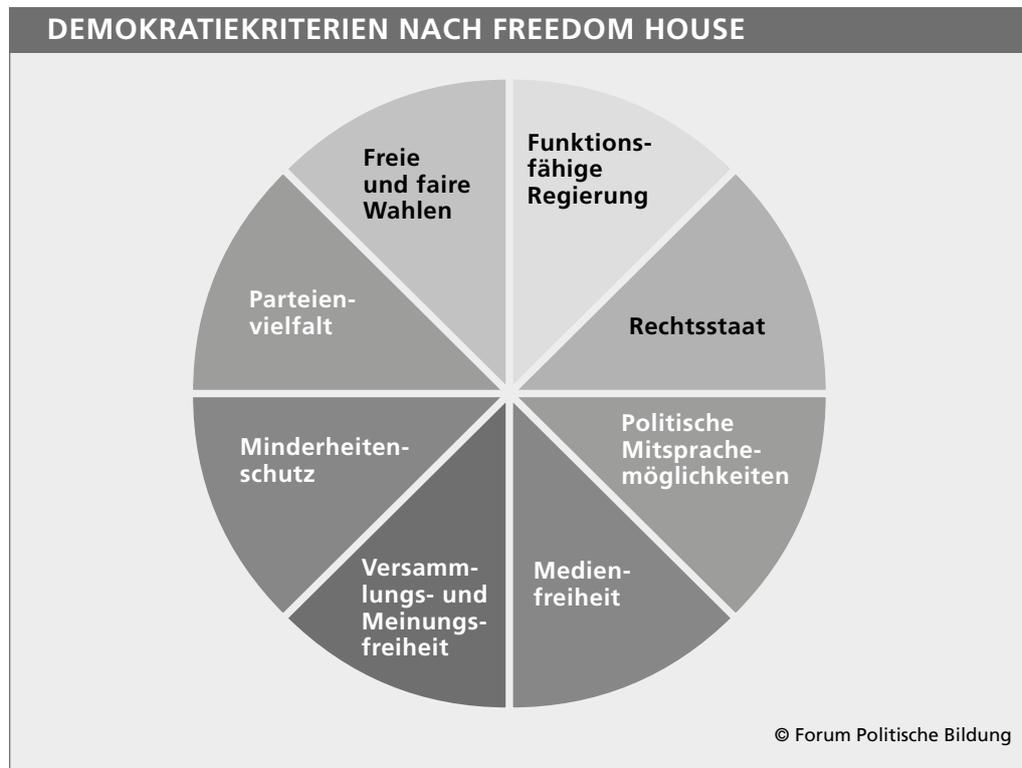
**Erstellung von Demokratie-Rankings**

Die Vorgehensweisen, mit der diese Maße zustande kommen, sind dabei sehr ähnlich: Zuerst werden Kriterien festgelegt, anhand derer die politischen Systeme der ausgewählten Staaten beurteilt werden sollen. Entlang dieser Kriterien werden Fragen-

kataloge entwickelt, die wiederum Fach- und LänderexpertInnen zur Beantwortung vorgelegt werden. Ausgehend von diesen Antworten werden schließlich die unterschiedlichen Maßzahlen zur Bewertung der politischen Systeme berechnet.

In diesem Zusammenhang am weitesten zurück reichen die Analysen von *Freedom House* – einer unabhängigen, 1941 in den USA gegründeten Organisation, die jährlich den „Freedom of the World“-Report veröffentlicht. Freedom House schließt daran an, dass Freiheit am besten in liberalen, demokratischen Gesellschaften erreicht werden kann und bewertet politische Systeme anhand der politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten, die sie garantieren. Dazu zählen beispielsweise freie und faire Wahlen, das Vorhandensein unterschiedlicher politischer Parteien, das Ausmaß an politischer Partizipation, eine funktionsfähige Regierung, Meinungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit sowie Rechtsstaatlichkeit.

„Freedom of the World“-  
Berichte



Der aktuelle Report für das Jahr 2017<sup>8</sup> hält fest, dass 39% der Weltbevölkerung frei leben können, während 24% teilweise frei und 37% nicht frei leben. Zu den als „nicht frei“ klassifizierten Ländern zählen z.B. Afghanistan, China, Kuba oder Weißrussland. Als „teilweise frei“ gelten wiederum Bangladesch, Bosnien und Herzegowina oder Kolumbien. Österreich zählt zu den freien Ländern und erreicht auf der *Freedom House Skala* 98 von 100 möglichen Punkten. Darüber hinaus spricht *Freedom House* von einer „Krise der Demokratie“, da ihre Grundsätze – allen voran freie und faire Wahlen, Minderheitenrechte, Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit – weltweit bedroht sind. Die Analyse dieser und ähnlicher Kriterien ergab 2017 für insgesamt 71 Staaten weniger Punkte als in den Jahren davor. Ein besonders starker Rückgang in der Qualität ihrer Demokratien wird für Polen, Tunesien, die Türkei, Ungarn und Venezuela festgehalten.

Demokratie-  
situation im  
Jahr 2017

Ein weiteres, breit rezipiertes Maß zur Beurteilung politischer Systeme ist der *Democracy Index* der „Economist Intelligence Unit“. Dieser Index wird seit 2006 publiziert

Der *Democracy Index*

und wendet ein etwas breiteres, über das liberale Prinzip hinausgehendes Konzept von Demokratie als *Freedom House* an. Die aktuell verfügbaren Ergebnisse des *Democracy Index* für das Jahr 2017<sup>9</sup> verweisen darauf, dass zwar knapp die Hälfte der Weltbevölkerung in einer Form von Demokratie lebt, für nicht einmal 5% dies jedoch eine vollständige Demokratie ist:

#### *Vollständige Demokratie*

**Demokratien mit hoher Qualität** In einer *vollständigen Demokratie* werden bürgerliche Freiheitsrechte nicht nur respektiert, sondern auch gelebt und durch die bestehende politische Kultur gestärkt. Die Kontrollmechanismen zwischen den Gewalten funktionieren ebenso wie Wahlen und darüber hinaus gehende politische Partizipation. Vollständige Demokratien verfügen außerdem über unabhängige Gerichte, eine funktionsfähige Regierung und unabhängige Medien. Österreich wird zu diesen vollständigen Demokratien gezählt, erreicht im Ländervergleich jedoch lediglich Rang 15. Ganz oben in der Liste stehen Norwegen, Island und Schweden. Diese Liste zeigt, dass Demokratien mit besonders hoher Qualität neben der liberalen Demokratie immer auch Elemente von partizipativen und sozialen Demokratien beinhalten. Im Besonderen betrifft dies Partizipationsmöglichkeiten, die über die Beteiligung an Wahlen hinausgehen, und umfassende Arbeits(schutz)- und Sozialgesetze.

#### *Fehlerhafte Demokratie*

**Mängel in der Praxis und geringe Partizipation** Rund 45% der Weltbevölkerung leben den Analysen der Economist Intelligence Unit zufolge in einer *fehlerhaften Demokratie*: In diesen Systemen gibt es zwar grundsätzlich freie Wahlen, und auch grundlegende bürgerliche Freiheitsrechte sind gewährleistet – Schwierigkeiten in diesen Belangen kommen jedoch immer wieder vor. Fehlerhafte Demokratien sind außerdem charakterisiert durch eine geringe politische Partizipation, eine nicht immer funktionsfähige Regierung und eine gering ausgeprägte demokratische Kultur. Als fehlerhafte Demokratien gelten die USA, Italien, Japan, Tunesien, Paraguay oder Senegal.

#### *Hybride Regierungssysteme*

**Druck auf Opposition, Justiz und Medien** Auch in *hybriden Regierungssystemen* finden Wahlen statt, diese sind jedoch weder frei noch fair. Außerdem wird die politische Opposition ebenso wie die Medien unter Druck gesetzt, es gibt keine unabhängige Justiz, dafür ein hohes Ausmaß an Korruption. 17% der Weltbevölkerung leben in derartigen Systemen, unter anderem in Albanien, Guatemala, der Ukraine, Pakistan, Irak oder in Haiti.

#### *Autoritäre Staaten*

**Diktaturen und absolutistische Monarchien** Ein Drittel der Weltbevölkerung lebt schließlich in *autoritären Staaten* und damit in unterschiedlichen Formen von Diktaturen oder absolutistischen Monarchien. Auch diese Systeme verfügen hin und wieder über demokratische Institutionen – sie haben jedoch keinerlei Bedeutung. Bürgerliche Freiheitsrechte sind nur sehr eingeschränkt verfügbar und ebenso wie die Justiz und die Medien von der Willkür der Herrschenden abhängig. Die Economist Intelligence Unit zählt zu den autoritären Staaten die Elfenbeinküste, Kuwait, Nigeria bzw. – ganz am unteren Ende des *Democracy Index* – Tschad, Syrien und Nordkorea.

SPEKTRUM VON POLITISCHEN HERRSCHAFTSSYSTEMEN				
Demokratie		Autokratie		
Demokratie		Autoritäres Regime		Totalitäres Regime
Vollständige Demokratie	Fehlerhafte Demokratie	Schwach Autoritäres Regime	Stark Autoritäres Regime	Totalitäres Regime
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Repräsentative Demokratie</li> <li>• Partizipative Demokratie</li> <li>• Parlamentarisch/präsidentielle Demokratie</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Illiberale Demokratie</li> <li>• Eingeschränkte Demokratie (z.B. das Wahlrecht betreffend)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• kontrollierte Mehrparteiensysteme</li> <li>• Einparteiensysteme</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Militärregime</li> <li>• Absolute Monarchie</li> <li>• Ideologisch fundierte Einparteiensysteme</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Faschistisch</li> <li>• Kommunistisch</li> <li>• Theokratisch</li> <li>• (jeweils mit Totalitätsanspruch)</li> </ul>

Quelle: Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.): Politische Systeme im Vergleich. Formale und informelle Institutionen im politischen Prozess. München 2014, S. 12.

**„Subjektive“ Demokratie Kriterien**

In diesen beiden und ähnlichen „objektiven“ Konzepten zur Erfassung der Qualität von Demokratien wird ein Aspekt nicht bzw. kaum berücksichtigt: die Perspektive der BürgerInnen. „Subjektive“ Maße von Demokratie stellen eben diese Perspektive in den Mittelpunkt: Sie gehen davon aus, dass von der Bevölkerung geteilte, demokratische Grundhaltungen notwendig sind, um die Legitimität, Stabilität und Funktionsfähigkeit einer Demokratie zu gewährleisten. Zu diesen subjektiven Maßen zur Erfassung der Qualität einer Demokratie zählt der Österreichische Demokratie Monitor. Dieser wurde vom Sozialforschungsinstitut SORA anlässlich des 100. Jahrestages der Gründung der Ersten Republik ins Leben gerufen und wird seit dem Jahr 2018 jährlich erhoben. Er besteht aus einer repräsentativen Befragung der Bevölkerung ab 16 Jahren und erfasst Demokratie auf drei Ebenen:

1. Zum einen geht es um die grundlegenden Einstellungsmuster der Menschen gegenüber der Demokratie.
2. Die zweite Ebene beinhaltet die Bewertungen der Menschen hinsichtlich der aktuellen Ausgestaltung von Demokratie in Österreich.
3. Die dritte Ebene befasst sich mit politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation.

Für jede dieser drei Ebenen wird jährlich eine Kennzahl berechnet, die es ab dem Jahr 2019 ermöglicht, die Entwicklung der Demokratie in Österreich zu verfolgen.

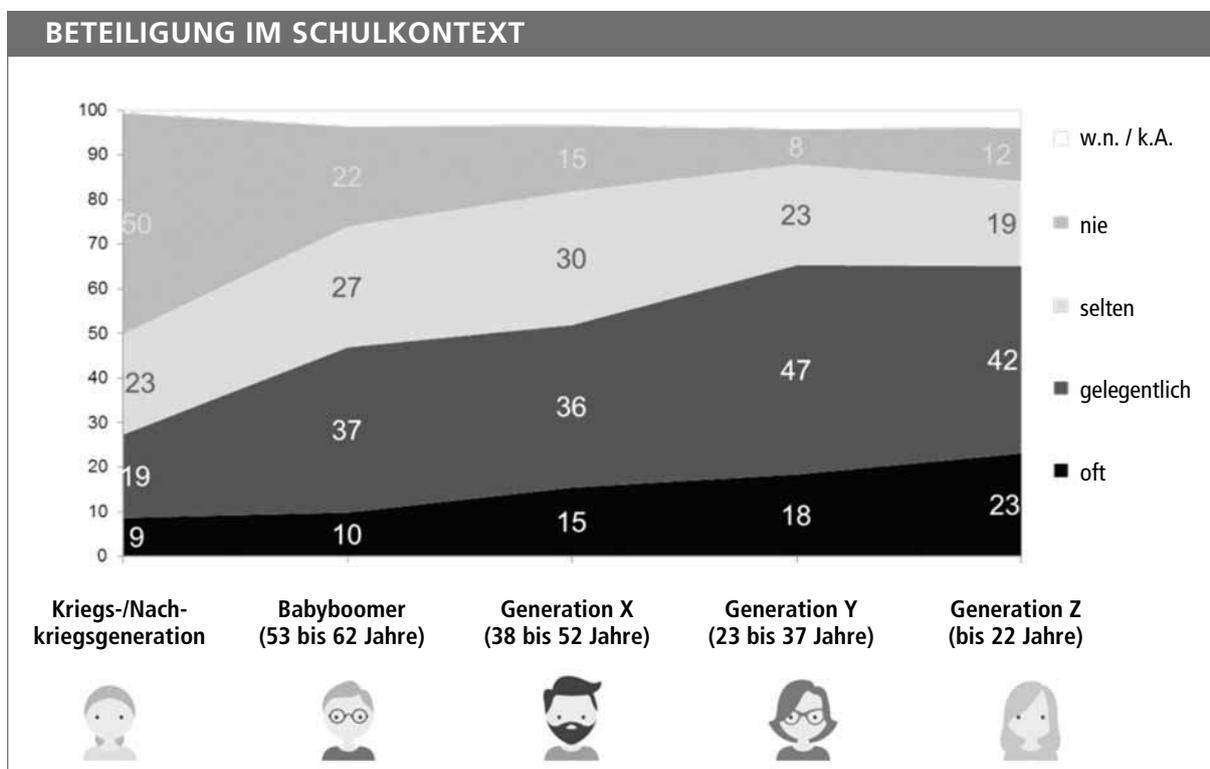
Die Ergebnisse des Demokratie Monitors für das Jahr 2018<sup>10</sup> verweisen darauf, dass die Menschen in Österreich ein umfassendes Verständnis von Demokratie haben. Dieses beinhaltet verfassungsrechtlich verankerte Prinzipien – freie und geheime Wahlen, die Gewaltenteilung, den Rechtsstaat, BürgerInnen- und Menschenrechte – ebenso wie soziale Rechte, demokratische Aushandlungsprozesse im Alltag und politische Partizipation.

**Bedeutung von demokratischen Grundhaltungen**

**Österreichischer Demokratie Monitor 2018**

**Mitbestimmung in der Schule**

In Bezug auf die Möglichkeit zur Partizipation in der Schule – also jener Institution, die das Erlernen und Erleben von Demokratie im weiteren gesellschaftlichen Kontext ermöglichen soll – kann ein Demokratisierungsschub im Zuge der Zweiten Republik festgehalten werden: Je jünger die Menschen sind, desto häufiger konnten sie sich auch an Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen in der Schule beteiligen.



Anm.: Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Konnten Sie in der Schule oft, gelegentlich, selten oder nie mitbestimmen? Also z.B. Vorschläge einbringen oder sich an Entscheidungen beteiligen?“

© SORA Institut

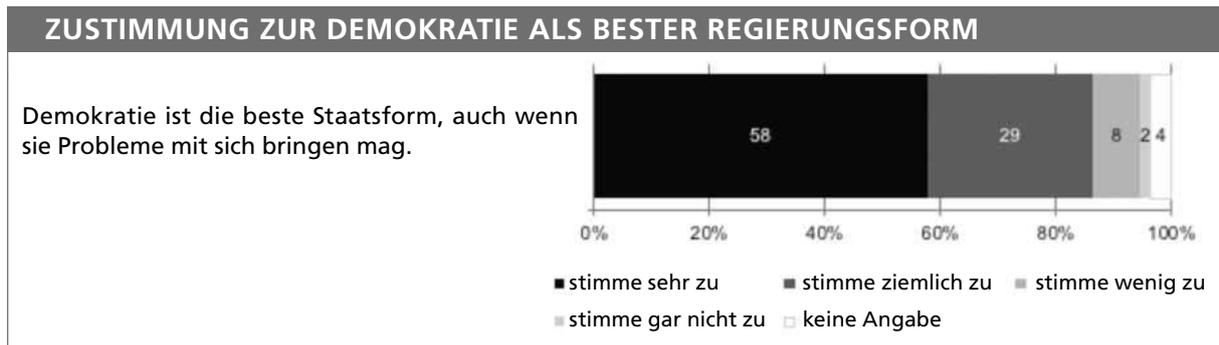
**Wunsch nach Politischer Bildung**

Die zunehmende Möglichkeit zur Mitbestimmung spiegelt sich in einem starken Bedürfnis nach Politischer Bildung bzw. in einer kritischen Bewertung der bestehenden schulischen Politischen Bildung wider: So sind rund die Hälfte der 16- bis 26-Jährigen der Ansicht, zu wenig über ihre Rechte als BürgerInnen und über politisches Debattieren gelernt zu haben. Rund vier von zehn dieser jungen Menschen hätten in der Schule außerdem gerne mehr darüber gelernt, wie sie sich beteiligen können, wie die Qualität politischer Berichterstattung beurteilt werden kann und wie Politik in Österreich funktioniert.

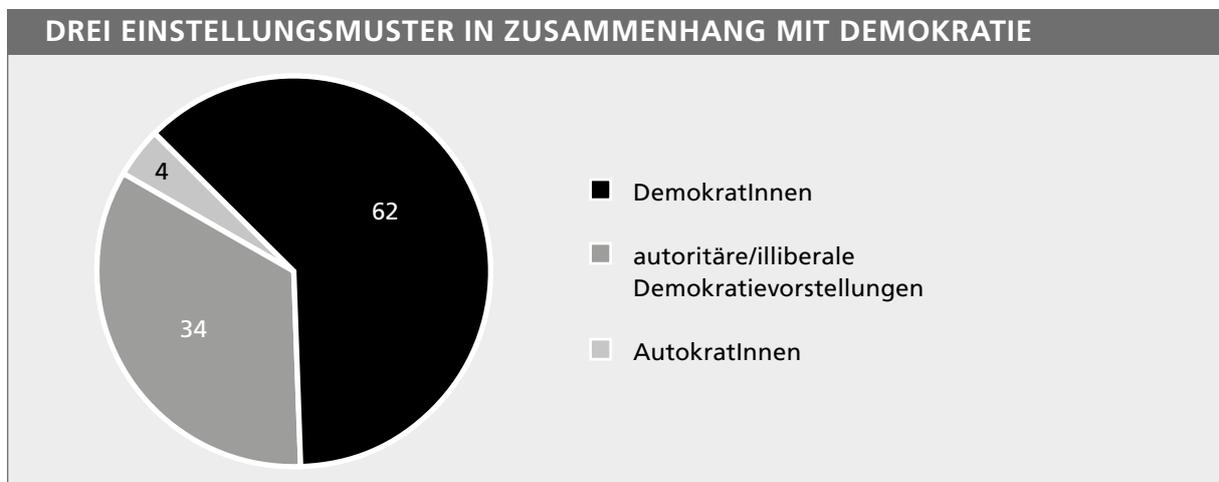
Die Demokratie als grundlegendes System und damit als bestmögliche Staatsform ist fest im Bewusstsein der Menschen verankert. So stimmen 87% der Bevölkerung der Aussage, dass die Demokratie die beste Regierungsform sei, zu.

**Demokratie in Österreich wird positiv bewertet**

Auch die aktuelle Ausgestaltung von Demokratie in Österreich wird mehrheitlich positiv bewertet – zwei Drittel der Menschen denken, dass das politische System in Österreich gut funktioniert. Diese positiven Einstellungen spiegeln sich in ihrer politischen und zivilgesellschaftlichen Partizipation wider, wobei vor allem die Beteiligung an Wahlen und im direkten Umfeld hoch ist.



Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu: Die Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag.“  
 © SORA Institut



© SORA Institut

Anm.: Die drei Einstellungsmuster sind zusammengesetzt aus den Zustimmungen zu den Fragen: „Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag.“; „Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss.“; „Soll die Regierung in Österreich die Rechte der Opposition/die Unabhängigkeit der Gerichte/die Unabhängigkeit der Medien/die Meinungs- und Versammlungsfreiheit einschränken, ausbauen, oder soll alles so bleiben, wie es ist?“

DemokratInnen stimmen der Demokratie als bestem Regierungssystem uneingeschränkt zu und lehnen eine Autokratie, an deren Spitze ein Führer steht, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss, jedenfalls ab. Zudem sprechen sie sich gegen jegliche Einschränkung der Rechte der Opposition, der Unabhängigkeit der Gerichte und Medien sowie der Meinungs- und Versammlungsfreiheit aus.

Ein ungeteilt autoritäres Einstellungsmuster äußern 4% der Bevölkerung: Diese Menschen lehnen die Demokratie ab und sprechen sich für ein autokratisches System aus.

Menschen mit autoritären/illiberalen Demokratievorstellungen lehnen eine Autokratie ab und sehen die Demokratie als beste Staatsform, sie befürworten jedoch deren Einschränkung in zumindest einem der folgenden Bereiche: der Rechte der Opposition, der Unabhängigkeit der Gerichte, der Unabhängigkeit der Medien und/oder der Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Anschließend an diesen grundlegend positiven Befund identifiziert der Demokratie Monitor zwei Warnsignale für die Demokratie in Österreich: Zum einen äußert ein Drittel der Bevölkerung autoritäre bzw. illiberale Demokratievorstellungen. Diese gehen in Richtung einer Einschränkung der „Checks and Balances“ und betreffen die Rechte der Opposition, die Unabhängigkeit der Gerichte, die Unabhängigkeit der Medien und die Meinungs- sowie Versammlungsfreiheit.

**Illiberale Tendenzen**

**Ungleichheit  
befördert  
antidemokratische  
Einstellungen**

Diese Entwicklungen werden zweitens durch soziale Ungleichheit verstärkt: Menschen sind mit der Demokratie in Österreich unzufrieden und verlieren ihr Vertrauen in das demokratische System, wenn die Demokratie ihre zentralen Versprechen nach Gleichheit, Beteiligung und Wohlstand für sie nicht einhalten kann. Dementsprechend beteiligen sich Menschen mit weniger sozioökonomischen Ressourcen auch seltener an politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen. Für die Qualität einer Demokratie ist Partizipation über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg jedoch zentral – ist gleichberechtigte Interessenseinbringung nicht möglich bzw. findet sie nicht statt, stellt dies die politische Gleichheit und damit ein Kernstück jeder Demokratie in Frage.

- 1 Held, David: *Models of Democracy*. Cambridge 2006.
- 2 Diese Aussage ist Teil einer der berühmtesten Reden von Abraham Lincoln: der Gettysburg Address. Er hielt sie am 19. November 1863 in Gettysburg (Pennsylvania). Sie fasst das demokratische Selbstverständnis der USA zusammen. Auf seine darin aufgestellte Definition von Demokratie wurde immer wieder Bezug genommen, z.B. bei der Ausrufung der Republik in Deutschland 1918 oder in der Verfassung der Französischen Republik. Der englische Originaltext der Rede ist zum Download verfügbar unter: <https://www.nps.gov/abli/learn/education/upload/UpdatedGettysburgAddress.pdf>, 24.01.2019. Nähere Informationen zur Gettysburg Address, zu ihrer historischen Einbettung und eine deutsche Übersetzung der Rede sind verfügbar unter: <http://www.bpb.de/izpb/181023/von-den-kolonien-zur-geen-ten-nation?p=all>, 24.01.2019.
- 3 Held: *Models of Democracy*. Merkel, Wolfgang: *Systemtransformationen. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Wiesbaden 2010. Schmidt, Manfred: *Demokratietheorie: Eine Einführung*. Opladen 2000.
- 4 Bühlmann, Marc/Merkel, Wolfgang/Müller, Lisa/Giebler, Heiko/Weßels, Bernhard: *Demokratiebarometer. Ein neues Instrument zur Messung von Demokratiequalität*, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 6, Wiesbaden 2012, S. 115–159.
- 5 Meyer, Thomas (2012): *Was ist eine Demokratie? Eine diskursive Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft.
- 6 Sodaro, Michael: *Comparative Politics. A Global Introduction*. New York 2004. Campbell, David: *The basic concept for the democracy ranking of the quality of democracy*. Wien 2008
- 7 Gunitsky, Seva: *Democratic waves in historical perspective*, in: *Perspectives on Politics*, 16(3) 2018, S. 634–651. Huntigton, Samuel: *The third wave. Democratization in the late twentieth century*. Oklahoma 1991. McFaul, Michael: *The fourth wave of democracy and dictatorship. Non-cooperative transitions in post-communist countries*, in: *World Politics*, 54(2) 2002, S. 212–244. Merkel, Wolfgang: *Eingebettete und defekte Demokratien. Theorie und Empirie*, in: *Offe, Claus (Hrsg.): Demokratialisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge*. Frankfurt, S. 43–71.
- 8 Der aktuelle *Freedom of the World Report* ist online verfügbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2018>, 24.01.2019.
- 9 Der aktuelle *Democracy Index* ist online verfügbar unter: <http://www.eiu.com/topic/democracy-index>, 24.01.2019.
- 10 Die Ergebnisse des *Demokratie Monitor 2018* sind online verfügbar unter: <https://www.demokratiemonitor.at/>, 24.01.2019.



**WEBTIPP**

Auf der Website des Demokratiezentrum Wien finden sich Themendossiers zu verschiedensten Aspekten der Demokratie, unter anderem:

- ▶ Citizenship-Konzepte
- ▶ Direkte Demokratie in Österreich
- ▶ Demokratiemodelle
- ▶ Demokratieentwicklung in Österreich
- ▶ Demokratie und Nachhaltigkeit
- ▶ Demokratiedebatten
- ▶ Genderperspektiven
- ▶ Europa
  
- ▶ [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org) → Themen

Dieter Segert

# Demokratiegefährdungen: Ursachen und Gegenmaßnahmen

„Demokratie“ ist ein zentraler Wert unserer Gesellschaft. Eine demokratische Ordnung gilt zu Recht als die fortgeschrittenste Form politischer Herrschaft. Als es 1989 und in den Jahren danach in Osteuropa zu einem Systemwechsel kam, war die Richtung klar: weg von der bisherigen Form autoritärer Herrschaft hin zur Demokratie. In diesen Jahren kam es auch in anderen Erdteilen zu Demokratisierungen (siehe auch den Beitrag von Martina Zandonella in diesem Heft): Taiwan, Südafrika, Chile, überall wurden Anfang der 1990er Jahre bisher existierende autoritäre Formen der Herrschaft durch demokratische ersetzt. Demokratie erschien fast als einzig mögliche Form des politischen Regimes.

**Demokratie  
als internationaler Wert**

In den letzten Jahren jedoch verdüstern Wolken den politischen Himmel. In Teilen Osteuropas war die Demokratisierung nicht nachhaltig. Im postsowjetischen Raum und in Südosteuropa haben sich Wahlautokratien oder Diktaturen herausgebildet. Wahlautokratien sind autoritäre Regime, in denen zwar mehrere KandidatInnen zur Auswahl stehen, aber die Bedingungen für OppositionspolitikerInnen nicht fair sind. Aber auch in den am nächsten am Westen gelegenen Staaten, denen Ostmitteleuropas, sind auf demokratischem Weg Regierungen gebildet worden, die die liberale Demokratie auf bestimmten Gebieten auszuhebeln versuchen: jenem der Unabhängigkeit der Gerichte und der Massenmedien. Rechtspopulistische Parteien gewinnen an Einfluss – nicht nur in Ungarn oder Polen, sondern auch in den „alten Mitgliedsstaaten“ Europas.

**Gegenbewegungen  
der letzten Jahre**

Wenn eine demokratische Ordnung aber gewissermaßen nicht naturgegeben ist, und eine einmal existierende Demokratie auch wieder eingerissen werden kann, stellt sich die Frage danach, wie sie verteidigt werden kann.

## Unterschiedliche Begriffe von Demokratie und unterschiedliche Akteure der Demokratisierung

Demokratie ist zunächst ein System, bei dem diejenigen, die politisch entscheiden, per Wahl durch die stimmberechtigte Bürgerschaft ausgewählt werden. Das scheint natürlich zu sein, ist aber ein Produkt der Moderne und in der vorangegangenen Geschichte eher die Ausnahme gewesen. Politische Macht wurde durch Geburt oder mit Gewalt erworben, Beispiele dafür sind klassische Monarchien oder Diktaturen.

**Demokratie  
durch Repräsentation**

Aber was geschieht bei einer demokratischen Wahl? Der Nationalökonom Josef Schumpeter hat eine sehr zugespitzte Definition davon gegeben (in Abgrenzung von einer Auffassung, die er als die klassische Auffassung von Demokratie begreift):

*„Die demokratische Methode ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher Einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittelt eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes erwerben.“<sup>1</sup>*

Während in der klassischen Auffassung das Volk das Subjekt der Entscheidung ist, wird es in der Definition von Schumpeter zu einer Randfigur, aktiv sind einzig die

<b>PolitikerInnen kämpfen um Einfluss</b>	PolitikerInnen, die miteinander um den größten Einfluss konkurrieren. Wer am besten, egal mit welchen Methoden, die meisten UnterstützerInnen für sich gewinnen kann, ist zur Regierung berufen. Wir nennen eine solche Konzeption „ <i>elitistische Demokratie</i> “.
<b>Die „Elite“ soll entscheiden</b>	Sie wird von Schumpeter und seinen Anhängern als „realistisch“ begriffen, als lebenswahr. Die Anhänger einer elitistischen Demokratie sind der Auffassung, „einfache“ Menschen seien zur politischen Entscheidung einfach nicht fähig. Befähigt dafür seien nur wenige, Angehörige einer Elite. Warum das so ist, lässt Schumpeter offen, aber es ist zu vermuten, dass hier Vererbung im Spiel sein soll, modern gesprochen: Die Gene entscheiden, wer Elite werden kann und wer nicht.
<b>Parlament als Kaderschmiede der Politik</b>	Neben der Wahl spielt das Parlament als demokratische Institution eine wesentliche Rolle. Max Weber, ein anderer Anhänger dieser Art Demokratie, sah in ihm einen Ort der Sozialisation von Politikern. Eine Auswahl aus Führungspersönlichkeiten sei so möglich. Ein kraftvolles Parlament ist ihr eigentlicher Ort. Und die VertreterInnen dieser Richtung sehen in dem Niedergang der parlamentarischen Debatte den Kern einer „Krise der Demokratie“ <sup>2</sup> .
<b>Einflussreiche Personen entscheiden</b>	In einer anderen politischen Richtung, der <i>Pluralismustheorie</i> , werden andere AkteurInnen ausgemacht: Weder das Volk noch einzelne begabte Menschen stehen im Vordergrund, sondern Gruppen von interagierenden einflussreichen Individuen. Ich habe in einem anderen Text dazu den deutschen Soziologen Scharpff herangezogen: <sup>3</sup>  <i>„Die älteren Pluralismustheorien seien durch eine modernisierte Variante abgelöst worden, in der festgestellt worden sei, dass sich nur eine Minderheit der Gruppenmitglieder an der demokratischen Willensbildung beteiligte, die Mehrheit hingegen nur eine geringe Informiertheit und ein wenig entwickeltes politisches Interesse aufweise. Allerdings wird von ihr nicht unterstellt, dass nur die politischen Eliten relevante Akteurinnen seien, sondern sie unterstellt, dass die aktiven Teile der Gesellschaft die Interessen der weniger aktiven und weniger informierten mitvertreten würden.“</i>
<b>Mehrheit ohne Entscheidungsbefugnis</b>	Es ist unschwer festzustellen, dass hier zwar die „Eliten“ als einzig aktive Gruppe durch organisierte Minderheiten und ihre Wechselbeziehung ersetzt worden sind, aber ebenso wie in der anderen „elitistischen“ Konzeption sind auch hier Mehrheiten der Bevölkerung nicht entscheidungsfähig, also nur passive TeilhaberInnen an einem demokratischen System.
<b>Veränderung durch Sozialpolitik</b>	Als Gegenmodell zur elitistischen Demokratie können verschiedene Varianten einer <i>partizipatorischen Demokratie</i> gelten. In der Geschichte ist eine solche Konzeption durch Theoretiker, die mit der europäischen Sozialdemokratie verbunden waren, Max Adler oder Hermann Heller, vertreten worden. Ihre Forderung, die politische durch die soziale Demokratie zu ergänzen, geht zwar ebenso von der ungleichen Möglichkeit verschiedener sozialer Gruppen und Individuen aus, Macht auszuüben, sieht diese Unterschiede aber nicht als naturgegeben an, sondern als durch politische und v.a. sozialpolitische Intervention veränderbar. Thomas Meyer, ein jüngerer Vertreter einer solchen Demokratieauffassung, beschreibt die Vorstellung Hermann Hellers folgendermaßen:  <i>„Staatsbürgerschaft sei erst dann voll erfüllt, wenn die Bürger nicht nur rechtsförmlich zum politischen Gemeinwesen gehören, sondern auch handlungsfähig sind. Heller fragt, welche sozialen Voraussetzungen notwendig sind, damit alle Bürger gleichberechtigte Staatsbürger sind.“<sup>4</sup></i>

Eine aktive, eingreifende Position innerhalb eines demokratischen Staates ist nicht angeboren oder vererbt, sondern muss aktiv erworben werden. Sie wird durch bestimmte soziale Voraussetzungen gefördert oder erschwert. Ein starker Sozialstaat, der die Ungleichheiten der wirtschaftlichen Entwicklung ausgleicht, der jeder und jedem Bildung ermöglicht, kann günstige Voraussetzungen dafür schaffen. Die stabile Nachkriegsdemokratie in Westeuropa war erst durch einen starken Sozialstaat möglich geworden und wurde durch ihn gestützt.

**Mitbestimmung auf Basis von (ökonomischer) Gleichheit**

Eine Krise der partizipatorischen Demokratie tritt dann ein, wenn die politische Teilnahme der Bürgerschaft durch politische, soziale und kulturelle Umstände bedingt unter eine bestimmte Schwelle absinkt oder sogar eine tiefe Kluft zwischen PolitikerInnen und Bürgerschaft entsteht, die man als „Entfremdung“ bezeichnen kann. „Entfremdung“ meint, dass die eigentlich Repräsentierten, die BürgerInnen, sich immer weniger durch ihre RepräsentantInnen vertreten fühlen.

## **Auswege aus der aktuellen Krise der Demokratie**

Was eine Krise der Demokratie ausmacht, lässt sich erst dann bestimmen, wenn man den der eigenen Beobachtung zugrundeliegenden Begriff von Demokratie offen legt. Die elitistische Demokratie gerät in die Krise, wenn die politische Klasse ihre Anziehungskraft verliert, die etablierten PolitikerInnen nicht mehr in der Lage sind, genügend Unterstützung für ihre Politik unter der Wählerschaft zu gewinnen. Diese Entfremdung zwischen PolitikerInnen und Bürgerschaft ist meist damit verbunden, dass Protestparteien aufsteigen, ins Parlament gelangen und über längere Zeit an Einfluss gewinnen. Solche Protestparteien nutzen die Distanz zwischen etablierten Parteien und Mehrheit der Bevölkerung, indem sie sich als nicht zur politischen Klasse dazugehörig darstellen. Die übliche Bezeichnung für eine solche Politik lautet: Populismus.

**Krisensymptom Populismus**

Etablierte Parteien versuchen in verschiedener Weise auf den Vertrauensverlust zu reagieren. Häufig wird dann davon gesprochen, dass die BürgerInnen nicht gut genug verstehen, dass die Regierungspolitik eigentlich ihre Interessen vertritt und dass diese ihnen also besser erläutert werden sollte. Eine Reaktion besteht darin, bessere Strategien der PR zu suchen. Außerdem werden Studien bei Meinungsforschungsinstituten in Auftrag gegeben, die jene rätselhaften Züge der Wählerschaft der politischen Führung besser verständlich machen sollen. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat unter dem Begriff „Auf Sicht Fahren“ eine politische Praxis entwickelt, in der sie stets auf sich wandelnde Meinungsströmungen durch eine Anpassung ihrer Politik reagiert.

**Reaktion der etablierten Parteien**

In einer elitistischen Auffassung der repräsentativen Demokratie tauchen die WählerInnen allerdings nicht als ernstzunehmende souveräne AkteurInnen auf, sondern nur als von Emotionen bewegte, wenig rational handelnde Masse, der man entgegenkommen muss, um zu verhindern, dass diese spontanen Protest äußert bzw. durch nichtetablierte politische AkteurInnen (wie etwa rechte und linke populistische Parteien) mobilisiert werden kann. Die deutsche CSU hatte unter Franz J. Strauß die Losung herausgegeben, dass rechts von ihr keine demokratische Partei Platz finden sollte. Das meint vor allem, dass die Stimmungen am rechten Rand der Wählerschaft durch die Politik der Partei aufgegriffen und repräsentiert werden sollten, um keiner noch rechteren politischen Kraft die Chance auf Mobilisierung dieser BürgerInnen zu geben. Diese Taktik verfolgte auch ihr Parteivorsitzender Horst Seehofer in der sogenannten Flüchtlingskrise, allerdings weniger erfolgreich als Strauß.

**Aufgreifen populistischer Argumente**

**Populistische Parteien in Regierungen einbinden** Eine weitere politische Taktik besteht darin, populistische Parteien mit ins Regierungsboot zu nehmen, um sie in den Augen ihrer WählerInnen zu „entzaubern“. In Österreich steht für eine gelungene Politik dieser Art die erste Regierung unter Wolfgang Schüssel, in der die ÖVP die eigene Unterstützung bei der nächsten, vorgezogenen Wahl um über 50% steigern und die der FPÖ mehr als halbieren konnte. Danach regierte die nunmehr stärkere Partei dann allerdings trotzdem mit dem alten, geschwächten Partner weiter. Sie verhalf der rechtspopulistischen FPÖ weiterhin zu politischer Anerkennung, auch wenn es dann aus ihr heraus 2005 zu einer Parteispaltung kam.

Anders verlief die Regierungszusammenarbeit zwischen etablierten Rechtsparteien und den Rechtspopulisten in Finnland. 2011 wurden sie Teil der Regierung, ihr Vorsitzender Soimo stellte den Außenminister. Nach der Wahl 2015 waren sie erneut Mitglied der Regierungskoalition, erfüllten aber nicht die sozialen Versprechen aus dem Wahlkampf, wodurch sie an öffentlicher Unterstützung verloren. 2017 setzte sich dann in der Partei ein extrem-nationalistischer Politiker durch, der gemäßigttere Flügel gründete eine neue Partei und stützte weiterhin die Regierung. Ob die rechtspopulistische, rechtsextreme Partei in Finnland weiter politisch bedeutsam sein wird, muss sich zeigen.

**Längerfristige Etablierung populistischer Parteien** Einigen rechtspopulistischen Parteien gelingt es allerdings, sich auf längere Zeit zu etablieren. Die FPÖ unter H.C. Strache ist ein Beispiel dafür. Aber auch die italienische Lega (Nord) ist bereits seit der Krise der etablierten Parteien in Italien im Jahr 1992 erfolgreich präsent und jetzt ebenfalls Teil der Regierung. In Skandinavien entstanden in den 1970er Jahren bereits rechte Protestparteien, die gegen den Wohlfahrtsstaat sozialdemokratischer Prägung auftraten. Später entwickelten sie eine kritische Politik gegenüber Einwanderung. In Norwegen regiert eine solche damals entstandene Partei, die „Fortschrittspartei“, seit 2013 mit, sie hatte aber schon in den Jahren 2001–2005 durch die Stützung einer konservativen Minderheitsregierung einen erheblichen politischen Einfluss.

**Gefahr für die demokratischen Grundwerte** Diese hier beschriebene größere Einflussnahme rechtspopulistischer Parteien auf die Regierungspolitik kann allerdings nicht so sehr als eine Krise der elitistischen repräsentativen Demokratie verstanden werden, sie ist Teil eines Transformationsprozesses dieser Demokratie, in dessen Gefolge sich die Demokratie von ihren ursprünglich fest mit ihr verbundenen liberalen Grundlagen zu trennen beginnt. Vor allem werden die Rechte von Minderheiten nicht mehr in vollem Umfang gewährleistet. Aber auch die Rechte von sozial benachteiligten Gruppen werden beschnitten, etwa dadurch, dass dem Wahlprozess eine komplizierte Prozedur der Anmeldung vorausgeht, die jenen BürgerInnen eine Stimmabgabe erschwert. Sie ist damit in Gefahr, selbst in ihrem demokratischen Kern beschädigt zu werden.

## Wie kann die Partizipation der BürgerInnen wieder an Schwung gewinnen?

**Partizipationskrise** Wenn man die Krise der repräsentativen Demokratie nicht nur als eine Krise der Fähigkeit der Eliten begreift, die Beherrschten sorgsam zu leiten, muss weiter nach einem Weg aus ihr gesucht werden. Sie ist eben auch eine Krise der Partizipation der BürgerInnen. Diese sehen zu wenig, dass ihr Wort von Bedeutung ist und dass sie in dieser Art von Demokratie eine Beteiligungschance haben.

**Beispiel Osteuropa** Meine Überlegungen stammen aus einer genauen Beobachtung der politischen Entwicklung in Osteuropa.<sup>5</sup> Dort war die westliche Demokratie in der Krise des

vorangegangenen Systems Gegenstand großer Hoffnungen der Bevölkerung. Der Systemwechsel wurde enthusiastisch begrüßt, auch von denen, die sich nicht für ihn engagiert hatten. Heute ist diese Feierstimmung weitgehend erloschen. Die Partizipationsbereitschaft ist deutlich gesunken. Ich werde zuerst diese Tendenz skizzieren und dann nach ihren Ursachen fragen.

ENTWICKLUNG DER WAHLBETEILIGUNG IN OSTEUROPA ...			
...in den Jahrzehnten seit 1989 (in Prozent der Wahlberechtigten)			
Land	Wahlbeteiligung in der ersten Wahl nach 1989 (Jahr)	Durchschnitt der Wahlbeteiligung in den 1990ern	Durchschnitt der Wahlbeteiligung seit dem Jahr 2000*
Polen	43,2 (1991)	48	48
Tschechien	96,3 (1990)	83	61
Slowakei	95,4 (1990)	85	60
Ungarn	65,1 (1990)	63	61
Litauen	75,2 (1992)	64	52
Lettland	89,9 (1993)	81	52
Estland	67,8 (1992)	65	62
Rumänien	86,2 (1990)	80	59
Bulgarien	90,8 (1990)	77	57
Slowenien	85,9 (1992)	80	62
Kroatien	75,6 (1992)	72	64

\*Für den Zeitraum 2000–2015. Alle Angaben sind eigene Berechnungen aus den Daten der statistischen Landesämter.

In vielen Ländern Osteuropas war die Wahlbeteiligung anfangs hoch und ist bis heute deutlich (um 20 bis 30 Prozent) gesunken. In einigen Ländern geht gerade noch die Hälfte der Wahlberechtigten zur Urne. Verbunden ist das damit, dass sowohl die Regierung als auch die Opposition, also alle Teile der etablierten politischen Klasse, durch eine größere Gruppe der Bevölkerung nicht mehr als echte Interessenvertreter angesehen werden. In Osteuropa wächst die Sehnsucht nach einer politischen Alternative zur Demokratie, Expertenregierungen werden unterstützt oder es entwickelt sich sogar die Sehnsucht nach einem „starken Mann“, der die Konflikte schnell und effektiv zu lösen vermag. Es ist daher kein Zufall, dass solche „starken Männer“ tatsächlich in der letzten Zeit Einfluss gewinnen konnten, Orban in Ungarn, Kaczynski in Polen, Babiš und Zeman in Tschechien.<sup>6</sup> Und auch in Österreich präferierten laut einer Umfrage aus dem Jahr 2017 (vor der letzten Nationalratswahl) 43 Prozent der Befragten einen starken Mann an der Spitze des Landes. In einer Umfrage des Pew Research Centers vom Frühjahr 2017<sup>7</sup> erklären 24 Prozent der befragten UngarInnen, dass eine Regierung durch einen starken Führer/eine starke Führerin eine gute Art wäre, das Land zu führen. In Polen waren 15 Prozent dieser Meinung. In Russland unterstützen 48 Prozent diese Ansicht. Andere osteuropäische Länder waren nicht in die Umfrage einbezogen. Die Variante einer technokratischen Regierung, in der ExpertenInnen anstatt der üblichen ParteipolitikerInnen Ministerämter ausüben, war noch weitaus stärker beliebt. 68 Prozent der UngarInnen und 50 Prozent der PolInnen waren dafür.<sup>8</sup>

**Sinken der Wahlbeteiligung**

In der Umfrage des Pew Centers von 2017 wird ein Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in die Regierung und der Einschätzung der Wirtschaft hergestellt: Wer die

- Zusammenhang Demokratievertrauen und Wirtschaft** wirtschaftliche Lage des Landes schlecht einschätzt, vertraut der Regierung weniger. So wird nur von 36 Prozent der UngarInnen, die die wirtschaftliche Lage des Landes als schlecht einschätzen, der Regierung das Vertrauen ausgesprochen, während unter denen, die die ökonomische Lage als gut einschätzen, 85 Prozent Vertrauen zur Regierung haben. In Polen ist diese Relation 17 (Wirtschaftslage ist schlecht) zu 54 Prozent (Wirtschaftslage gut) Vertrauen in die Regierung.<sup>9</sup>
- Populismus profitiert von mangelndem Vertrauen** In diesem Bericht wird auch die Wählerschaft populistischer Parteien in einigen europäischen Ländern (u.a. Niederlande, Schweden, Deutschland) genauer untersucht. So erklären 65 Prozent der AfD-WählerInnen in Deutschland, dass sie der Regierung Misstrauen entgegenbringen (bei den WählerInnen anderer Parteien sind es nur 24 Prozent). Bei den Schwedendemokraten ist diese Relation 60 zu 24 Prozent.
- Vielschichtige Entwicklungsprozesse** Die Frage, welches politische Regime mehr Unterstützung findet, ist natürlich auch eine Frage der Kultur oder des Niveaus des wirtschaftlichen Reichtums oder einer Mischung von beidem. Einer Regierung durch eine starke Führung, die nicht durch Parlament oder Gerichte gebunden ist, stimmt jeweils auch eine große Zahl von Menschen in Indien (55 Prozent) oder auch in Japan (31 Prozent) zu.<sup>10</sup> Allerdings gibt es keine eindeutige Determination durch einen dieser Faktoren – oder genauer: Eine adäquate Interpretation der Umfragedaten gelingt nur, wenn man dazu diese Umfrage mit einer aus genauen Länderkenntnissen gewonnenen Einsicht vergleicht. Umfragedaten stellen zudem Momentaufnahmen dar. Der Prozess, in dem sich die jeweiligen Einstellungen herausgebildet haben, wird selten sichtbar gemacht – auch nicht in der hier zitierten Umfrage.
- Für Osteuropa wurde als Ausgangspunkt die enthusiastische Unterstützung der Demokratie erwähnt und ein relativ hohes Niveau der politischen Teilnahme, hier gemessen an der Wahlbeteiligung. Am Ende steht eine deutliche Frustration über das politische Regime und eine deutlich gesunkene Wahlbeteiligung. Der Weg dahin ist in Osteuropa durch die radikale Transformation nach 1989 geprägt. Deren Ergebnisse sind umfassend untersucht worden, auch durch den Autor dieses Beitrags.<sup>11</sup>
- Verknüpfung Demokratie und westlicher Wohlstand** Zusammengefasst kann eingeschätzt werden, dass 1989 mit dem Begriff der „liberalen Demokratie“ sowohl politische Freiheit als auch das westliche Lebensniveau verbunden wurden. Letzteres lässt allerdings deutlich auf sich warten, wie schon vor einem Jahrzehnt durch den ungarischen Ökonomen János Kornai konstatiert wurde. Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts, so wurde errechnet, benötigten die neuen Mitgliedsländer unter der Voraussetzung der Beibehaltung des jetzigen Tempos der wirtschaftlichen Entwicklung noch durchschnittlich 55 Jahre, um dasselbe Pro-Kopf-Sozialprodukt zu erzeugen wie die alten EU-Mitglieder.<sup>12</sup> Zudem sind die Früchte des wirtschaftlichen Aufschwungs in Osteuropa sehr ungleich verteilt. Einer kleinen Gruppe Superreicher steht eine sehr große Gruppe der Bevölkerung gegenüber, die von großen sozialen Existenzsorgen geprägt ist. Die Angst davor, noch stärker abzustürzen, ist weit verbreitet. Für ein dauerhaftes politisches Engagement fehlt diesen Menschen oft einfach die Kraft. Sie müssen soviel Energie in die Sicherung ihrer Grundbedürfnisse nach Nahrung, Wohnung, Bildung und einer guten Entwicklung ihrer Kinder stecken, dass für politisches Engagement kaum Zeit bleibt. Dazu kommt, dass die etablierten PolitikerInnen durch ihr Verhalten Gleichgültigkeit gegenüber den Sorgen der „einfachen Menschen“ demonstrieren.
- Ungleiche Vermögensverhältnisse**

Um diese Einsichten aus Osteuropa auf eine theoretische Ebene zu heben, muss man sie mit Erfahrungen aus den anderen Teilen Europas vergleichen. Hier fällt auf, dass in Westeuropa nach dem Krieg durch einen starken wirtschaftlichen Auf-

schwung jahrelang eine stabile Demokratie möglich war. Aus diesem Ost-West-Zeitvergleich lässt sich schlussfolgern: Eine partizipatorische Demokratie verlangt nach einer bestimmten wirtschaftlichen Lage einer Mehrheit der Bevölkerung. Hier geht es weniger um ein bestimmtes Entwicklungsniveau der Wirtschaft, als um eine solche Verteilung der Ergebnisse wirtschaftlicher Entwicklung, die Entwicklungschancen für alle oder doch eine Mehrheit der Bevölkerung zur Verfügung stellt. Die wirtschaftlichen Sorgen dürfen nicht im Vordergrund stehen und alles andere verdrängen. Der Sozialstaat in den „goldenen Zeiten“ des kontinentaleuropäischen Kapitalismus war in der Lage, solche Bedingungen zu realisieren. Es ist kein Zufall, dass damals die Demokratie stabiler als heute war.

**Mitbestimmung profitiert von gerechter Verteilung**

Wie genau eine solche Absicherung der Demokratie durch das Zusammenspiel zwischen einer Wirtschaftsordnung, dem Staat und politischen AkteurlInnen unter heutigen Bedingungen erreicht werden kann, ist ein aktuell kaum behandeltes Thema. Der Nationalstaat, auf dem in den „goldenen Zeiten“ des Nachkriegskapitalismus die solide Demokratie beruhte, kann aufgrund des hohen Grades der internationalen Vernetzung (Globalisierung) sicher nicht mehr hergestellt werden. Soziale Absicherung und politische Freiheit gleichermaßen müssen heute im Mehrebenensystem der EU realisiert werden, wahrscheinlich dadurch, dass Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik weiter vergemeinschaftet werden. Wenn die Abstiegsängste der Bevölkerung nicht deutlich geringer als heute werden, ist jedenfalls nicht zu erwarten, dass sie dauerhaft bereit ist, die Demokratie aktiv mitzugestalten und sie damit zu vertiefen.

**Sicherung der Demokratie unter globalen Voraussetzungen**

- 1 Schumpeter, Josef: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Bern 1950, S. 428.
- 2 Dahrendorf, Ralf: Die Krisen der Demokratie. Ein Gespräch mit Antonio Polito. München 2002.
- 3 Segert, Dieter: Demokratieforschung, in: Diendorfer, Gertraud et al. (Hrsg.): Friedensforschung, Konfliktforschung, Demokratieforschung. Ein Handbuch. Köln u.a. 2016, S. 87–123. Hier: S. 98.
- 4 Meyer, Thomas/Breyer, Nicole: Die Zukunft der sozialen Demokratie, Bonn 2005, S. 17., <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/04150.pdf>, 01.09.2018
- 5 Colin Crouch hat für Westeuropa ebenfalls einen deutlichen Rückgang der Partizipation beobachtet und eine Krise der liberalen Demokratie konstatiert: Crouch, Colin: Postdemokratie, Frankfurt a.M. 2008.
- 6 Vgl. Die Presse, 20.04.2017., <https://diepresse.com/home/innenpolitik/5204305/Sehnsucht-nach-starkem-Mann-waechst>, 01.09.2018
- 7 PRC: Globally Broad Support for Representative and Direct Democracy, 16. Oktober 2017, <http://www.pewglobal.org/2017/10/16/globally-broad-support-for-representative-and-direct-democracy/>, 01.09.2018
- 8 ebd., S. 8.
- 9 ebd., S. 19.
- 10 ebd., S. 26.
- 11 Siehe u.a.: Segert, Dieter: Osteuropa nach 1989 – ein Labor für die soziale Belastbarkeit unserer Demokratie? In: WISO 33 (2010/3), S. 29–42. Segert, Dieter: Stabil in der Grauzone? Ein Vergleich über den postsozialistischen Wandel in den Subregionen Osteuropas, in: Croissant, Aurel/Kneip, Sascha/Petring, Alexander (Hrsg.): Demokratie, Diktatur, Gerechtigkeit. Wiesbaden 2017, S. 263–281.
- 12 Kornai, János: The great transformation of Central Eastern Europe. Successes and disappointment, in: Economics of Transition, Vol. 14 (2), 2006, S. 207–244. Hier: S. 238.

Wolfgang Buchberger

# Demokratie lernen und leben im Rahmen schulischer Politischer Bildung<sup>1</sup>

**Kompetenz-Strukturmodell für Politische Bildung** Die Grundlage für fachspezifische Politische Bildung in Österreichs Schulen bildet das österreichische Kompetenz-Strukturmodell für Politische Bildung<sup>2</sup>. Dieses benennt Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften, die im Laufe der Schulpflicht und darüber hinaus angebahnt werden sollen, um zum kritischen politischen Denken und Handeln befähigt zu sein, sich also im Feld des Politischen selbstständig, kompetent und ohne Anleitung anderer bewegen und dadurch politisch teilhaben zu können.

**Konflikte lösen und kritisches Denken lernen** Das bedeutet unter anderem, eigene Interessen zu erkennen und zu wahren, den politischen Konflikt und seine Lösung zu suchen, fremde und eigene Meinungen und Urteile auf ihre Begründung hin zu untersuchen, Politik, wie sie uns im Alltag begegnet, zu hinterfragen, eigene Meinungen erfolgreich zu vertreten, diese auch zu überdenken und gegebenenfalls zu ändern und als WählerIn Verantwortung zu übernehmen. Dies alles vor dem Hintergrund einer aktiven „Gestaltung der Gesellschaft und Verwirklichung und Weiterentwicklung der Demokratie und Menschenrechte“ im Sinne demokratischer Prinzipien und Grundwerte „wie Frieden, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität“<sup>3</sup>. Welche Rolle schulische Politische Bildung für „Demokratie lernen und leben“ übernehmen kann, wird im Folgenden beschrieben.

## Politik-Lernen oder Demokratie-Lernen? Ein scheinbarer Widerspruch

**Demokratie theoretisch ...** Ausgehend von der Annahme, dass zu Politischer Bildung mehr gehöre als fachliches Wissen, nämlich auch spezifische Werthaltungen, Überzeugungen, demokratische Grundhaltungen und nicht zuletzt die Bereitschaft zu verantwortungsvoller politischer Teilhabe, wurde gefordert, dass der Schwerpunkt vom oftmals abstrakten und theoretischen Politik-Lernen in Richtung Demokratie-Lernen anhand unmittelbarer praktischer Erfahrungen verschoben werden müsse.<sup>4</sup> Kritisiert wurde auf der einen Seite, dass ein Unterricht über Politik alleine nicht genüge, da dieser praktische Erfahrungen mit Demokratie bzw. Demokratie als Lebensraum zu wenig berücksichtige, und auf der anderen Seite, dass die Reduzierung auf soziales und gesellschaftliches Lernen grundlegende politische Fragen ausklammere, wofür komplexeres Lernen mit dem Fokus sowohl auf mikro- als auch auf makropolitischen Ebene notwendig wäre.<sup>5</sup>

**Zentrale Bedeutung des Demokratiebegriffs** In der Politischen Bildung sollte folglich die Demokratie als Herrschaftsform genauso berücksichtigt werden wie die Demokratie als Gesellschaftsform und vor allem die Demokratie als Lebensform (im politischen Nahbereich der Lernenden).<sup>6</sup> Hierbei zeigt sich, dass der Demokratiebegriff für die Politische Bildung in der Demokratie zentral ist, und dass dieser auch die normative Grundlage für ein Demokratieverständnis und somit für die Politische Bildung darstellt<sup>7</sup>: Daraus ergibt sich in der Folge die Aufgabe, das Alltagsverständnis von Demokratie zu vertiefen, das Fundament für die Entwicklung demokratischer Werte zu schaffen, politische Mündigkeit zu vermitteln und diejenigen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften grundzulegen, welche für die demokratische Teilhabe an politischen Prozessen notwendig sind.

Reinhard Kramer hält dazu fest, dass Demokratie nichts ist, das sich von selbst ergibt, und dass Kinder und Jugendliche nicht als DemokratInnen geboren werden, sondern eine Hinführung zur Demokratie brauchen. Dies könnte im Rahmen der Politischen Bildung durch Demokratie-Lernen in Form einer Konfrontation mit demokratischen Werten geschehen, sodass durch die Lernenden die Bereitschaft entwickelt werden kann, in diesem Sinne Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen und dadurch Demokratie zu bewahren, jedoch auch weiterzuentwickeln.<sup>8</sup> Dafür ist nicht nur bloßes Wissen (Institutionenkunde) notwendig, sondern auch Handlungsorientierung und politische Handlungskompetenz<sup>9</sup>, welche die Partizipation von jungen Menschen in Staat und Gesellschaft erst möglich macht.

**Demokratie muss gelernt, bewahrt und entwickelt werden**

Zu dieser Diskussion, ob dem Politik- oder dem Demokratie-Lernen mehr Aufmerksamkeit zu schenken sei, soll mit Peter Massing darüber hinaus angemerkt werden, dass der unter Jugendlichen sehr negativ behaftete Begriff „Politik“ mit dem grundsätzlich positiv besetzten Begriff der „Demokratie“ zusammengeführt werden muss.<sup>10</sup> Es ist Aufgabe der Politischen Bildung, dieser Kluft durch komplexere kognitive Denkleistungen, durch analytische und reflexive Momente, durch entlang kritischer Diskurse entstehende Einsichten, kurz durch Anbahnung eines reflektierten und reflexiven Politikbewusstseins entgegenzuwirken.

**Demokratie und Politik begrifflich verbinden**

Entscheidend bei der Weiterentwicklung dieser Konzepte ist ebenso die Fähigkeit zum reflektierten und konstruktiven Umgang mit Widersprüchen. Es muss in diesem Zusammenhang vermittelt werden, dass es sich beispielsweise bei Demokratie keinesfalls um einen harmonischen Idealzustand handelt, sondern dass die sich aus unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen ergebenden Konflikte als Normalzustand zu betrachten sind.<sup>11</sup> In einer Konkordanzdemokratie<sup>12</sup> oder pluralistisch-repräsentativen Demokratie ist „das Gemeinwohl nicht von vornherein definierbar“, sondern muss „jeweils quasi ausgestritten werden [...]. Um nun die aus der Vielfalt der Interessen sich ergebenden Konflikte ohne dauernden Schaden für ein politisches System verkraften zu können, ist es unverzichtbar, dass es einen breiten sogenannten ‚nichtkontroversen Sektor‘ an genereller Zustimmung zu den Grundwerten und Regeln einer Gesellschaft gibt.“<sup>13</sup>

**Umgang mit Widersprüchen**

Kommt man wieder zurück zur Praxis des Demokratie-Lernens in der Politischen Bildung, so muss festgestellt werden, dass Belehrung, Maßregelung oder Erziehung für das angestrebte Ziel jedenfalls nicht zweckmäßig sein können: „Je intensiver sie [die SchülerInnen, Anm.] Demokratie selbst (er)leben, umso weniger werden sie ihren Wert in Zweifel ziehen.“<sup>14</sup> Zusammenfassend kann an dieser Stelle jedenfalls festgehalten werden, dass Demokratie-Lernen als (wichtiger) Teil des Politik-Lernens verstanden werden muss. Letzteres darf dabei aber nicht zu kurz kommen.

**Demokratie selbst erleben**

## Demokratie lernen in der Schule

Zum Stichwort „Demokratieerziehung“ finden sich in den gesetzlichen Vorgaben des fächerübergreifenden Unterrichtsprinzips „Politische Bildung“ auf allen Schulstufen, im Lehrplan für die Primarstufe und in den Lehrplänen der Sekundarstufe passende Passagen (vgl. die folgende Tabelle).

**Unterrichtsprinzip Politische Bildung**

Offensichtlich geht es in den rechtlichen Grundlagen für die schulische Politische Bildung auch zentral darum, demokratische Werte zu vermitteln und vor allem SchülerInnen darüber reflektieren zu lassen. Der Schule kommt in der Werteerziehung eine tragende Rolle zu. Der zentrale Auftrag, um nicht zu sagen eine Kernaufgabe der

**Grundlegende Werte vermitteln**

AUSZÜGE AUS DEN LEHRPLÄNEN UND DEM GRUNDSATZERLASS (AUSWAHL 1)			
Fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip Politische Bildung auf allen Schulstufen	Lehrplan für die Primarstufe (Sachunterricht)	Lehrplan für die Sekundarstufe I (Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung)	Lehrplan für die Sekundarstufe II (Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung)
„Politische Bildung ist ein bedeutender Beitrag zur Verwirklichung und Weiterentwicklung der Demokratie und Menschenrechte.“	„Dabei hat der Unterricht aktiv zu einer den Menschenrechten verpflichteten Demokratie beizutragen sowie Urteils- und Kritikfähigkeit, Entscheidungs- und Handlungskompetenzen zu fördern.“	Ziel des Unterrichtes ist es daher, [...] ein reflektiertes und (selbst-)reflexives Geschichts- und Politikbewusstsein zu entwickeln und das Bewusstsein für die Bedeutung von Demokratie und Menschenrechten sowie Europäischer Grundwerte [...] zu schärfen.	„Durch die Auseinandersetzung mit Feldern wie [...] Gemeinwohl und Gerechtigkeit, Krieg – Frieden, Diktatur und Demokratie etc. soll ein wichtiger Beitrag zur Erziehung zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geleistet werden.“

Politischen Bildung, nämlich die Vermittlung von demokratischen Grundwerten<sup>15</sup>, lässt sich auch damit begründen, dass für das Funktionieren unserer liberalen pluralistischen Gesellschaft ein grundsätzliches Verständnis für die Erfordernisse und die Funktionsweise derselben vorhanden sein muss<sup>16</sup>, wofür demokratische Werthaltungen und davon ableitbare Normen des Zusammenlebens kennengelernt, verstanden und hinsichtlich einer mündigen Partizipation auch akzeptiert worden sein müssen.<sup>17</sup>

**Erfolgsmodell Demokratie**

Die Demokratie ist das erfolgreichste politische System alleine schon deswegen, weil es wie kein anderes Herrschaftsmodell (z.B. obrigkeitstaatliche, autokratische oder autoritäre Systeme) Lebensqualität, Freiheit, Sicherheit, Wohlstand und politische Beteiligung für alle BürgerInnen sichert. „Der entscheidende Unterschied gegenüber allen anderen Herrschaftsformen ist der, dass sie [nämlich demokratische Gesellschaften, Anm.] das Individuum, seine Menschenwürde und seine Handlungsfreiheit (und damit auch seine produktiven Kräfte) in den Mittelpunkt rücken.“<sup>18</sup>

**Zentrale Werte in Demokratien**  
...

Zentrale Werte, über die in der demokratischen Gesellschaft trotz der Unterschiede in Auslegung und Konkretisierung Einigkeit herrscht, sind Folgende:<sup>19</sup> Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Frieden und Gerechtigkeit.<sup>20</sup> Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass es zum einen auch kontroverse Diskussionen darüber gibt, welche Werte nun für die Demokratie Geltung besitzen<sup>21</sup>, dass zum anderen diese Werte keinesfalls eindeutig sind und in ihrer abstrakten Form in unterschiedlichen Kontexten auch anders konkretisiert werden<sup>22</sup> und daher einer Klärung bzw. Reflexion bedürfen (vgl. den Beitrag von Martina Zandonella in diesem Heft). Dennoch wird immer wieder betont, dass hinter der zunehmenden Vielfalt von Lebensvorstellungen heute ein „in der Gesellschaft verankerter, selbstverständlicher Basiskonsens über demokratische Grundwerte“<sup>23</sup> ausgemacht werden kann.

**... als Sicherheit gegen Angriffe auf die Demokratie selbst**

Gotthard Breit meint zur Bedeutung der Vermittlung dieser Werte: „Wenn Grundwerte im Bewusstsein möglichst vieler Staatsbürgerinnen und -bürger verankert sind, sorgt dieser Grundkonsens dafür, dass von den unterschiedlichen Weltanschauungen, Religionen, Wertauffassungen, Zielen, Ideen, Interessen und den dadurch hervorgerufenen Auseinandersetzungen keine Gefahr für die Demokratie und den Grund-

anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Mündigkeit und menschliche Würde ausgeht.“<sup>24</sup> Anzumerken ist hier, dass es nicht ausreichend ist, diese Werte top down von oben herab vom Staat oder der Verfassung vorzugeben, sondern dass diese von den BürgerInnen anerkannt und als politische Grundhaltung angewandt werden müssen.<sup>25</sup>

Dies führt auch zur Frage der Grenzen einer Wertevermittlung oder -erziehung im Rahmen der Politischen Bildung:<sup>26</sup> Einmal stellt sich in diesem Kontext die Frage, ob eine (Demokratie-)Erziehung, die nicht auf Anpassung, sondern auf Reflexion der und Mündigkeit innerhalb der demokratischen Strukturen abzielt, überhaupt im Sinne eines oftmals auch autoritär gedeuteten Erziehungsbegriffs möglich ist? Eigentlich nicht, denn SchülerInnen sollen politisch lernen durch unabhängiges, selbstständiges Denken.<sup>27</sup> Die Vermittlung demokratischer Werte kann infolgedessen im Sinne der Politischen Bildung nur über Einsicht geschehen, welche sich durch konkrete Lernarrangements (u.a. Multiperspektivität, Empathie, Dilemma) und konkrete SchülerInnenaktivitäten ergibt.

**Selbständiges Lernen ohne Anpassungsdruck**

Der scheinbare Widerspruch zwischen der Vermittlung demokratischer Werte und einer aufgeklärten Politischen Bildung, in welcher Lernende selbstständig zu reflektierten Urteilen kommen, lässt sich dadurch beseitigen, dass demokratische Werte und Haltungen durch die Lernenden in praxisbezogenen unterrichtlichen Situationen erfahren werden und darüber reflektiert und (ergebnisoffen) diskutiert wird in dem Vertrauen, „dass sich die Kraft der guten Idee, die in der Praxis erfahrbar wird, gleichsam von alleine durchsetzt“<sup>28</sup>. SchülerInnen sind also mit demokratischen Prinzipien im Unterricht konfrontiert, üben diese auch aus, diskutieren darüber und erleben somit Reflexions- und Beteiligungsprozesse, „die auf gegenseitigem Respekt und auf vernunftbegründeten Regeln beruhen“ und somit „besser geeignet [sind] zur Lösung von Konflikten und zum Ausgleich von Interessen“<sup>29</sup>.

**Demokratische Praxis im Unterricht**

Ergänzend kann hinzugefügt werden, dass Politische Bildung, so wie sie in den österreichischen normativen Vorgaben verankert ist, keinesfalls auf die Überprüfung von Werthaltungen oder Einstellungen abzielt, sondern auf das Verfügen über spezifische Fähigkeiten und Fertigkeiten des politischen Denkens.<sup>30</sup>

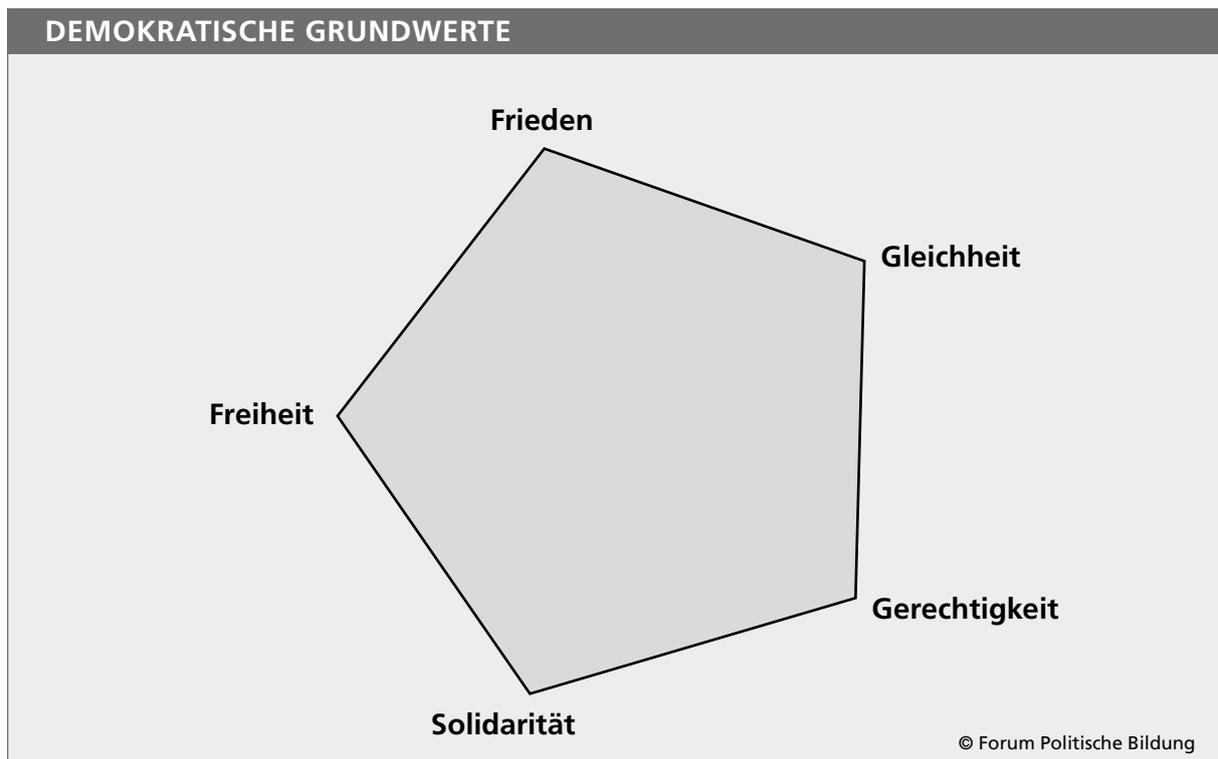
Konkrete Unterrichtsbeispiele zu den fünf oben genannten demokratischen Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Frieden, Gerechtigkeit lassen sich in Publikationen der letzten Jahre finden.<sup>31</sup> Im Zusammenhang mit **Freiheit** kann im schulischen politischen Lernen einerseits die (politische) Freiheit des Einzelnen, welche politische Urteilskompetenz voraussetzt, andererseits die Freiheit der Medien bzw. der reflektierte Umgang damit behandelt werden. Eine Beschäftigung mit **Gleichheit** kann sich den gleichen Grundrechten aller BürgerInnen bzw. aller Menschen widmen. Der anzustrebenden rechtlichen Gleichheit von Menschen stehen die natürliche und soziale Ungleichheit gegenüber. Dahingehend können mit Blick auf den Grundwert **Solidarität** beispielsweise Gerechtigkeitsvorstellungen, Chancengleichheit oder auch Gemeinwohlvorstellungen thematisiert werden. Fragen zu Grund- und Freiheitsrechten, Menschenrechten oder Kinderrechten können vor dem Hintergrund des Grundwertes **Gerechtigkeit** eine Rolle spielen. Die Voraussetzung für alle anderen Grundwerte ist der **Frieden**. In diesem Zusammenhang kann es in Verbindung mit Politischer Bildung z.B. darum gehen, einen demokratischen Umgang mit politischen Konflikten zu thematisieren.

**Vermittlung der Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Frieden und Gerechtigkeit**

## Demokratie leben in der Schule

Nachdem in den vorangegangenen Abschnitten skizzenhaft die Möglichkeiten der Politischen Bildung hinsichtlich der „Erziehung“ zu bzw. der Vermittlung von demokra-

**Gelebte Demokratie**



tischen Werten, also „Demokratie-Lernen“, veranschaulicht wurde, wird im folgenden Abschnitt der zweite eingangs genannte Möglichkeitsraum der Politischen Bildung vorgestellt: gelebte Demokratie an Schulen. Wenn die Schule zur Entwicklung eines Demokratiebewusstseins beitragen möchte, so muss Demokratie auch in der Schule erfahrbar sein.

**Schule als demokratischer Ort**

Die normativen Vorgaben vom fächer- und schulstufenübergreifenden Unterrichtsprinzip „Politische Bildung“, über den Lehrplan der Primarstufe bis hin zu den Lehrplänen der Sekundarstufe, betonen Schule als demokratischen Ort, an welchem demokratisches Handeln auch gelebt werden sollte (vgl. Auswahl 2). Es wird das Recht auf Beteiligung unterstrichen und die Entwicklung eines Bewusstseins bei SchülerInnen für die Möglichkeit auf Veränderung durch aktives Engagement im Rahmen der Einrichtungen der Schuldemokratie. Nimmt man den roten Faden an dieser Stelle noch einmal auf und fragt nach der Wirksamkeit der Vermittlung demokratischer Werte im Unterricht, so muss darauf hingewiesen werden, dass die institutionell gelebte Kultur, die demokratische Schulkultur, sicherlich entscheidenden Einfluss hat.<sup>32</sup> „Die Schul- und Unterrichtskultur einer Schule selbst soll [sic!] Demokratie-Lernen durch bildende Erfahrungen ermöglichen, indem Schüler und Schülerinnen durch eigenes Handeln sowie durch die Wahrnehmung von modellhaften Personen, Beziehungen und Sachverhalten den Sinn von Politik und Demokratie in der Schule praktizieren, erleben und verstehen, um durch solche Demokratieerfahrungen politische Mündigkeit und Demokratiekompetenzen entwickeln zu können.“<sup>33</sup>

**Partizipation in der Schule ermöglichen**

Es ist bekannt, dass Demokratien nur dann wirklich funktionieren können, wenn BürgerInnen die Fähigkeiten, Fertigkeiten und vor allem die Bereitschaft zur Partizipation haben. Daher sollte es auch (und besonders) für den Unterricht der Politischen Bildung ein großes Anliegen sein, Kinder und Jugendliche auf ihre (künftige) Partizipation – hier verstanden als Mitwirkung, Mitbestimmung und Teilhabe an Entscheidungen –

AUSZÜGE AUS DEN LEHRPLÄNEN UND DEM GRUNDSATZERLASS (AUSWAHL 2)		
Fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip Politische Bildung auf allen Schulstufen	Lehrplan für die Primarstufe (Sachunterricht, Erfahrungs- und Lernbereich Gemeinschaft)	Lehrpläne für die Sekundarstufe I und II (Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung)
„Schule soll ein Ort sein, an dem demokratisches Handeln gelebt wird. So können Kinder und Jugendliche möglichst früh erfahren, dass sie nicht nur ein Recht auf Beteiligung haben, sondern auch, dass jeder und jede Einzelne durch aktives Engagement Veränderung bewirken kann.“	„So erwerben Kinder Kenntnisse, Fähigkeiten und Haltungen, die für die Mitwirkung an der Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft und für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen grundlegend sind.“	„Diese für politisches Handeln zentralen Fähigkeiten sind anhand konkreter Beispiele, etwa durch Simulationsspiele und im Rahmen der Einrichtungen der Schuldemokratie zu vermitteln (Politische Handlungskompetenz).“

vorzubereiten, sodass aus SchülerInnen von heute, die zu politischem Engagement motiviert werden, die mündigen BürgerInnen, reflektiert und reflexiv, von morgen werden.<sup>34</sup> Dabei ist es einerseits wichtig, dass SchülerInnen die Schule

- a) als Ort der Partizipation<sup>35</sup> erfahren, andererseits sollten auch in frühem Lernalter
- b) Möglichkeiten der außerschulischen Partizipation am politischen Prozess kennengelernt werden.

Gerade für den ersten Teil – schulische Partizipationsmöglichkeiten – stellt Peter Herdegen als Ergebnis empirischer Sozialforschung dar, dass es einen „positive[n] Zusammenhang zwischen Wertschätzung des demokratischen Systems, Vertrauen in die eigene politische Handlungskompetenz und den Möglichkeiten demokratischer Mitbestimmung in der Schule“<sup>36</sup> gibt. Deshalb soll es ein Ziel sein, SchülerInnen im Unterricht bzw. in der Schule Partizipation zu ermöglichen.<sup>37</sup>

In diesem Zusammenhang kann SchülerInnen vermittelt werden, dass politische Partizipation mehr bedeutet als nur alle paar Jahre zur Wahlurne zu schreiten. Politische Bildung ist „im Rahmen der Schulpartnerschaft und der gesetzlichen Vertretung der SchülerInnen wirksam“, so heißt es im Grundsatzterlass zum Unterrichtsprinzip Politische Bildung. An dieser Stelle sei deshalb auf die Gremien der Schulpartnerschaft verwiesen, wo Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen in Klassen- und Schulforen, Elternvereinsversammlungen, Klassensprecherkonferenzen, Schulkonferenzen, Schulgemeinschaftsausschüssen mitdiskutieren und mitentscheiden können.<sup>38</sup>

Als ein erster Schritt in Richtung Partizipation – mit allen Einschränkungen – kann die Wahl von KlassensprecherInnen, welche Mitbestimmung nach demokratischen Maßstäben sicherstellt,<sup>39</sup> gesehen werden. Weiters bieten Klassenräte, die in den institutionalisierten Gremien nicht vorkommen, für SchülerInnen einer Klasse und eine Lehrkraft in regelmäßigen Abständen – meist wöchentlich – die Gelegenheit, „Probleme zu besprechen, Konflikte zu bearbeiten, Entscheidungen zu treffen oder Regeln für den Umgang miteinander festzulegen. Es geht dabei auch um Unterrichtsfragen (Schwerpunkte bzw. Methoden im Unterricht, Projektplanungen etc.). Der Klassenrat entscheidet gemeinsam über selbstgewählte Inhalte, Regeln, Vereinbarungen und Maßnahmen“.<sup>40</sup> Besonders hervorzuheben ist im Zusammenhang mit den partizipativen Strukturen an der Schule die sicherlich noch zu wenig genutzte Möglichkeit von SchülerInnenparlamenten, in welchen Themen wie Schule ohne Angst, Verbesserung der Kommunikation, Verbesserung der Arbeitsweise der SchülerInnenvertretung, Schule als Lebensraum für alle usw. behandelt werden können.<sup>41</sup> SchülerInnen-

**Vorbereitung auf Mitbestimmung**

**Wahl von KlassensprecherInnen**

**Klassenräte**

**SchülerInnenparlamente**

parlamente oder ähnliche Projekte der Schulgemeinschaft, die die demokratische Beteiligung von SchülerInnen fördern, eignen sich nicht nur für die Sekundarstufe II, sondern werden ebenso erfolgreich in der Sekundarstufe I, ja sogar in Volksschulen durchgeführt, wo z.B. Maßnahmen zur Förderung des Zusammenlebens in der Schule und die Erarbeitung von dafür notwendigen Verhaltensvereinbarungen diskutiert und beschlossen werden können.<sup>42</sup> Eine Verknüpfung des partizipativen (politischen) Handelns mit begleiteten Reflexionen darüber ist jedenfalls gefordert, um die Entwicklung politischer Kompetenzen gezielt zu fördern.<sup>43</sup>

- 1 Gekürzter und in Teilen veränderter Text nach Buchberger, Wolfgang: Gelebte Demokratie und Demokratiebildung an Schulen – Herausforderungen und Möglichkeiten, in: Reitmair-Juarez, Susanne/Stainer-Hämmerle, Kathrin (Hrsg.): *Umkämpfte Demokratie(n), Wahlen und Politische Bildung* (Arbeitstitel). Frankfurt/M. 2019. (in Vorbereitung)
- 2 Vgl. Krammer, Reinhard/Kühberger, Christoph/Windischbauer, Elfriede et al.: Die durch politische Bildung zu erwerbenden Kompetenzen. Ein Kompetenz-Strukturmodell (Langfassung). Unveröffentlichtes Manuskript Wien 2008. Online abrufbar auf der Internetseite des Bundeszentrums für Gesellschaftliches Lernen unter <https://www.geschichtsdidaktik.com/materialien-für-den-unterricht/>, 27.11.2007
- 3 Unterrichtsprinzip Politische Bildung. Grundsatzlerlass 2015, S. 1f.
- 4 Vgl. Massing, Peter: Demokratie-Lernen oder Politik-Lernen? In: Breit, Gotthard/Schiele, Siegfried (Hrsg.): *Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung*. Schwalbach/Taunus 2002, S. 160–187, hier: S. 162.
- 5 Vgl. ebd. S. 171–174.
- 6 Vgl. Himmelmann, Gerhard: Demokratie-Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform, in: Breit, Gotthard/Schiele, Siegfried (Hrsg.): *Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung*. Schwalbach/Taunus 2002, S. 21–39, hier: S. 26–31. Außerdem: Himmelmann, Gerhard: *Demokratie-Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform*. Ein Lehr- und Studienbuch. Schwalbach/Ts. 2001.
- 7 Vgl. Sander, Wolfgang: *Geschichte der Politischen Bildung*, in: Ders. (Hrsg.): *Handbuch politische Bildung*. Schwalbach/Ts. 2014<sup>4</sup>, S. 15–30, hier: S. 28f.
- 8 Vgl. Krammer, Reinhard: *Demokratielernen durch politische Bildung? In: Ammerer, Heinrich/Fallend, Franz/Windischbauer, Elfriede: Demokratiebildung. Annäherungen aus Fachwissenschaft und Fachdidaktik*. Innsbruck/Wien/Bozen 2012, S. 27–42, hier S. 28f. Vgl. auch Bartels, Hans-Peter: Weil sich Demokratie nicht vererbt. Argumente für zusätzliche Anstrengungen beim Demokratielernen, in: Lange, Dirk/Himmelmann, Gerhard (Hrsg.): *Demokratiedidaktik. Impulse für die Politische Bildung*. Wiesbaden 2010, S. 31–42, hier S. 36–38.
- 9 Vgl. Krammer et al., *Kompetenz-Strukturmodell*.
- 10 Vgl. Massing, *Demokratie-Lernen*, S. 167 u. 173.
- 11 Vgl. dazu Hellmuth, Thomas/Klepp, Cornelia: *Politische Bildung. Geschichte, Modelle, Praxisbeispiele*. Böhlau 2010, S. 15–86. Sie nennen in einem historischen Aufriss den Umgang mit Konflikten in der Politischen Bildung als Indikator für die Zieldimension der Bildung zu aufgeklärten und mündigen BürgerInnen. Vgl. auch Massing, Peter: *Konfliktfähigkeit – Eine zentrale Voraussetzung für politische Handlungskompetenz*, in: Frech, Siegfried/Richter, Dagmar (Hrsg.): *Der Beutelsbacher Konsens. Bedeutung, Wirkung, Kontroversen*. Schwalbach/Ts. 2017, S. 146–161.
- 12 Vgl. Schmidt, Manfred G.: *Demokratietheorien. Eine Einführung*. Wiesbaden 2003<sup>3</sup>, S. 325–337. Österreich wird von Schmidt als „Mischform mit starker konkordanzdemokratischer Tradition“ eingestuft (ebd., S. 330)
- 13 Dachs, Herbert: *Verschiedene Modelle der Demokratie*, in: *Forum Politische Bildung* (Hrsg.): *Informationen zur Politischen Bildung* 28/2008, S. 22–30, hier: S. 24.
- 14 Vgl. Krammer, *Demokratielernen*, S. 31.
- 15 Vgl. zur Vollständigkeit auch Einwände gegen die Vermittlung von Werten in der Schule bei Sander, welche dieser jedoch auch entkräftet: Sander, Wolfgang: „erkennen, als jemand, der einmalig ist in der Welt!“ – Werteeerziehung als Aufgabe der Schule, in: Breit, Gotthard/Schiele, Siegfried (Hrsg.): *Werte in der politischen Bildung*, Schwalbach/Taunus 2000, S. 184–201, hier: S. 184–186.
- 16 Vgl. gescheiterte Demokratien der Zwischenkriegszeit, aber auch aktuellere Beispiele der Dekonsolidierung von demokratischen Systemen, z.B. im Zuge des arabischen Frühlings. Vgl. dazu auch die Akzeptanz von allgemeinen Spielregeln und institutionellen Verfahrensweisen als Aspekte eines Demokratiebewusstseins bei Himmelmann, Gerhard: *Durch Demokratie-Lernen zum Demokratiebewusstsein*, in: Lange, Dirk/Himmelmann, Gerhard (Hrsg.): *Demokratiebewusstsein. Interdisziplinäre Annäherungen an ein zentrales Thema der Politischen Bildung*. Wiesbaden 2007, S. 26–40, hier S. 33.
- 17 Vgl. Ammerer, Heinrich: *Zum demokratiebildenden Umgang mit Werten, Normen und Gesetzen in jungen Lernaltern*, in: *Forum Politische Bildung* (Hrsg.): *Informationen zur Politischen Bildung* 39/2016, S. 16–25, hier S. 16f.
- 18 ebd., S. 18.

- 19 Vgl. Breit, Gotthard: Grundwerte im Politikunterricht, in: Breit, Gotthard/Schiele, Siegfried (Hrsg.): Werte in der politischen Bildung, Schwalbach/Taunus 2000, S. 218–248, hier S. 222–226.
- 20 Diese Werte finden sich im österreichischen Grundsatzerslass für Politische Bildung aus 2015, S. 2.
- 21 Vgl. Klein, Ansgar/Speth, Rudolf: Demokratische Grundwerte in der pluralisierten Gesellschaft. Zum Zusammenspiel von politischen Verfahren und bürgerschaftlichem Engagement, in: Breit, Gotthard/Schiele, Siegfried: Werte in der Politischen Bildung. Schwalbach/Ts. 2000, S. 30–55, hier S. 45.
- 22 Vgl. Reinhardt, Sibylle: Werteorientierte Demokratiepoltik, in: Friedrichs, Werner/Lange, Dirk (Hrsg.): Demokratiepoltik. Vermessungen – Anwendungen – Probleme – Perspektiven, Wiesbaden 2016, S. 95–110, hier S. 98.
- 23 Sander, Werteerziehung, S. 188.
- 24 Breit, Grundwerte, S. 222.
- 25 Breit, Grundwerte, S. 222.
- 26 Vgl. die Handlungsmaximen des Beutelsbacher Konsens: [http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/data/beutelsbacher\\_konsens.pdf](http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/data/beutelsbacher_konsens.pdf), 04.09.2018. Vgl. auch Mittnik, Philipp/Lauss, Georg/Schmid-Heher Stefan: Was darf politische Bildung? Eine Handreichung für LehrerInnen für den Unterricht in Politische Bildung. Wien 2018. Online unter <https://www.geschichtsdidaktik.com/materialien-für-den-unterricht/>, 04.09.2018
- 27 Breit, Grundwerte, S. 233f.
- 28 Schiele, Siegfried: Möglichkeiten und Grenzen der politischen Bildung bei der Vermittlung von Werten, in: Breit, Gotthard/Schiele, Siegfried (Hrsg.): Werte in der politischen Bildung, Schwalbach/Taunus 2000, S. 1–15, hier: S. 11.
- 29 Ammerer, Umgang mit Werten, S. 19.
- 30 Vgl. Kühberger, Christoph/ Windischbauer, Elfriede: Individualisierung und Differenzierung im Politikunterricht. Offenes Lernen in Theorie und Praxis. Schwalbach/Ts. 2013, S. 34.
- 31 Es sei auf beispielhafte Umsetzungen verwiesen (online unter: <https://www.geschichtsdidaktik.com/materialien-für-den-unterricht/unterrichtsbausteine/>): Gleichheit: Vgl. Schmid-Heher: Deutschpflicht in der Pause? In: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung 39/2016, S. 63–72, hier: S. 66 und S. 70–72. Frieden: Windischbauer, Elfriede: Simulationsspiel „Wir bestimmen mit!“, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung 28/2008, S. 58–65. Freiheit: Mattle, Elmar: Snaps, Posts und Tweets. Politische Manifestationen in Social Media, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung 42/2017, 45–51. Gerechtigkeit: Mörwald, Simon: Wozu brauchen wir Gesetze? In: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung 39/2016, S. 44–49. Solidarität: Buchberger, Wolfgang: Gerechtigkeit ist Ansichtssache, in: Mittnik, Philipp (Hrsg.): Ethnisierung von Politik (Arbeitstitel). Wien 2019. (in Vorbereitung)
- 32 Sander, Werteerziehung, S. 188f.
- 33 Henkenborg, Peter: Politische Bildung als Schulprinzip: Demokratie-Lernen im Schulalltag, in: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch Politische Bildung. Bonn 2014, S. 212–221, hier 212f.
- 34 Vgl. Kühberger, Christoph/Windischbauer, Elfriede: Jugend und Politische Partizipation. Annäherung aus der Perspektive der Politischen Bildung. Innsbruck/Wien/ Bozen 2009, S. 10.
- 35 Absolut vermieden werden müssen in diesem Zusammenhang „Partizipationsplacebos“: Vgl. dazu Hetke, Reinhold: Die Schule als Ort politischen Handelns, in: Harles, Lothar/Lange, Dirk (Hrsg.): Zeitalter der Partizipation. Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung? Schwalbach/Ts. 2015, S. 118–128, hier: S. 125.
- 36 Herdegen, Peter: Politikunterricht in der Sekundarstufe I all-gemeinbildender Schulen, in: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch Politische Bildung. Bonn 2007, S. 196–210, hier S. 204.
- 37 Vgl. zum Kinderrecht auf Partizipation: Kinderrechte-Index in der Schule und Leitfaden für ein partizipatives Kinderrechte-Monitoring in der Schule. Ein Teilprojekt des Projekts „Kinderrechte und Partizipation – Indikatorenentwicklung im schulischen Kontext. Ein Pilotprojekt. Im Auftrag des Ludwig Boltzmann Instituts für Menschenrechte und des Zentrum polis, September 2015. Als Download verfügbar unter <http://www.politik-lernen.at/site/projekte/kinderrechte>, 27.11.2015.
- 38 Siehe auch den Beitrag von Petra Mayrhofer in diesem Heft
- 39 Vgl. Krammer, Reinhard: Demokratielernen durch politische Bildung? In: Ammerer, Heinrich/Fallend, Franz/Windischbauer, Elfriede: Demokratiebildung. Annäherungen aus Fachwissenschaft und Fachdidaktik. Innsbruck/ Wien/Bozen 2012, 27–42, hier 35f. Krammer verweist in diesem Zusammenhang allerdings auch auf die Grenzen der Partizipationsmöglichkeiten für viele SchülerInnen.
- 40 Zentrum Polis: Entwicklungsplan polis. „Demokratische Schule“: Ideen und Anregungen für Thema 2 eines Entwicklungsplans. Wien 2013. Online unter [http://www.politik-lernen.at/dl/mqmsJKKoNmLOJqx4KJK/ep\\_polis-2.pdf](http://www.politik-lernen.at/dl/mqmsJKKoNmLOJqx4KJK/ep_polis-2.pdf), 01.02.2017
- 41 Konkrete Vorschläge und Erfahrungsberichte dazu: Vgl. Rauchegger-Fischer, Claudia/Senhofer, Irmgard: SchülerInnenmitbestimmung in der Praxis. Projektbericht „Schuldemanokratie am Akademischen Gymnasium Innsbruck“, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung 28/2008, S. 74–81. Vgl. auch: Dies.: Schuldemanokratie leben. Das Akademische Gymnasium in Innsbruck, in: Kühberger, Christoph/Windischbauer, Elfriede: Jugend und Politische Partizipation. Annäherungen aus der Perspektive der Politischen Bildung, Innsbruck/Wien/Bozen 2009, S. 70–77.
- 42 Vgl. dazu Stainer-Hämmerle, Kathrin/ Seebacher, Felicitas: SchülerInnenparlament in der Volksschule, in: Ammerer, Heinrich/Krammer, Reinhard/ Windischbauer, Elfriede (Hrsg.): Politische Bildung konkret. Beispiele für kompetenzorientierten Unterricht, Wien 2009, S. 15–21.
- 43 Vgl. Brunhold, Andreas: Wie tragfähig ist der Beutelsbacher Konsens heute? Ein Statement, in: Frech, Siegfried/Richter, Dagmar (Hrsg.): Der Beutelsbacher Konsens. Bedeutung, Wirkung, Kontroversen. Schwalbach/Ts. 2017, S. 87–103, hier: S. 93 u. 98.

## LITERATURHINWEIS: ZWEI UNTERRICHTSBEISPIELE ZUM THEMA

Lauss, Georg/Schmid-Heher, Stefan: Zeitlich begrenzte Fahrverbote für Schulen? Ein Beispiel für politische Mitbestimmung

Hellmuth, Thomas: Was bedeutet nun eigentlich Demokratie? Zur Grundlegung eines demokratischen Verständnisses im Unterricht der Sekundarstufe I

Beide in: *Forum Politische Bildung (Hrsg.): Politische Mitbestimmung. Informationen zur Politischen Bildung 42/2018.*

Bestellbar unter [www.politischebildung.com](http://www.politischebildung.com) → Bestellungen oder 01/512 37 37

Petra Mayrhofer

# Schulgemeinschaft und Schuldemokratie in Österreich

**Schulpartner-  
schaft  
gesetzlich  
geregelt**

Die Schulgemeinschaft beziehungsweise Schulpartnerschaft wird in Österreich als das Zusammenwirken von LehrerInnen, Erziehungsberechtigten und SchülerInnen definiert.<sup>1</sup>

Die Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgabe erfolgt in den unterschiedlichen Gremien der Schulgemeinschaft<sup>2</sup>: Klassenforum, Schulforum und Schulgemeinschaftsausschuss. In Schulen, die in einem organisatorischen Verbund mit anderen Schulen als Schulcluster geführt werden, ist zusätzlich dazu ein Schulclusterbeirat zu bilden. In den Gremien der Schulpartnerschaft sind alle Mitwirkenden (Erziehungsberechtigte, SchülerInnen und LehrerInnen) unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft wahlberechtigt.

## Gremien der Schulpartnerschaft

### Klassenforum und Schulforum

**Pflichtschule  
und  
Vorschule**

In den Gremien der Volksschulen, Hauptschulen, (Neuen) Mittelschulen und Sonderschulen, die nicht nach dem Lehrplan der Polytechnischen Schule geführt werden – Klassenforum und Schulforum – setzt sich die Schulgemeinschaft aus gewählten InteressensvertreterInnen von LehrerInnen und Erziehungsberechtigten zusammen. Pro Schule existieren die Klassenforen der einzelnen Klassen und das Schulforum parallel.

**Klassenforum**

Für jede Klasse gibt es ein Klassenforum, in dem die Erziehungsberechtigten aller SchülerInnen pro Klasse vertreten sind. Diese wählen für die Klasse eine/n KlassenelternvertreterIn und -stellvertreterIn. Der Klassenlehrer/die Klassenlehrerin oder Klassenvorstand/Klassenvorständin fungieren als Vorsitz. Das Klassenforum muss von dem/der jeweiligen KlassenlehrerIn zumindest in den ersten acht Wochen nach Schulbeginn einberufen werden.

**Schulforum**

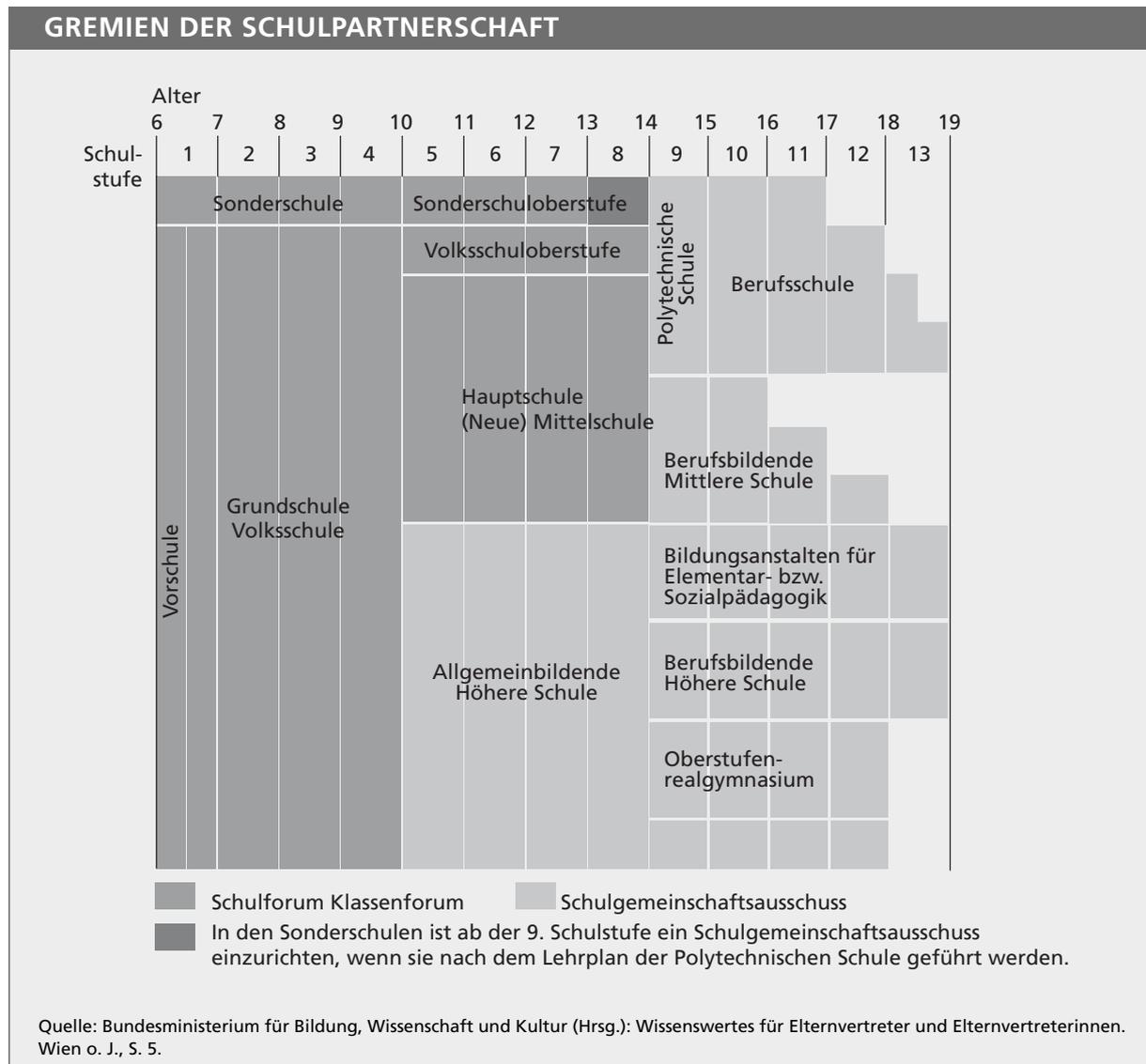
Im Schulforum sind alle KlassenelternvertreterInnen sowie alle KlassenlehrerInnen oder Klassenvorstände Mitglieder, den Vorsitz des Schulforums hat der/die SchulleiterIn inne. Das Schulforum tagt zumindest in den ersten neun Wochen nach Schulbeginn und behandelt Angelegenheiten, die über den Wirkungsbereich einer Klasse hinausgehen oder die gesamte Schule betreffen, wie beispielsweise Maßnahmen in Rahmen der Schulautonomie.

### Schulgemeinschaftsausschuss

**Auch  
SchülerInnen  
vertreten**

In den Polytechnischen Schulen, in den Sonderschulen, die nach dem Lehrplan der Polytechnischen Schule geführt werden, in den Berufsschulen und in den mittleren und höheren Schulen gibt es den Schulgemeinschaftsausschuss (SGA). Im SGA sind die gewählten InteressensvertreterInnen der SchülerInnen neben LehrerInnen- und ElternvertreterInnen gleichberechtigt vertreten. Dieses Gremium setzt sich aus je drei gewählten VertreterInnen von LehrerInnen-, Eltern- und SchülerInnenseite zusammen. Vonseiten der SchülerInnen sind der/die SchulsprecherIn und seine/ihre StellvertreterInnen im SGA vertreten, vonseiten der LehrerInnen werden drei VertreterInnen in der Schulkonferenz aus ihrem Kreis gewählt. Falls es an der Schule keinen Elternverein gibt, entsendet die Elternvollversammlung drei gewählte VertreterInnen, ansonsten

obliegt diese Aufgabe dem Elternverein. Die Schulleitung hat den Vorsitz inne und muss zumindest zwei SGA-Sitzungen (in den Berufsschulen zumindest eine Sitzung) pro Schuljahr einberufen.

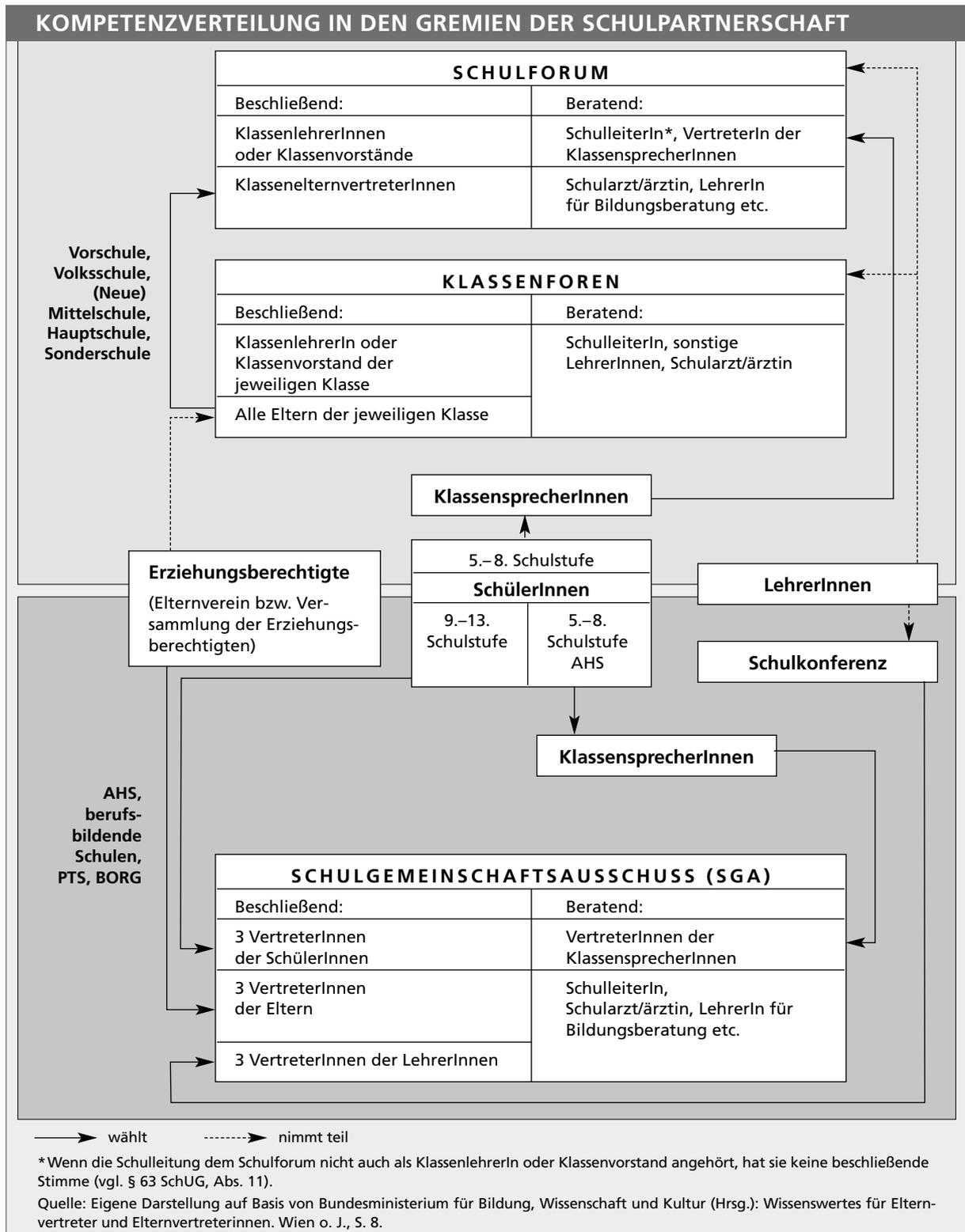


Es gibt je nach Schultyp unterschiedliche Gremien der Schulgemeinschaft: Schulforum und Klassenforum müssen in Volksschulen, Hauptschulen, Mittelschulen und Sonderschulen, die nicht nach dem Lehrplan der Polytechnischen Schule geführt werden, eingerichtet werden.

## Kompetenzen in den innerschulischen Gremien

Die Befugnisse der Interessensvertretungen von Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen teilen sich in Mitwirkungsrechte und Mitbestimmungsrechte.

Im Klassenforum werden Entscheidungen gemäß § 63a(2) des SchUG gefällt, darunter fallen beispielsweise schulautonome Schulzeitregelungen oder mehrtägige Schulveranstaltungen. Die Kompetenzen des Schulforums sind ebenfalls im § 63a(2) des SchUG



Erziehungsberechtigte, SchülerInnen und LehrerInnen bilden die drei Gruppen, die in den Schulgremien vertreten sind. Ihre Beteiligung und die Kompetenzverteilung (beschließende oder beratende Funktion) zwischen ihnen sind dem jeweiligen Schultyp und Gremium entsprechend verschieden. In Schulclustern hat der Schulclusterbeirat eine beratende Funktion.

geregelt und sehen zusätzlich zu den Mitbestimmungsrechten des Klassenforums – welche ebenfalls für das Schulforum gelten, wenn diese sich auf mehrere Klassen beziehungsweise die gesamte Schule beziehen – weitere Entscheidungskompetenzen vor, wie beispielsweise die Erlassung schulautonomer Lehrplanbestimmungen, die schulautonome Festlegung von Eröffnungs- und Teilungszahlen von Klassen und die Kooperationen mit Schulen oder außerschulischen Einrichtungen.

**Mitwirkung  
und Mitbestimmung**

Die Aufgaben des Schulgemeinschaftsausschusses (SGA) sind im SchUG § 64/2 festgelegt. Die beratenden Aufgaben von Klassen-, Schulforum und Schulgemeinschaftsausschuss umfassen unter anderem wichtige Fragen des Unterrichts, der Erziehung und der Verwendung von der Schule übertragenen Budgetmitteln sowie von Baumaßnahmen im Bereich der Schule.

**Aufgaben  
des Schulge-  
meinschafts-  
ausschusses**

### **Interessensvertretung der SchülerInnen in den innerschulischen Gremien**

Ab der 5. Schulstufe wählen die SchülerInnen eigene InteressensvertreterInnen: Pro Klasse werden ein/e KlassensprecherIn und ein/e KlassensprecherInnenstellvertreterIn innerhalb der ersten 5 Wochen eines Schuljahres gewählt. (Im Klassenforum werden die Interessen der SchülerInnen von deren Erziehungsberechtigten vertreten.) Für die 5.–8. Schulstufe der Hauptschulen, (Neue) Mittelschulen, AHS, Volksschuloberstufen und Sonderschulen, die den Lehrplan der Hauptschulen umsetzen, wird aus der Mitte der KlassensprecherInnen ein/e VertreterIn der KlassensprecherInnen und dessen/deren StellvertreterIn gewählt. Diese fungieren im jeweiligen Gremium – also je nach Schultyp sind dies Schulforum oder Schulgemeinschaftsausschuss – als beratendes Mitglied. Ab der 9. Schulstufe sind alle SchülerInnen berechtigt, eine/n SchulsprecherIn beziehungsweise dessen/deren VertreterInnen im Schulgemeinschaftsausschuss per Wahl zu bestimmen.

**Ab 5.  
Schulstufe  
Klassenspre-  
cherInnen**

**Ab 9.  
Schulstufe  
Schul-  
sprecherIn**

### **Interessensvertretung der LehrerInnen**

Die InteressensvertreterInnen der LehrerInnen für den Schulgemeinschaftsausschuss werden von der Schulkonferenz – alle an der Schule tätigen LehrerInnen sind aktiv und passiv, der/die SchulleiterIn nur aktiv wahlberechtigt – innerhalb der ersten 3 Monate eines Schuljahrs gewählt. Im Klassenforum sind die jeweiligen KlassenlehrerInnen, im Schulforum die Klassenvorstände automatisch Mitglied.

**Schulgemein-  
schafts-  
ausschuss**

### **Interessensvertretung der Erziehungsberechtigten**

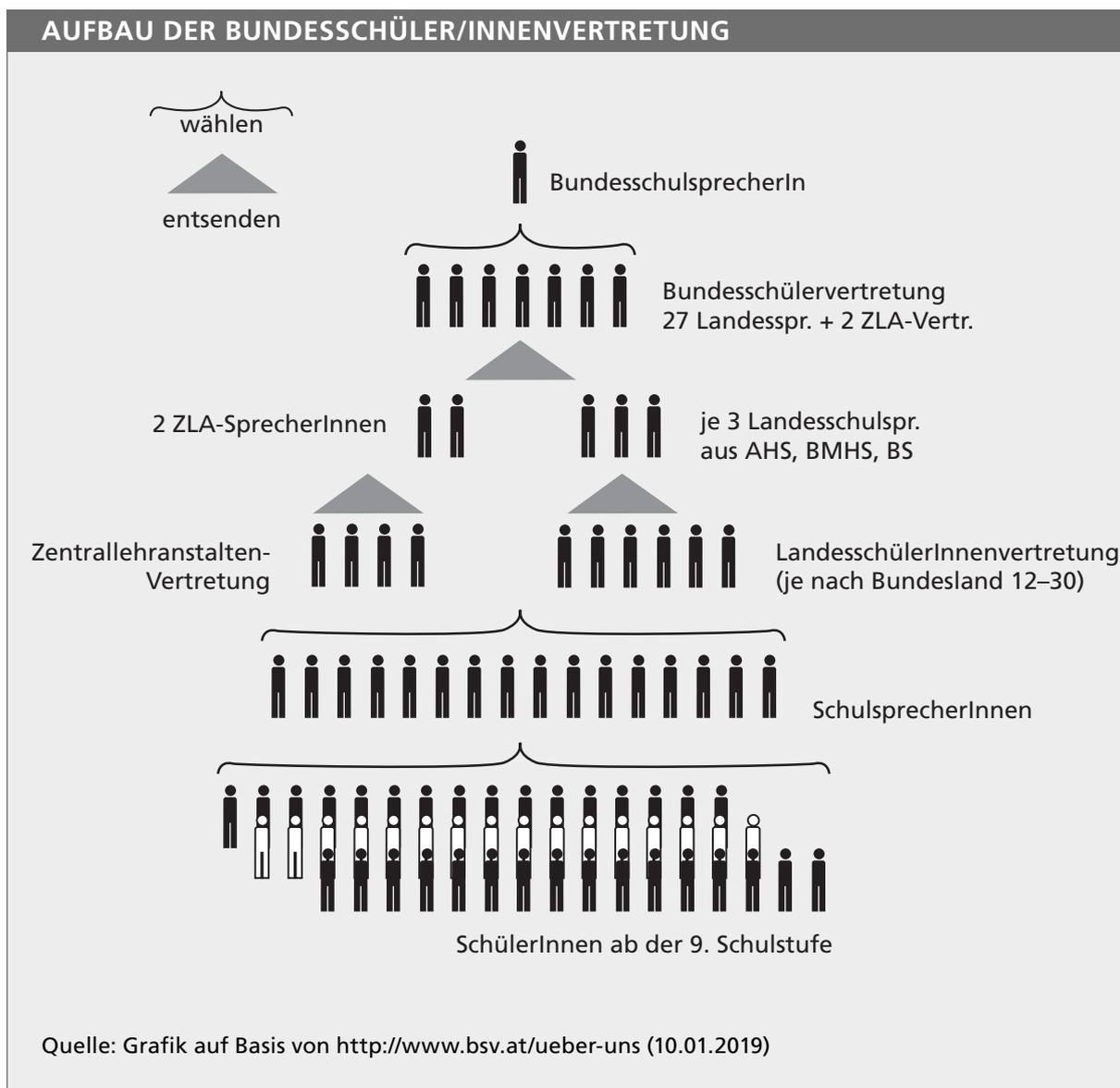
Die InteressensvertreterInnen in den innerschulischen Gremien werden aus der Mitte der Erziehungsberechtigten gewählt. Außerdem gibt es an vielen Schulen den Elternverein, eine von der Schule unabhängige privatrechtliche Einrichtung. An jeder Schule kann ein Elternverein gegründet werden, dessen Mitglieder entrichten einen Mitgliedsbeitrag. Der Verein darf KandidatInnen für die Wahl zu den KlassenelternvertreterInnen ernennen und auch den Vorsitz dieser Wahl führen. Der Elternverein ist berechtigt, alle drei ElternvertreterInnen in den SGA zu entsenden.

**Elternverein**

## **Überschulische Interessensvertretungen**

Im Schülervertretungsgesetz (SchVG) wird das Einrichten einer LandesschülerInnenvertretung in jedem Bundesland und einer BundesschülerInnenvertretung für das gesamte Bundesgebiet festgeschrieben. Die LandesschülerInnenvertretung wird zu gleichen Teilen von SchülervertreterInnen der allgemeinbildenden höheren Schulen, der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie der Berufsschulen beschickt. Wahlberechtigt für die LandesschülerInnenvertretung im jeweiligen Bundesland und für den eigenen Schultyp sind alle SchülerInnenvertreterInnen einer

**Vertretung  
auf Landes-  
und  
Bundesebene**  
  
**SchülerInnen**



Die BundesschülerInnenvertretung wird stufenartig auf mehreren Ebenen (SchülerInnen – SchulsprecherInnen – LandesschülerInnenvertretung) gewählt.

- LehrerInnen** Schule. Alle LandesschulsprecherInnen sowie die SprecherInnen der Zentralen Lehranstalten werden in die BundesschülerInnenvertretung entsandt. Sie repräsentieren die gesetzliche SchülerInnenvertretung auf Bundesebene. Diese 29 BundesschülerInnenvertreterInnen wählen aus ihrem Kreis einen Bundesschulsprecher bzw. eine Bundesschulsprecherin und für jeden Bereich eine/n BereichssprecherIn, wobei Letztgenannte gleichzeitig die StellvertreterInnen des Bundesschulsprechers bzw. der Bundesschulsprecherin sind.
- Eltern** LehrerInnen sind durch ihre Personalvertretung auf der Landes- und Bundesebene vertreten.

In den einzelnen Bundesländern sind die Elternvereine in Landesverbänden organisiert, aus deren Mitte VertreterInnen in den Bundesverbänden der Elternvereine

tätig sind. Die Dachverbände der Elternvereinigungen entsenden auch VertreterInnen in den Elternbeirat beim Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, der ein Beratungsgremium des jeweiligen Bundesministers/der jeweiligen Bundesministerin ist.

- 1 Überarbeitete Fassung des Artikels: Mayrhofer, Petra: Schulgemeinschaft und Schuldemokratie in Österreich, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung 28/2008, S. 46–51.
- 2 Die Schulgemeinschaft wird im Schulunterrichtsgesetz (SchUG) sowie im Schulorganisationsgesetz (SchOG) gesetzlich geregelt.

#### Weiterführende Literatur

[https://bildung.bmbwf.gv.at/schulen/autonomie/cluster/index.html#heading\\_Wie\\_sind\\_Schulcluster\\_organisiert\\_](https://bildung.bmbwf.gv.at/schulen/autonomie/cluster/index.html#heading_Wie_sind_Schulcluster_organisiert_)  
<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10009722>  
Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Hrsg.): Wissenswertes für Elternvertreter und Elternvertreterinnen. Wien o. J.  
Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (Hrsg.): Informationsblätter zum Schulrecht – 2. Teil: Schuldemokratie und Schulgemeinschaft. Wien 2007.  
Kisser, Christine: Wählen in der Schule, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Von Wahl zu Wahl (= Informationen zur Politischen Bildung 21). Innsbruck–Wien (u.a.) 2004, S. 66–78.



#### WEBTIPP

Windischbauer, Elfriede: Simulationsspiel „Wir bestimmen mit!“ (Unterrichtsbeispiel).

In: Heft 28 der Informationen zur Politischen Bildung, online unter

▶ [www.politischebildung.com](http://www.politischebildung.com) → Übersicht

Pichler, Herbert: Schulgemeinschaft: Gelebte Demokratie? (Unterrichtsbeispiel).

In: Heft 21 der Informationen zur Politischen Bildung, online unter

▶ [www.politischebildung.com](http://www.politischebildung.com) → Übersicht

DemokratieWEBstatt des österreichischen Parlaments

▶ [www.demokratiewebstatt.at](http://www.demokratiewebstatt.at)

Polis Aktuell 2013/5: Demokratie in der Schule

▶ [www.politik-lernen.at](http://www.politik-lernen.at) → Shop

## ORGANISATION UND ABLAUF EINES SCHÜLERINNENPARLAMENTS

### 1. Vorbereitung

Wie bei Parlamentssitzungen in Wien ist die Vollversammlung des SchülerInnenparlaments nur der letzte Schritt einer mehrere Monate dauernden Vorbereitungszeit.

1. Wahl der SchulsprecherInnen
2. Vorbesprechung über Vorarbeiten und Ablauf des SchülerInnenparlaments mit der SchülerInnenvertretung, den unterstützenden LehrerInnen und dem/der DirektorIn; erste Themendiskussion (SchulsprecherInnen greifen wichtige Themen auf und schlagen sie vor), die LehrerInnen und die Direktion geben ausschließlich im organisatorischen Bereich Unterstützung.  
Der zeitliche Ablauf wird festgelegt. Ganz wichtig: die Räume für die Workshops und die Vollversammlung müssen gefunden werden.
3. Wahl der Verantwortlichen für das SchülerInnenparlament, die in den vorbereitenden Arbeitsgruppen (Workshops) die Klasse vertreten – das können auch die KlassensprecherInnen sein, dann entfällt die Wahl.
4. Die Themensammlung erfolgt auch während der Schulvertretungsstunden und KlassensprecherInnenensitzungen. Alle SchülerInnen werden durch die KlassensprecherInnen aufgefordert, Themenvorschläge einzubringen.
5. Die Workshops (eineinhalb Tage): Die Delegierten diskutieren in moderierten Gruppen über die ausgewählten Themenbereiche (meist 3 oder 4) und formulieren anschließend Anträge für die Vollversammlung. Zeit: Freitag ganztägig und am Samstagvormittag.  
Die Workshops finden z.T. während der Schulzeit statt, aber die SchülerInnen treffen sich auch in der schulfreien Zeit.
6. Die Anträge werden auf Schulkosten kopiert und an alle SchülerInnen der Oberstufe und die UnterstufensprecherInnen ausgeteilt, damit diese vorbereitet in die Vollversammlung gehen. Die Klassenlisten werden vorbereitet, in die sich alle SchülerInnen bei der Vollversammlung eintragen müssen. Die Stimmkarten liegen dann bei den Klassenlisten auf.
7. Die SchülerInnenvertretung besichtigt den Raum der Vollversammlung aller OberstufenschülerInnen und probiert den PC, den Beamer und die Mikrofone aus.

### 2. Vollversammlung aller SchülerInnen

- ▶ Check-in: Alle SchülerInnen tragen sich in die Klassenlisten ein – so wird die Anwesenheit überprüft – die SchülerInnen erhalten die Stimmzettel.
- ▶ Die SchülerInnenvertretung begrüßt die Oberstufen-SchülerInnen und klärt sie über den Ablauf und die Stimmabgabe auf.
- ▶ Mitglieder der Arbeitsgruppen der Workshops stellen ihre Anträge vor, über die dann diskutiert wird. TeilnehmerInnen fragen nach, um Unklarheiten zu beseitigen, das Komitee steht Rede und Antwort und versucht seinen Antrag durch überzeugende Argumente durchzubringen.
- ▶ Antragsänderungen werden eingebracht, sie werden von den AntragstellerInnen schriftlich formuliert, der SchülerInnenvertretung übergeben, diese liest den Änderungsantrag vor und dann wird abgestimmt.
- ▶ Über jeden einzelnen Punkt einer vorläufigen Resolution wird einzeln diskutiert und jeder Punkt wird getrennt abgestimmt und in die Schlussresolution aufgenommen.
- ▶ Sollten Unklarheiten auftreten, kann die ganze Resolution oder einzelne Punkte auf die nächste Sitzung vertagt oder überhaupt verworfen werden.
- ▶ Jede Sitzreihe hat eine/n StimmzählerIn, der/die seine/ihre Reihe durchzählt und das Ergebnis der SchülerInnenvertretung meldet. Diese zählt sofort aus und gibt anschließend das Ergebnis bekannt.
- ▶ Die Ergebnisse werden dann im Konferenzzimmer ausgehängt. So haben alle LehrerInnen die Möglichkeit, bei ihren VertreterInnen zu den einzelnen Punkten Bedenken anzumelden, damit diese im SGA entsprechend reagieren können. Abstimmung über die Anträge mittels farbigen Stimmzetteln

### 3. Ergebnisse

Bei der nächsten Sitzung des Schulgemeinschaftsausschusses (SGA-Sitzung) bringen die SchülerInnenvertreterInnen die Anträge des SchülerInnenparlaments ein und versuchen die Eltern- und LehrerInnenvertreterInnen dafür zu gewinnen.

Quelle: Rauchegger-Fischer, Claudia/Senhofer, Irmgard: SchülerInnenmitbestimmung in der Praxis. Projektbericht „Schuldemokratie am Akademischen Gymnasium Innsbruck“, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung. Jugend – Demokratie – Politik, 28/2008, S. 74–81. Online unter [www.politischebildung.com](http://www.politischebildung.com)

Elmar Mattle/Simon Mörwald

## Ich bin nicht alleine auf der Welt!

### Der demokratische Grundwert Solidarität im Politikunterricht

<b>Bezug zum Informationsteil</b>	Wolfgang Buchberger: Demokratie lernen und leben im Rahmen schulischer Politischer Bildung
<b>Zielgruppe/Alter</b>	Sekundarstufe I, ab der 8. Schulstufe, 4. Klasse AHS/NMS/HS
<b>Lehrplanbezug</b>	4. Klasse/Modul 8 (Politische Bildung): Politische Mitbestimmung Die Unterrichtsbausteine sind entsprechend dem Grundsatzterlass „Unterrichtsprinzip Politische Bildung“ (2015) auch in anderen Unterrichtsgegenständen und Schulstufen umsetzbar.
<b>Basiskonzepte</b>	Verteilung, Handlungsspielräume, Arbeit
<b>Kompetenz-konkretisierung</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>▶ Eigene politische Urteile fällen und formulieren</li><li>▶ Politische Urteile hinsichtlich ihrer Qualität, Relevanz und Begründung und Auswirkung beurteilen</li><li>▶ Erstellen von politischen Manifestationen (Informationsgewinnung/-darstellung) in unterschiedlichen Medien</li></ul>
<b>Thematische Konkretisierung</b>	Einsichten in die Bedeutung der demokratischen Werte und Grundrechte in der Europäischen Union gewinnen
<b>Dauer</b>	2–3 Unterrichtseinheiten
<b>Kompetenzen</b>	Politische Sachkompetenz, Politische Urteilskompetenz, Politische Handlungskompetenz, Politische Methodenkompetenz
<b>Zentrale Fragestellungen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>▶ Was ist Solidarität?</li><li>▶ Welche Arten von Solidarität gibt es?</li><li>▶ Welche Verantwortung trägt der/die Einzelne für das Gemeinwohl?</li><li>▶ Wie kann der Begriff der Solidarität unterschiedlich interpretiert werden?</li><li>▶ Inwiefern trägt das politische System Österreichs dem Grundwert Solidarität Rechnung?</li></ul>

#### Annäherung an das Thema

<b>Ausgleich sozialer Ungleichheiten</b>	<i>Zum Begriff Solidarität</i> Solidarität ist neben Frieden, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit einer der Grundwerte, die für unsere demokratische Gesellschaft essenziell sind (siehe dazu auch den Beitrag von Wolfgang Buchberger in diesem Band). Diesen Grundwerten trägt auch der „Grundsatzterlass zum Unterrichtsprinzip Politische Bildung“ <sup>1</sup> Rechnung. Solidarität wird zur Notwendigkeit, wenn soziale Ungleichheiten ausgeglichen oder zumindest vermindert werden sollen, damit „Menschen, die mit ihrem Dasein nicht zurechtkommen, ein Leben in Würde führen können“. Dies gilt auch für die Unterstützung von Menschen, die unverschuldet in Notlagen geraten sind.
--	--

- Solidarität in Verbindung zu anderen Grundwerten ...** Solidarität ist etwas, das zwangsläufig nur in der Gemeinschaft bewiesen werden kann und sich in Mitmenschlichkeit und partnerschaftlichem Handeln den anderen gegenüber äußert.<sup>3</sup> Sie steht in engem Zusammenhang mit anderen demokratischen Grundwerten und ergänzt diese entscheidend. So geht eine Gesellschaft der Freien und Gleichen ohne Solidarität auf Kosten „der Menschenwürde der weniger Erfolgreichen und Unselbständigen“<sup>4</sup>. Der Soziologe Emile Durkheim bezeichnet Solidarität in diesem Sinne als „Zement, der die Gesellschaft zusammenhält“.<sup>5</sup> Solidarisches Handeln kann auf vielen unterschiedlichen Ebenen und auf zahlreiche Arten und Weisen geschehen. Es kann etwa die Bereitschaft für freiwillige Dienste ebenso als solidarisches Handeln betrachtet werden wie die nachbarschaftliche Hilfe, zum Beispiel nach Naturkatastrophen. Eine volkswirtschaftlich relevante Ausprägung solidarischen Handelns ist die finanzielle Unterstützung Bedürftiger in Form von Spenden. Bei allen genannten Formen ist es möglich, dass der/die solidarisch Handelnde auf Gegenseitigkeit setzt, es ist aber keinesfalls eine notwendige Voraussetzung. Gerade beim Spenden steht dieser Aspekt wohl weit im Hintergrund.
- ... und zur Praxis**
- Solidarität im Sozialstaat** Im Grundsatzerschluss für Politische Bildung heißt es auch, dass eine „faire Verteilung von Ressourcen für das Überleben der Menschheit notwendig ist“. Für diese „faire Verteilung“ sorgen jedoch nicht nur Einzelpersonen oder kleine Gruppen, sondern auch der Staat<sup>6</sup>, und zwar in Form verschiedener sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Errungenschaften des vorigen Jahrhunderts, die mit der Überzeugung, solidarisches Handeln als Notwendigkeit zu sehen, in engem Zusammenhang stehen. Die Ziele des Sozialstaats sind unter anderem, Armut und Not zu verhindern, Hilfe für in Not geratene Menschen zu leisten, soziale Gerechtigkeit zu fördern und den Wohlstand aller zu vergrößern. Das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (ASVG) spielt in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle, sind doch dort seit seinem Inkrafttreten 1956 die gesetzliche Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung verankert.
- Solidarität inner- und außerhalb sozialer Gruppen** *Arten von Solidarität*  
Solidarität lässt sich idealerweise nicht auf ein gewisses (Staats-)Gebiet begrenzen. Zeigt man sich solidarisch und offen gegenüber Fremden, spricht man von „Makrosolidarität“<sup>7</sup>. Dieser Aspekt gilt auch als einer der Grundpfeiler der EU. Er wird nicht nur ökonomisch verstanden, etwa in Form von Förderung wirtschaftlich schwacher Regionen, sondern bezieht sich zum Beispiel auch auf Sicherheitsbedrohungen oder Naturkatastrophen. Solidarisches Handeln gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen im Staat, also beispielsweise die Solidarität bürgerlicher Intellektueller im 19. Jahrhundert mit der Arbeiterklasse, nennt man „Mesosolidarität“.<sup>8</sup> Im Gegensatz zu diesen beiden Formen ist eine Solidarität, die sich nur auf (die eigene) kleine Gruppe beschränkt, die sogenannte „Mikrosolidarität“, nicht zwangsläufig offen, sondern kann durch ihre Ingroup-Outgroup-Differenzierungen sogar mit ausgrenzenden Ideologien kompatibel sein. Eine solche Auslegung des Solidaritätsbegriffes würde den im Unterricht zu vermittelnden Werten jedoch widerstreben.
- Grundlage des Zusammengehörigkeitsgefühls** Solidarität bedeutet allerdings nicht nur, sich für sozial Schwächere einzusetzen. Vielmehr geht es auch um ein Gefühl der Zusammengehörigkeit bzw. Verbundenheit aufgrund gleicher Anschauungen und Ziele (Gesinnungs- und Handlungssolidarität) und stellt damit eine wesentliche Vorbedingung für kollektives politisches Handeln dar. Mitunter lassen sich auch negative Folgen dieses Solidaritätsverständnisses ausmachen: Der von den USA geführte Krieg gegen den Terror wurde bzw. wird von einigen Staaten mit genau diesem Argument unterstützt.

*Solidarität und politische Parteien in Österreich*

Interessant scheint der Blick auch darauf, wie PolitikerInnen den Begriff der Solidarität

<b>Vielfältige politische Auslegungen</b>	anwenden. Auffällig ist, dass er häufig in Reden und Veröffentlichungen aller politischen Parteien sowie zahlreicher NGOs vorkommt und in den meisten Fällen jeweils als positiv und erstrebenswert angesehen wird. Jedoch ist die jeweilige Auslegung des Solidaritätsbegriffs sehr vielfältig. Berufen sich die einen auf Solidarität mit Minderheiten und Fremden sowie auf gesellschaftlichen Zusammenhalt, sehen andere beispielsweise die Wichtigkeit der Solidarität mit politisch Gleichgesinnten in anderen Ländern <sup>9</sup> , beziehungsweise betonen die Notwendigkeit, Solidarität innerhalb der EU zu üben, um gezielt Menschen aus Drittstaaten außerhalb der EU-Grenzen zu halten. <sup>10</sup> Augenscheinlich werden diese Unterschiede auch bei einer Betrachtung der Parteiprogramme. Der Begriff Solidarität kommt in verschiedenen Parteiprogrammen österreichischer Parteien vor, jedoch mit unterschiedlichen Ausprägungen.
<b>Solidarität in österreichischen Parteiprogrammen</b>	Die SPÖ beispielsweise spricht im Zukunftsprogramm von „internationaler Solidarität“, die „alle Menschen umfasst, unabhängig ihrer Herkunft“ <sup>11</sup> , die Grünen von „gesellschaftlicher Solidarität“, die als „weltweit verstanden“ <sup>12</sup> wird, die FPÖ von „Solidarität aller ÖsterreicherInnen“ <sup>13</sup> . Im ÖVP-Grundsatzprogramm spielt der Begriff eine zentrale Rolle. Dort wird betont, dass Solidarität nach dem Vorbild der „christlichen Nächstenliebe“ gelebt werde und dass Solidarität „keine ausschließlich staatliche Aufgabe“ <sup>14</sup> sei. Die Liste Pilz (bzw. die Partei „Jetzt“) betont, dass sie die Solidarität mit Staaten, die die Solidarität mit der EU aufkündigen, ihrerseits aufkündige. <sup>15</sup> Einzig bei der Partei NEOS wird der Begriff der Solidarität nicht explizit angeführt, zumindest nicht auf dem online zugänglichen Parteiprogramm.
<b>Stellenwert bei Jugendlichen</b>	Alle genannten Aspekte und Ausprägungen zeigen den hohen Stellenwert und die schlichte Notwendigkeit von Solidarität. Umso erstaunlicher ist, dass an verschiedenen Stellen ein Schwinden dieser Überzeugung nicht zuletzt, aber vor allem, bei Jugendlichen ausgemacht oder zumindest befürchtet wird. <sup>16</sup> Neuere groß angelegte Jugendstudien stützen diese Wahrnehmung nicht. Bei der Studie „Generation What?“ äußerten sich 85 Prozent der Befragten dahingehend, dass es „ohne Solidarität im Leben nicht geht“. <sup>17</sup>
<b>Thema des Geschichts- und Politikunterrichts</b>	<i>Solidarität im Geschichts- und Politikunterricht</i> Der Geschichts- und Politikunterricht hat also die Aufgabe, dass sich sowohl diese 85 Prozent als auch die 15 Prozent, die Solidarität für verzichtbar halten, mit diesem Wert und seinen Facetten reflektierend im Kontext der anderen erwähnten Grundwerte und der Demokratie an sich auseinandersetzen und angeleitet werden, eigene diesbezügliche Urteile zu treffen. Dabei besteht selbstverständlich das im Beutelsbacher Konsens <sup>18</sup> formulierte „Überwältigungsverbot“.
<b>Offen diskutieren</b>	Die demokratischen Werte sowie die Grund- und Menschenrechte werden zwar in einigen Publikationen zum Politikunterricht als „unverhandelbar“ <sup>19</sup> angesehen. Nichtsdestotrotz müssen die Ergebnisse von Reflexionsprozessen und Diskussionen über Werte im Unterricht im Sinne des Beutelsbacher Konsenses offen sein. Das heißt, die Lernenden dürfen keinesfalls überredet oder gar gezwungen werden, vorgegebene Werturteile zu übernehmen. Der Politikunterricht soll durch ausgewählte Praxisbeispiele den Lernenden die Möglichkeit geben, demokratische Grundwerte zu erfahren, diese zu verstehen, anzuerkennen und auch anzuwenden. <sup>20</sup>
<b>Werte hinterfragen und reflektieren</b>	Wichtig ist jedoch, dass die SchülerInnen mit mehreren kontroversen Meinungen konfrontiert werden, diese verstehen und so ihre eigenen Werthaltungen hinterfragen, über Werte reflektieren und durch Beteiligungsprozesse den Mehrwert von demokratischen Werthaltungen für politische Aushandlungsprozesse erkennen können.

Die folgenden Unterrichtsbausteine beinhalten Möglichkeiten, sich mit dem Begriff der Solidarität und seinen Facetten auseinanderzusetzen, sich mit fremden Urteilen und Meinungen zum Begriff zu beschäftigen und mit solidarischem Handeln in der eigenen Lebenswelt reflexiv umzugehen. Die Unterrichtsbausteine sind für die 4. Klasse/8. Schulstufe vorgesehen und beziehen sich auf das Modul 8 (Politische Mitbestimmung). Man kann sie auch dem Modul 9 der 2. Klasse/6. Schulstufe zuordnen (Gesetze, Regeln, Werte), jedoch müsste man hier die Texte vereinfachen und kürzen. Gemäß dem Unterrichtsprinzip Politische Bildung können sie auch in anderen Fächern oder fächerübergreifend durchgeführt werden.

### **Methodisch-Didaktische Überlegungen:**

#### **Urteilen und begründen**

In Baustein 1 werden die SchülerInnen in einem halboffenen Aufgabenformat mit drei lebensweltnahen Beispielen konfrontiert, zu denen sie jeweils zwischen zwei Auswahlmöglichkeiten entscheiden und ihre Wahl begründen müssen. Die Entscheidung ist in allen Beispielen zwischen einer Variante, die auf das Gemeinwohl abzielt, und einer Variante, die den eigenen Vorteil in den Vordergrund stellt, zu treffen. Danach soll über die Entscheidungen diskutiert und deren zugrundeliegende Wertvorstellungen reflektiert werden. Die Urteile können auch modifiziert werden. Diese Sequenz bezieht sich auf den Teilbereich der politischen Urteilskompetenz, bei der es darum geht, „sich jener eigenen politischen Grundeinstellungen und Wertmaßstäbe bewusst zu sein, die die eigenen Urteile beeinflussen, und bereit zu sein, sie gegebenenfalls zu modifizieren“.<sup>21</sup> Es geht also im weiteren Sinne um die Arbeit (und den reflektierten Umgang) mit eigenen politischen Urteilen. Dabei werden bewusst Auswahlmöglichkeiten angeboten, die sich nicht auf den Aspekt des Spendens beschränken.<sup>22</sup>

Gleichzeitig dienen die lebensweltnahen Beispiele als Grundlage dafür, sich mit Arten von Solidarität zu befassen. Sie sind jeweils der Mikro-, Meso- und Makrosolidarität zuzuordnen. Zu diesen Begriffen erhalten die SchülerInnen eine Infobox und entsprechende Arbeitsaufträge, um diese anzuwenden (siehe unten). Dies bezieht sich auf die politische Sachkompetenz, da Lernende den Begriff der Solidarität, der „im Rahmen der Beschäftigung mit dem Politischen notwendig [ist,] kennen und über [ihn] verfügen“<sup>23</sup> sollen.

#### **Formen der Solidarität unterscheiden**

In Baustein 2 setzen sich die Lernenden mit verschiedenen Formen von Solidarität auseinander. Unterschiedlichen Situationen bzw. Aussagen (in Form von Kärtchen) soll zunächst die dahinterstehende Überzeugung/Grundhaltung zugeordnet werden (politische Urteilskompetenz: den vorgefundenen kontroversen politischen Positionen/Urteilen/Entscheidungen von Einzelnen, Gruppen oder Parteien die ihnen zugrundeliegenden politischen Wert- und/oder philosophischen Grundhaltungen zuordnen). In einem weiteren Schritt weisen die SchülerInnen die Beispiele den übergeordneten Themen und den verschiedenen Formen von Solidarität zu, um sich so mit den unterschiedlichen Aspekten des Teilkonzeptes Solidarität auseinanderzusetzen (politische Sachkompetenz: Kategorien und Konzepte, die im Rahmen der Beschäftigung mit dem Politischen notwendig sind, kennen und über sie verfügen).<sup>24</sup> Bei den SchülerInnenbeispielen werden nicht die Fachbegriffe der Infobox verwendet, sondern Umschreibungen, da es hier wichtiger ist, die Ebene, auf der solidarisches Handeln passiert, zu verstehen als die Begriffe zu unterscheiden.

#### **Reflektieren und Stellung nehmen**

Baustein 3 bietet abschließend die Möglichkeit, die Ergebnisse und Erkenntnisse aus Baustein 1 und 2 zu reflektieren und persönlich zum Thema Solidarität Stellung zu nehmen. Das bewusst provokant formulierte Facebook-Posting soll die SchülerInnen dazu animieren, einer gegensätzlichen Meinung begründet entgegenzutreten (poli-

tische Methodenkompetenz), sich dabei selbst begründet zu positionieren (politische Urteilskompetenz) und ihre Meinung zu artikulieren bzw. öffentlich zu vertreten (politische Handlungskompetenz). Da sie mit ihrem Antwort-Posting eine politische Manifestation (z.B. auf Facebook) erstellen, gilt es auch, die Medienspezifika bei der Darstellung zu berücksichtigen (politische Methodenkompetenz).

### **UNTERRICHTSBAUSTEIN 1: Solidarisches Handeln in der Schule und Arten von Solidarität**

Zuerst werden die SchülerInnen mit lebensweltnahen Situationen und Auswahlmöglichkeiten konfrontiert. Dazu gibt es folgende Arbeitsaufträge:

#### **Arbeitsaufträge:**

1. Lies die beschriebenen Situationen ( $M_1$ ). Entscheide dich für eine der beiden vorgeschlagenen Lösungen, und zwar für jene, die du für die gerechteste erachtest.
2. Begründe deine Wahl schriftlich.
3. Bereite dich mit einer Partnerin/einem Partner auf eine Diskussion im Klassenplenum vor. Macht euch dazu Notizen zu folgenden Arbeitsaufträgen:
  - a) Stellt eure Wahl und eure Begründungen in der Diskussion in der Klasse vor.
  - b) Benennt den Grundgedanken, der euren Entscheidungen zugrunde liegt. (Gutes Gewissen wahren, Fairness, Gerechtigkeit, eigener Vorteil, ...)
  - c) Entwickelt für jede Problemstellung eine weitere Lösung, die für alle zum positivsten Ergebnis führt.

Nach der Diskussion ist es sinnvoll, sich auf der Meta-Ebene mit dem eigenen Diskussionsverhalten auseinanderzusetzen:

1. Nehmt dazu Stellung, ob und warum es wichtig ist, auch andere Meinungen zu akzeptieren, die eigene Meinung zu überdenken oder Kompromisse zu finden.

Danach wird eine Beschäftigung mit dem Begriff Solidarität angestrebt. Wichtig ist dabei im Sinne der Meinungsvielfalt, dass die jeweilige Wahl der SchülerInnen akzeptiert wird. Jedoch muss sie gut argumentiert werden. Es können auch hier gewisse Werthaltungen thematisiert werden, die den SchülerInnenurteilen zugrunde liegen.

#### **Arbeitsaufträge:**

1. Untersuche, bei welchem der obigen Beispiele aus  $M_1$  es sich um Mikro-, Meso- bzw. Makrosolidarität (siehe  $M_2$ ) handelt.
2. Finde wie in  $M_1$  Beispiele, wie man sich als Einzelperson solidarisch verhalten kann. Nenn dabei Beispiele aus deinem eigenen Erfahrungsschatz.
3. Nimm dazu Stellung, ob das Solidaritätsprinzip im staatlichen Handeln uneingeschränkt gelten sollte. Das gilt gegenüber (oder zwischen) allen EinwohnerInnen eines Staates, aber auch gegenüber anderen Staaten (zum Beispiel anderen EU-Staaten).
4. Stell dar, ob Solidarität immer nur positive Folgen haben kann. Denk dabei zum Beispiel an die Problematik, die sich ergeben kann, wenn ein anderer Staat (zum Beispiel ein EU-Partner) Krieg gegen einen Drittstaat führt.

## M<sub>2</sub> INFOBOX SOLIDARITÄT

Das Wort „Solidarität“ kommt aus dem Französischen und bedeutet Zusammenhalt bzw. Zusammengehörigkeit. Menschen stehen füreinander ein und helfen sich, weil sie gemeinsame Überzeugungen bzw. Interessen haben. Jemand handelt also dann solidarisch, wenn er/sie sich für andere (oft schwächere) Menschen bzw. deren Anliegen einsetzt. Solidarität gibt es auf verschiedenen Ebenen:

- **Mikrosolidarität** bedeutet solidarisches Handeln innerhalb einer kleineren Gruppe. Ein Beispiel wäre, wenn man sich für ein anderes Mitglied der eigenen Schulklasse einsetzt.
- **Mesosolidarität** bedeutet solidarisches Handeln auf die Gesellschaft eines ganzen Staates bezogen. Ein Beispiel wäre, wenn man sich für eine andere gesellschaftliche Gruppe in Österreich einsetzt.
- **Makrosolidarität** bedeutet solidarisches Handeln ausgedehnt über staatliche Grenzen hinaus. Ein Beispiel wäre, wenn man sich für notleidende Menschen in anderen Ländern einsetzt.

Die verschiedenen Formen der Solidarität schließen sich gegenseitig nicht aus.

Vgl. Politiklexikon für junge Leute. Online: <http://www.politik-lexikon.at/solidaritaet/> und Schneider, Gerd/Toyka-Seid, Christiane: <https://www.hanisauland.de/lexikon/s/solidaritaet.html>, 28.11.2018

## UNTERRICHTSBAUSTEIN 2: Unterschiedliche Formen und Aspekte von Solidarität erkennen

In diesem Baustein geht es nun um die Beschäftigung mit anderen Meinungen und Urteilen zum Thema Solidarität in Form der Zuordnung von Kärtchen.

### Arbeitsaufträge:

1. Lies dir zunächst M<sub>2</sub> durch und sammle gemeinsam mit deinem/deiner Sitznachbarn/Sitznachbarin Beispiele, die euch zum Stichwort „Solidarität“ einfallen.
2. Vor euch liegen nun Kärtchen (M<sub>3</sub>), auf denen ihr entweder eine konkrete Situation/Aussage oder die dahinterstehende Überzeugung/Grundhaltung finden könnt. Ordnet die Kärtchen nun so, dass jeweils eine konkrete Situation/Aussage und die dazu passende dahinterstehende Überzeugung/Grundhaltung nebeneinanderliegen.
3. Untersucht in einem nächsten Schritt, welche Themen jeweils angesprochen werden. Benutzt dazu folgende Vorschläge (Mehrfachnennungen möglich):  
Armut – Migration – Sozial-/Gesundheitssystem – Arbeit – Alltag
4. Wendet nun die Informationen aus M<sub>2</sub> an und ordnet die Beispiele den unterschiedlichen Formen von Solidarität („innerhalb einer kleinen Gruppe“ – „bezogen auf eine größere gesellschaftliche Gruppe“ – „mit Menschen in anderen Ländern“) zu.
  - ▶ Euch ist sicher aufgefallen, dass zwei geschilderte Situationen aus unterschiedlichen Gründen nicht zu den anderen passen. In einem Fall handelt es sich schlichtweg nicht um Solidarität, in einem anderen Fall werden zwei Formen von Solidarität gegeneinander ausgespielt. Benennt die beiden Beispiele und begründet eure Entscheidung.
6. Ordnet abschließend eure eigenen Beispiele aus Arbeitsauftrag 1 entsprechend zu (Grundhaltung, Thema, Form der Solidarität).

Bei diesem Unterrichtsbaustein sind Differenzierungsmöglichkeiten denkbar. Um beispielsweise die Arbeitsaufträge anspruchsvoller zu gestalten, können nur die Kärtchen

mit den Situationen/Aussagen ausgeteilt werden. Die Überzeugung/Grundhaltung und die Themen müssen dann von den SchülerInnen selbst formuliert und zugeordnet werden.

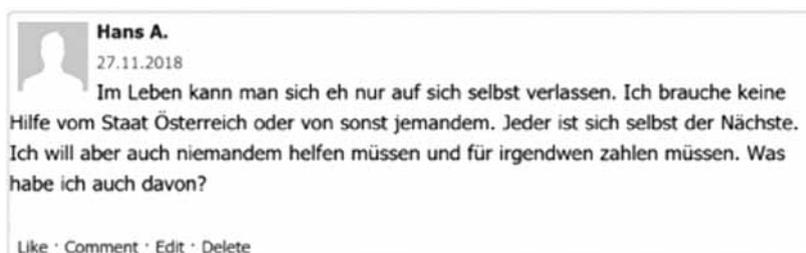
Um die Arbeitsaufträge zu vereinfachen, kann die Anzahl der Kärtchen entsprechend reduziert werden. Auch auf die Beschäftigung mit eigenen Beispielen kann gegebenenfalls verzichtet werden (Arbeitsauftrag 5).

### UNTERRICHTSBAUSTEIN 3: Die eigene Solidaritätsvorstellung artikulieren

In Baustein 3 werden die SchülerInnen mit einem (fingierten) Facebook-Posting konfrontiert, mit dem sie sich auseinandersetzen müssen.

#### Arbeitsaufträge:

Auf Facebook (oder einer vergleichbaren Seite) findest du folgendes Posting:



Erstellt über die Plattform Classtools.net. <https://www.classtools.net/FB/home-page>, 21.11.2018

1. *Verfass nun eine Antwort auf das Posting von Hans A. und bearbeite dabei folgende Punkte:*
  - a) *Erkläre möglichst verständlich, was du unter Solidarität verstehst.*
  - b) *Begründe, warum Solidarität wichtig ist, und geh dabei auf die Aussagen von Hans A. ein.*
  - c) *Verwende für deine Ausführungen anschauliche Beispiele (eigene oder aus Baustein 1 und 2).*
  - d) *Achte bei deiner Antwort auf eine wertschätzende Ausdrucksweise.*
  - e) *Nenn Beispiele, inwiefern im Staat Österreich Solidarität eine große Rolle spielt. Geh dabei z.B. auf Sozialversicherung, Arbeitslosenunterstützung etc. ein.*
2. *Beteilige dich an der abschließenden Diskussion im Plenum, wo die verschiedenen Möglichkeiten, auf dieses Posting zu antworten, thematisiert werden.*

Auch bei diesem Unterrichtsbaustein ergeben sich Differenzierungsmöglichkeiten. Um die Aufgabe beispielsweise anspruchsvoller zu gestalten, könnten als weitere Argumentationsgrundlage die Ergebnisse einer europaweiten Jugendstudie zum Thema Solidarität herangezogen werden (<http://www.generation-what.at/portrait/data/me-myself-and-i>, letzter Zugriff am 28.11.2018). In diesem Fall würden die SchülerInnen auch noch die politische Methodenkompetenz vertiefen (mögliche Sachaussagen, die aus der Analyse ableitbar sind, erkennen).

Für SchülerInnen, die Schwierigkeiten mit der Textproduktion haben, könnten einzelne Textbausteine bzw. Formulierungshilfen zur Verfügung gestellt werden. Möglichweise kann auch auf Inhalte des Deutschunterrichts zurückgegriffen werden, wenn es etwa um den Aufbau von Argumenten geht (z.B. 3B-Methode).

<b>M<sub>1</sub> LEBENSWELTNAHE BEISPIELE ZU SOLIDARISCHEM HANDELN</b>	
<p>Deine Klasse fährt auf Sommersportwoche an den Gardasee. Dabei entstehen Kosten, die die Eltern einer Schülerin, Tamara, in der Klasse nicht stemmen können, da Tamara vier weitere Geschwister hat, die alle noch in die Schule gehen und Kosten für die Familie bedeuten.</p>	<p>Ich bitte meine Eltern, dass sie 10 Euro mehr bezahlen, damit die ganze Klasse geschlossen fahren kann. Wenn alle in der Klasse das machen, kann Tamara durch das zusätzliche Geld teilnehmen. Mir ist wichtig, dass niemand ausgeschlossen wird und dass alle an der Schulsportwoche teilnehmen können.</p> <hr/> <p>Ich bin nicht bereit, mehr zu zahlen, da ich das Geld für mich selbst gut verwenden könnte. Ich könnte mir um die 10 Euro am Gardasee jeden Tag ein Eis leisten. Dass Tamara nicht mitfahren kann, finde ich schade, aber vielleicht findet sie jemand anderen, der sie unterstützt.</p>
<p>Begründung:</p>	
<p>Rosanna, eine Schülerin einer benachbarten Schule, sitzt wegen einer Erkrankung im Rollstuhl. Dir fällt auf, dass der Busfahrer am Schulweg Rosanna häufig nicht beim Einsteigen in den Bus unterstützt und einfach weiterfährt. Sie muss dann auf den nächsten Bus warten.</p>	<p>Ich überrede meine KlassenkollegInnen, ein Schreiben an das Busunternehmen zu verfassen, um diesen Missstand zu beenden. Wenn sich nichts verändert, demonstrieren wir vor der Zentrale des Unternehmens und wenden uns an Medien und Politik. Immerhin ist es ein Grundrecht in Österreich, auch mit einer Beeinträchtigung gleich behandelt, also nicht diskriminiert, zu werden.</p> <hr/> <p>Ich finde zwar traurig, dass Rosanna länger warten muss, aber beim nächsten Bus wird ihr sicher geholfen. Für mich persönlich hat das Ganze ja den positiven Effekt, dass ich früher in die Schule komme und so noch Zeit für Gespräche mit meinen FreundInnen habe.</p>
<p>Begründung:</p>	
<p>Deine Klasse verfolgt über die Medien, dass ein anderer EU-Staat (zum Beispiel Rumänien) Probleme hat, Medikamente für seine EinwohnerInnen bereitzustellen.</p>	<p>Wir organisieren eine Spendenaktion im Rahmen des Projektunterrichts. Wir wollen Erwachsene aus unserem Umfeld dazu bringen, sich zu beteiligen. Den Erlös aus der Spendenaktion übergeben wir einer NGO (Hilfsorganisation), die sich für eine bessere medizinische Versorgung in Rumänien einsetzt.</p> <hr/> <p>Rumänien ist weit weg. Mir ist wichtiger, dass es in meiner direkten Umgebung allen gut geht. In Österreich funktioniert die medizinische Versorgung gut, deswegen sollte man sich in anderen Bereichen einsetzen.</p>
<p>Begründung:</p>	



**M<sub>3</sub> ÜBERZEUGUNGEN UND GRUNDHALTUNGEN ZUORDNEN**

Situation/Aussage	Dahinterstehende Überzeugung/Grundhaltung	Thema	Form der Solidarität
Ein Politiker betont in seiner Rede, dass in Österreich nicht das Recht des/der Stärkeren, sondern die Pflicht des/der Stärkeren zu gelten hat. Die Pflicht, denen zu helfen, denen es nicht so gut geht. In Zukunft könnte so das Problem der Armut in Österreich weitgehend beseitigt sein.	Reichere ÖsterreicherInnen sollten sich für ärmere ÖsterreicherInnen einsetzen.	Armut	Solidarität bezogen auf eine größere gesellschaftliche Gruppe
In einem Interview fordert ein österreichischer Politiker, dass die Stadt Wien nicht länger so viel Geld für MigrantInnen ausgeben darf. Er will das Geld zuerst für arme ÖsterreicherInnen verwenden. Es darf seiner Meinung nach nicht sein, dass die österreichischen SteuerzahlerInnen für Probleme bzw. Nöte aufkommen, die sie nicht verursacht haben.	Österreichisches Steuergeld darf nur für ÖsterreicherInnen verwendet werden.	Migration/ Armut	Solidarität bezogen auf eine größere gesellschaftliche Gruppe vs. Solidarität mit Menschen in anderen Ländern
Die UNO-Mitgliedsländer haben gemeinsam den sogenannten „Migrationspakt“ entwickelt. Möglichst viele Länder der Welt sollen so gemeinsam versuchen, die Probleme, die mit der weitweiten Migration verbunden sind, zu lösen. Auch wenn nicht alle Länder gleichermaßen von diesem Thema betroffen sind, sollen sie durch verstärkte Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zu einer positiven Entwicklung beitragen.	Probleme, die nicht von einzelnen Ländern gelöst werden können, sollten von allen gemeinsam geschultert werden.	Migration	Solidarität mit Menschen in anderen Ländern
Ein wesentliches Merkmal der EU ist, dass (wirtschaftlich) stärkere Mitgliedsstaaten (wirtschaftlich) schwächere Mitgliedsstaaten unterstützen und zielgerichtet wirtschaftliche Problemregionen fördern, um so dort auftretende Armut zu bekämpfen.	Innerhalb der EU sollen wohlhabendere Länder ärmere Länder unterstützen.	Armut	Solidarität mit Menschen in anderen Ländern



**M<sub>3</sub> ÜBERZEUGUNGEN UND GRUNDHALTUNGEN ZUORDNEN**

Situation/Aussage	Dahinterstehende Überzeugung/Grundhaltung	Thema	Form der Solidarität
Eine ältere Dame mit einer kleinen Pension hat eine schwere Krankheit und benötigt teure Medikamente und Behandlungen, die auch von ihrer Krankenkasse in Österreich bezahlt werden.	In Österreich haben alle Versicherten den gleichen Zugang zu Leistungen (z.B. der Krankenkassen), unabhängig von der Höhe der Beitragszahlung.	Sozial-/ Gesundheitssystem	Solidarität bezogen auf eine größere gesellschaftliche Gruppe
Ein sehr wohlhabender Geschäftsmann vertritt die Meinung, dass jede(r) ÖsterreicherIn für seine/ihre Krankenversicherung selbst verantwortlich sein sollte. Wer nicht genug verdient, kann sich eben keine Versicherung leisten. Er will nicht für andere zahlen.	Jede und jeder muss für sich selbst sorgen.	Sozial-/ Gesundheitssystem	Keine Form der Solidarität (angesprochen wird aber die staatliche Ebene)
Eine junge Ärztin engagiert sich bei „Ärzte ohne Grenzen“, einer internationalen Organisation, die in Krisen- und Kriegsgebieten medizinische Nothilfe leistet. Sie ist der Überzeugung, dass jeder Mensch in Not ein Recht auf Hilfe hat, unabhängig von seiner Herkunft, Weltanschauung oder Religion.	Alle Menschen haben ein Recht auf medizinische Versorgung.	Sozial-/ Gesundheitssystem	Solidarität mit Menschen in anderen Ländern
Ein Vertreter des österreichischen Gewerkschaftsbundes (vertritt die Interessen der ArbeitnehmerInnen) fordert, dass alle ArbeitnehmerInnen gleichermaßen von der positiven Entwicklung der Wirtschaft profitieren müssen und so durch die Lohnerhöhung die Kaufkraft aller österreichischen ArbeiterInnen und Angestellten erhöht wird.	Alle ArbeitnehmerInnen sollen höhere Löhne bekommen, wenn die Wirtschaft wächst.	Arbeit	Solidarität bezogen auf eine größere gesellschaftliche Gruppe



**M<sub>3</sub> ÜBERZEUGUNGEN UND GRUNDHALTUNGEN ZUORDNEN**

Situation/Aussage	Dahinterstehende Überzeugung/Grundhaltung	Thema	Form der Solidarität
Eine junge Frau kauft regelmäßig Fairtrade-Produkte im Supermarkt. „Fairtrade Österreich“ ist ein gemeinnütziger Verein, der sich unter anderem für die Rechte von Beschäftigten auf Plantagen in Afrika, Asien und Amerika einsetzt. Durch den Kauf von Fairtrade-Produkten unterstützt sie so das Anliegen, menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu schaffen.	Alle Menschen haben ein Recht auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen.	Arbeit	Solidarität mit Menschen in anderen Ländern
Ein fünfjähriger Bub lackiert sich seine Fingernägel und wird deswegen im Kindergarten verspottet. Um ihn zu unterstützen und ihm zu zeigen, dass sie hinter ihm stehen, lackieren sich auch sein Vater und sein älterer Bruder ihre Fingernägel und posten die Bilder, unter anderem auf Twitter.	Menschen dürfen aufgrund ihres Aussehens nicht ausgegrenzt werden.	Alltag	Solidarität innerhalb einer kleinen Gruppe
Ein Jugendlicher verliert aufgrund seiner Krebserkrankung und der darauffolgenden Chemotherapie seine Haare. Daraufhin lassen sich 14 MitschülerInnen auch eine Glatze rasieren. Sie wollen damit zeigen: Das sind ja nur Haare, die wachsen wieder.	Menschen dürfen aufgrund ihrer Krankheit nicht ausgegrenzt werden.	Alltag	Solidarität innerhalb einer kleinen Gruppe
Ein Maturant beschließt, vor Beginn seines Studiums ein freiwilliges soziales Jahr zu absolvieren. Er findet es gut, wenn sich möglichst viele Jugendliche in Österreich dazu bereiterklären, z.B. ältere Menschen in Pflegeheimen zu betreuen.	Junge, gesunde Menschen sollten alten, kranken Menschen helfen.	Alltag	Solidarität bezogen auf eine größere gesellschaftliche Gruppe

- 1 Unterrichtsprinzip Politische Bildung. Grundsatzlerlass 2015. [https://bildung.bmbwf.gv.at/ministerium/rs/2015\\_12.html](https://bildung.bmbwf.gv.at/ministerium/rs/2015_12.html), 03.11.2018
- 2 Breit, Gotthard: Grundwerte im Politikunterricht, in: Gotthard Breit/Siegfried Schiele (Hrsg.): Werte in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts. 2000, S. 218–248.
- 3 ebd.
- 4 Schwan, Alexander: Die bindende Kraft der Grundwerte, in: Klaus W. Hempfer/Alexander Schwan (Hrsg.): Grundlagen der politischen Kultur des Westens. Berlin, New York 1987, S. 333–343.
- 5 Zitiert nach Braun, Andreas: Vom Römischen Reich bis zum Fall des Kommunismus – der Begriff Solidarität hat eine lange Reise hinter sich, in: Fluter. Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung. Ausgabe 25/Dezember 2007, S. 6.
- 6 Kritiker einer institutionalisierten Solidarität, wie sie etwa in sozialstaatlichen Einrichtungen konkrete Gestalt annimmt, verweisen darauf, dass hier der Solidaritätsbegriff zu Unrecht in Anspruch genommen werde, da Solidarität wesentlich Freiwilligkeit einschlieÙe. Sie wenden sich damit, wenn auch nicht unmittelbar gegen das Modell des Sozialstaats selbst, so doch zumindest dagegen, dass dieser auf dem Solidaritätsgedanken aufbauen solle.
- 7 Aschauer, Wolfgang: Das gesellschaftliche Unbehagen in der EU. Ursachen, Dimensionen, Folgen. Wiesbaden 2017, S. 53.
- 8 ebd.
- 9 Der heutige österreichische Vizekanzler betonte beispielsweise in einer Rede 2008 seine Solidarität mit Serbien in der Frage der Anerkennung des Staates Kosovo. Vgl. hierzu: <https://derstandard.at/3290627/Solidaritaet-mit-Serbien-Jubel-fuer-Strache-in-Belgrad>, 26.11.2018
- 10 Der österreichische Innenminister und der italienische Innenminister betonten dies in einem Treffen im Juni 2018. Vgl. hierzu: <https://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/aussenpolitik/Kickl-und-Strache-wollen-mit-Salvini-Allianz-der-Taetigen-aufbauen;art391,2930177>, 26.11.2018
- 11 Zukunftsprogramm der SPÖ: [https://zukunftsprogramm.at/sites/zukunftsprogramm.at/files/leitantrag\\_1\\_parteiprogramm\\_2018.pdf](https://zukunftsprogramm.at/sites/zukunftsprogramm.at/files/leitantrag_1_parteiprogramm_2018.pdf), 22.11.2018
- 12 Parteiprogramm der Grünen: [www.gruene.at/partei/programm/parteiprogramm](http://www.gruene.at/partei/programm/parteiprogramm), 22.11.2018
- 13 Parteiprogramm der FPÖ: <https://www.fpoe.at/themen/parteiprogramm/heimat-identitaet-und-umwelt/>, 22.11.2018.
- 14 Grundsatzprogramm der ÖVP aus 2015: <https://www.dieneuevolkspartei.at/Download/Grundsatzprogramm.pdf>, 22.11.2018
- 15 Liste Pilz Arbeitsprogramm: <https://partei.jetzt/liste-pilz-arbeitsprogramm-fluechtlingspolitik-ja-es-geht/>, 22.11.2018
- 16 Vgl. Schiele, Siegfried: Möglichkeiten und Grenzen der politischen Bildung bei der Vermittlung von Werten, in: Gotthard Breit/Siegfried Schiele (Hrsg.): Werte in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts. 2000, S. 1–15.
- 17 <http://www.generation-what.at/portrait/data/me-myself-and-i>, 26.11.2018
- 18 Zum Beutelsbacher Konsens vgl.: <https://www.geschichtsdidaktik.com/materialien-f%C3%BCr-den-unterricht/> bzw. [http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/data/beutelsbacher\\_konsens.pdf](http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/data/beutelsbacher_konsens.pdf), 20.11.2018
- 19 Ecker, Irene: Gemeinsame Welt – Gemeinsame Werte? In: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung 39/2016, S. 45.
- 20 Buchberger, Wolfgang: Gerechtigkeit ist Ansichtssache? In: Mitnik, Philipp (Hrsg.): Ethnisierung von Politik (Arbeitstitel). Wien 2018. (in Druckvorbereitung)
- 21 Krammer, Reinhard: Kompetenzen durch politische Bildung. Ein Kompetenz-Strukturmodell. In: Ammerer, Heinrich/Krammer, Reinhard/Tanzer, Ulrike: Politisches Lernen. Der Beitrag der Unterrichtsfächer zur politischen Bildung. Innsbruck 2010, S. 30f.
- 22 Gelungene Beispiele zu Solidarität finden sich in Harter, Sabine/Schreilechner, Adelheid: Ist mein Wohl auch dein Wohl? Das Konzept „Gemeinwohl“ in der Volksschule, in: Kühberger, Christoph/Windischbauer, Elfriede (Hrsg.): Politische Bildung in der Volksschule. Annäherungen aus Theorie und Praxis. Innsbruck/Wien/Bozen 2010, S. 105–115. Die Unterrichtsbeispiele (hier für die Primarstufe) beziehen sich auf den Aspekt des Gemeinwohls.
- 23 Krammer 2010, S. 30f.
- 24 ebd.

## VERANSTALTUNGSHINWEIS

### AKTIONSTAGE POLITISCHE BILDUNG 2019 23. April bis 9. Mai

Die Aktionstage Politische Bildung sind eine österreichweite Kampagne des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung und werden von *Zentrum polis – Politik Lernen in der Schule* koordiniert. Die Aktionstage werden wie im Vorjahr ein Augenmerk auf die neun Bundesländertage sowie acht unterschiedliche Online-Angebote legen.

► [www.politik-lernen.at/aktionstage](http://www.politik-lernen.at/aktionstage)

Lara Möller

## Methodische Zugänge zur Stärkung des Demokratiebewusstseins

<b>Bezug zum Informationsteil</b>	Martina Zandonella: Demokratie ist nicht gleich Demokratie Dieter Segert: Demokratiegefährdungen. Ursachen und Gegenmaßnahmen
<b>Zielgruppe/Alter</b>	Sekundarstufe I, ab der 8. Schulstufe
<b>Lehrplanbezug</b>	Modul 8 (Politische Bildung): Identitäten
<b>Thematische Konkretisierung</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>▶ Aktionen der politischen Partizipation mit dem Zweck der Meinungsäußerung simulieren oder erproben</li><li>▶ Instanzen der Festlegung und Durchsetzung von Normen erkennen</li><li>▶ Begriffe Identität und Demokratie erklären, Identitätsbildung als dynamischen Prozess erkennen</li></ul>
<b>Kompetenzen</b>	Urteilskompetenz, Handlungskompetenz, Methodenkompetenz, Sachkompetenz
<b>Kompetenzkonkretisierungen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>▶ Politische Urteile hinsichtlich ihrer Qualität, Relevanz und Begründung und Auswirkung beurteilen</li><li>▶ Eigene Positionen reflektieren und artikulieren</li><li>▶ Politische Begriffe (wie Demokratie) reflektieren und weiterentwickeln</li></ul>
<b>Basiskonzept</b>	Demokratie, Handlungsspielräume, Partizipation
<b>Zentrale Fragestellungen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>▶ Welche Vorstellungen über Demokratie haben SchülerInnen?</li><li>▶ Wie können sie diese Vorstellungen schriftlich wiedergeben?</li><li>▶ Wie können sie diese Vorstellungen visuell darstellen?</li><li>▶ Wie können SchülerInnen subjektorientiert aktiv in den Unterricht miteinbezogen werden?</li><li>▶ Wie erweitern sie aktiv ihre Verständnisse über Demokratie in der Klasse?</li></ul>
<b>Dauer</b>	3–4 Unterrichtseinheiten

### Annäherung an das Thema

**Aufgabe Politischer Bildung** Die lernenden BürgerInnen sind die zentralen Subjekte der Politischen Bildung in einer Demokratie. Entsprechend wird danach gefragt, was die Lernenden selbst in den Lehr- und Lernprozess miteinbringen und wie man dieses Potenzial auch nutzen kann. Die Politische Bildung erfüllt die Aufgabe der Vermittlung zwischen den BürgerInnen und den alltäglichen Themen und Ereignissen in der Gesellschaft, der Politik sowie in der Wirtschaft. Gleichzeitig hat die Politische Bildung die Aufgabe, fachwissenschaftliche Inhalte so aufzubereiten, dass die lernenden BürgerInnen diese direkt in ihre eigenen Vorstellungen übernehmen und in einem nächsten Schritt in ihrem Alltag anwenden können. In diesem Sinne leistet die Politische Bildung einen Beitrag, um die individuelle politische Urteils- und Handlungsfähigkeit bei den Lernenden zu fördern.<sup>1</sup> Im Fokus der Politischen Bildungsarbeit steht daher das politische Lernen der BürgerInnen.

<b>Schule kann Demokratiebewusstsein fördern</b>	Der Begriff „Bewusstsein“ bezieht sich in der Alltagssprache auf das Handeln einer Person, die Klarheit über die eigenen Vorüberlegungen und Prinzipien hat. Die Entwicklung des individuellen Bewusstseins einer Person hängt eng mit ihren bisherigen Erfahrungen im lebensweltlichen Alltag zusammen. <sup>2</sup> In einer demokratischen Gesellschaft ist das sogenannte Demokratiebewusstsein von besonderem Interesse. Dieses versteht die Demokratie als Handlungsbegriff: Das bedeutet, dass konkrete Erfahrungen in Bezug auf Demokratie im Alltag ermöglicht werden müssen, um dadurch auch die Reflexion über gesellschaftlich-politische Prozesse zu ermöglichen. Das Demokratiebewusstsein erfüllt eine ganz entscheidende Aufgabe innerhalb der Politischen Bildung: Es soll die Lernenden innerhalb ihrer eigenen Souveränität und innerhalb ihrer demokratischen Moralität stärken und somit ihre Kompetenzen im gesellschaftlichen Alltag fördern. Die Schule ist hierbei ein wichtiger Ort, in dem Demokratie konkret erfahrbar wird und gelebt werden kann, um so das spezifische Demokratiebewusstsein herauszubilden. <sup>3</sup>
<b>Subjektive Vorstellungen – Ausgangspunkt und Zielbereich des Lernens</b>	Die sogenannten subjektiven Vorstellungen der lernenden BürgerInnen sind der zentrale Bezugspunkt für die Didaktik der Politischen Bildung. Es handelt sich dabei um Ideen, Vorwissen, Zugänge und ganz allgemein Gedanken zu einem bestimmten Thema. <sup>4</sup> Vorstellungen haben für die Lernenden eine wichtige Orientierungsfunktion: Anhand der eigenen Vorstellungen können sie ein Thema verstehen und es auch entsprechend erklären: Die Vorstellungen unterstützen die Lernenden dabei, über ein bestimmtes Thema einen Sinn herzustellen, sodass das Thema dadurch plausibel für die Person wird. Vorstellungen sind in der Regel recht stabil, da sie die Person im Rahmen ihrer bisherigen Alltagserfahrungen konstruiert hat und sie sich entsprechend bewährt haben: Sie geben der Person Orientierung in ihrem individuellen Umfeld. <sup>5</sup>
<b>Verhältnis Gesellschaft – Individuum</b>	Das Verhältnis zwischen dem Individuum und dem gesellschaftlichen Kontext ist dabei relevant. Einerseits werden die Vorstellungen der lernenden Person von kollektiv vorgegebenen Normen beeinflusst, gleichzeitig kann sie von den Urteils- und Handlungsweisen, die aus den subjektiven Vorstellungen resultieren, diesen gesellschaftlichen Rahmen im Alltag wiederum ebenfalls beeinflussen: als mündige Bürgerin oder als mündiger Bürger. <sup>6</sup> Diese Zusammenhänge und die Wirkungsmacht des eigenen bürgerlichen Handelns werden im Lernprozess aufgezeigt. Aus diesem Grund muss im Prozess des Lernens auf diese Vorstellungen Bezug genommen werden: Es handelt sich bei ihnen um die Denkerkezege der Lernenden, um wichtige Ressourcen und Potenzial, das somit bereits vorhanden ist und an das angeknüpft wird.
<b>Anknüpfen an subjektive Vorstellungen im Lernprozess</b>	Der Unterricht soll den Lernenden die Möglichkeit geben, ihre eigenen Methoden der Urteilsbildung in den Lernprozess miteinzubringen. Subjektive Vorstellungen, auch alltagsdidaktische Vorstellungen genannt, sind somit der Ausgangspunkt der Didaktik der Politischen Bildung, die sich mit der Untersuchung dieser Vorstellungen befasst. Gleichzeitig sind sie auch der Endpunkt, da die Didaktik der Politischen Bildung Anknüpfungspunkte an diesen Vorstellungen anbietet: Sie formuliert Empfehlungen, wie die Vorstellungen in Lernräume integriert und Lehr- und Lernprozesse subjektorientiert gestaltet werden können. Dadurch wird es möglich, neues Wissen so zu vermitteln, dass es sich an den individuellen Verbindungen, Interessen und Erwartungen der jeweiligen Lernenden orientiert und somit bestmöglich in die bereits vorhandene Vorstellungswelt nachhaltig und reflektiert aufgenommen werden kann. <sup>7</sup>
<b>Demokratiedidaktik</b>	Die Demokratiedidaktik hat das gesellschaftliche Lernen zum Gegenstand. BürgerInnen verarbeiten Wandlungen innerhalb der Demokratie und die damit verbundenen Herausforderungen im Rahmen von Lernprozessen. Diese Veränderungsprozesse führen zu veränderten Vorstellungen der Lernenden: Diesen widmet sich die

Demokratiedidaktik, indem sie diese Vorstellungen als konkrete Formen der Repräsentation und Handlungsweisen der BürgerInnen versteht und entsprechend didaktisch daran ansetzt. Anspruch der Demokratiedidaktik ist es, die BürgerInnen zu ihrer „politischen Selbstbestimmung“ zu befähigen.<sup>8</sup>

### **Methodisch-didaktische Hinweise**

#### **Visuelles Lernen**

Im ersten Unterrichtsbaustein lernen die SchülerInnen, ihre eigenen Vorstellungen möglichst spontan in eine schriftliche Form zu bringen und diese zu diskutieren und zu reflektieren. Im zweiten Unterrichtsbaustein stellen die SchülerInnen ihre eigenen Vorstellungen in bildlicher Form einer sogenannten „Demokratiemaschine“ dar, um sich somit über ihre eigenen visuellen Vorstellungskonstrukte bewusst zu werden. Dabei lernen sie auch die bildlichen Konzepte ihrer MitschülerInnen zu interpretieren und gemeinsam in der Klasse über das Thema Demokratie zu diskutieren.

#### **Erweiterung durch konkrete Quellen**

Durch diese Lernprozesse wird in partizipativer Form das Bewusstsein gegenüber der Demokratie bei den SchülerInnen subjektorientiert mit Bezug auf ihre jeweiligen Voraussetzungen gefördert. Die ersten beiden Bausteine widmen sich also den individuellen Denkwerkzeugen, welche die SchülerInnen zum Thema Demokratie in den Lernprozess miteinbringen. Der abschließende dritte Unterrichtsbaustein fördert das Verständnis über Demokratie, indem das Wissen mithilfe konkreter Quellen erweitert wird. Dadurch kann ein nachhaltiger Lernprozess erfolgen sowie gleichzeitig die eigene Vorstellungskraft reflektiert werden.

### **UNTERRICHTSBAUSTEIN 1: Die eigenen Vorstellungen schriftlich reflektieren: Bewusstseinsstrom und Online-Mind Map**

#### **Sich mit der eigenen Vorstellungswelt beschäftigen**

Zum Einstieg beschäftigen sich die SchülerInnen bewusst mit ihren eigenen Vorstellungen über Demokratie. Jeder Mensch verfügt über eigene Ansichten; Kinder und Jugendliche sollen sie als wichtige Denkwerkzeuge wahrnehmen und üben, sie spontan und ehrlich wiederzugeben. Zunächst schreiben die SchülerInnen ihre Gedanken auf ein Papier. Im nächsten Schritt wählen sie die drei wichtigsten Begriffe aus, die quasi stellvertretend für ihre Vorstellungen zum Thema stehen, und tragen sie online in das sogenannte Mentimeter ein. Nachdem sich alle dort beteiligt haben, erscheint über den Beamer eine Mind Map, welche die Gedanken der SchülerInnen im Überblick repräsentativ darstellt. Dies ist der Ausgangspunkt, um weiter mit den subjektiven Lernendenvorstellungen zu arbeiten.

#### **Vorstellungen spontan aufschreiben**

#### **„Bewusstseinsstrom“ zum Thema Demokratie**

Der Einstieg in die Übung soll den SchülerInnen Spaß machen und von Beginn an auch partizipativ gestaltet sein. Dafür nutzen sie auch Medien aus ihrem eigenen Lebensbereich. Die Lehrperson ist dabei aktiv involviert und moderiert die Aktivitäten der SchülerInnen zu deren Unterstützung. Hierfür werden die SchülerInnen zunächst aufgefordert, alle ihre Gedanken zum Thema Demokratie auf einen Zettel zu schreiben. Nach der Methode des sogenannten „Bewusstseinsstroms“ haben sie dafür drei Minuten Zeit und dürfen währenddessen nicht aufhören zu schreiben. Im Falle, dass ihnen nichts mehr einfällt, schreiben sie dann zum Beispiel „mir fällt nichts mehr zu diesem Thema ein“. Ziel ist es, dass der Stift ständig am Blatt bleibt und die SchülerInnen möglichst spontan und authentisch ihre Ideen und Zugänge notieren. Die Lehrkraft betont hierbei, dass es sich um keine reine Wissensabfrage handelt und dass die Vorstellungen dabei nicht als „falsch“ abgewertet werden: Jeder Mensch hat also unterschiedliche Vorstellungen, die für die lernende Person selbst innere Plausibilität haben.



die mehrmals eingetragen wurden, werden entsprechend größer dargestellt: Hier zeigen sich innerhalb der Klasse häufig vertretene Vorstellungen. Auf kreative, einfach bedienbare Art und Weise werden somit unterschiedliche Vorstellungstypen aus der Klasse zum Thema Demokratie für alle anschaulich vermittelt.

**Besprechen der  
Mind Map**

In einem nächsten Schritt geht die Lehrkraft die einzelnen Begriffe mit den SchülerInnen gemeinsam durch. Dabei wird die jeweilige Bedeutung und auch Funktion im Zusammenhang mit Demokratie besprochen. Die SchülerInnen teilen ihre Eindrücke: Sie tauschen unterschiedliche Perspektiven zu dem Thema aus und vertreten dabei auch ihre eigenen Zugänge in der Gruppe. Somit gelingt einerseits ein gemeinsamer Einstieg in das Thema und andererseits werden die SchülerInnen in ihrer politischen Urteils- und Handlungskompetenz unterstützt. Im Rahmen des partizipativen Lernprozesses erweitern sie schließlich ihre subjektive Vorstellungswelt sowie ihr eigenes Demokratiebewusstsein und erarbeiten sich neues Wissen.

**Arbeitsaufträge:**

1. *(Einzelarbeit): Bewusstseinsstrom*  
Nimm dir ein leeres Blatt Papier und einen Stift zum Schreiben.  
Schreib nun innerhalb von drei Minuten alle Gedanken zum Thema „Demokratie“ auf, die dir spontan einfallen. Dein/e LehrerIn wird dabei die Zeit stoppen. Der Stift darf nun nicht abgelegt werden, das Papier muss in diesen drei Minuten also stetig mit Ideen gefüllt werden. Sollte dir nichts mehr einfallen, schreib so etwas wie „mir fällt nun nichts mehr ein“. Wichtig ist, dass es hierbei keine falschen Antworten gibt, was zählt, sind alle deine Ideen rund um die Demokratie!
2. *(Einzelarbeit): Auswahl relevanter Begriffe*  
Wähl aus deinen Notizen nun jene drei Begriffe, die dir zum Thema Demokratie von allen am wichtigsten erscheinen, und kreise diese auf deinem Zettel ein. Diese Begriffe teilen deiner Klasse deine Sicht zum Thema Demokratie mit. Dein/e LehrerIn teilt deinen MitschülerInnen und dir einen Zahlencode mit, den ihr einzeln auf [www.menti.com](http://www.menti.com) eingibt. Dort hast du nun die Möglichkeit, deine zuvor ausgewählten Begriffe einzutragen!
3. *(In der Klasse): Gemeinsames Besprechen*  
Besprecht nun gemeinsam in der Klasse die folgenden Fragen zu der erstellten Mind Map:
  - a) Welche Wörter wurden besonders oft genannt?
  - b) Welche Vorstellungen über Demokratie könnt ihr daraus ablesen?
  - c) Welche Ideen über die Demokratie teilt ihr, welche teilt ihr eher nicht?

**UNTERRICHTSBAUSTEIN 2: Vorstellungen bildlich darstellen –  
Die Demokratiemaschine**

**In Bildern  
denken: Die  
Demokratie als  
Maschine**

Vorstellungen in unserem Kopf existieren häufig in Form von Bildern: Wenn wir über etwas nachdenken, stellen wir uns dazu ein bestimmtes Bild vor. Dadurch wird der Gedankengang für uns selbst anschaulicher und sinnvoller. Entsprechend wichtig ist es, in der Politischen Bildung mit Bildern zu arbeiten und außerdem die visuellen Vorstellungen der SchülerInnen zu erfahren und sie im weiteren Lernprozess zu nutzen.

Mithilfe dieser zweiten Übung werden die bildlichen Vorstellungen über Demokratie in Form einer Maschine erhoben. Alternativ lässt sich die Demokratie auch in Form eines Baumes, einer Stadt etc. auf ganz unterschiedliche Art und Weise vorstellen. Die Demokratie in Form einer Maschine rückt dabei Bereiche wie Beteiligung, Prozesse, Antrieb und Produkte in den Fokus, entsprechend werden durch diese Metapher

solche Gedanken mit diesen Bereichen verknüpft.<sup>9</sup> Nachdem die Vorstellungen bildlich von den SchülerInnen dargestellt wurden, kann man das Bild im nächsten Schritt nutzen, um mit Berücksichtigung der Lernendenperspektive eine vertiefende Auseinandersetzung zugunsten des demokratischen Bewusstseins zu ermöglichen.

### **Sich die Demokratie als eine Maschine vorstellen**

Die SchülerInnen werden in dieser Übung ihre jeweiligen Vorstellungen über die Demokratie in Form einer Maschine bildlich zu Papier bringen. Auf nonverbale Weise wird dadurch ihr demokratisches Bewusstsein sichtbar gemacht.

### **Bilder über Demokratie interpretieren lernen**

Nachdem die SchülerInnen in Gruppen die Demokratiemaschinen gezeichnet haben und daran anschließend erläuternde Begleittexte zu ihren Bildern aufgeschrieben haben, sammelt die Lehrkraft alle Zeichnungen und Begleittexte der einzelnen Gruppen ein. In einem nächsten Schritt werden die SchülerInnen aufgefordert, jeweils die Bilder der anderen Gruppe zu interpretieren.

### **Arbeitsaufträge:**

#### *1. Gruppenarbeit zur Demokratiemaschine:*

*1. Stellt euch vor, die Demokratie wäre eine Maschine. Bitte zeichnet diese „Demokratiemaschine“ auf das Poster. Jede und jeder in der Gruppe soll bei der Zeichnung beteiligt sein, dazu könnt ihr auch parallel zeichnen. Versucht das Bild so zu gestalten, dass eure MitschülerInnen eigenständig erkennen können, was ihr damit aussagen wollt! Zeichnet möglichst spontan und gebt euch gegenseitig Impulse!*

*2. Schreibt nun kurze Erläuterungen zu dem gemalten Bild in die Zeilen. Versucht, euren MitschülerInnen möglichst genau zu erklären, weshalb ihr die Maschine auf eurem Bild so gezeichnet habt!*

---

---

---

---

---

---

#### *2. (Gruppenarbeit): Gemeinsame Betrachtung der Maschinen*

*1. Setzt euch wieder in euren Gruppen zusammen. Schaut euch nun gemeinsam die Bilder eurer MitschülerInnen an und macht euch für eure Präsentation in der Klasse Notizen zu folgenden Fragen:*

- a) Was erscheint euch besonders auffällig, welchen Eindruck habt ihr von dieser Demokratiemaschine?*
- b) Welche Funktionen könnte diese Maschine haben?*
- c) Welche AkteureInnen seht ihr?*
- d) Bekommt ihr ein positives Bild von Demokratie?*
- e) Erkennt ihr Gemeinsamkeiten oder Widersprüche zu eurer Demokratiemaschine?*
- f) Welche Fragen zu dieser Demokratiemaschine habt ihr noch?*

2. Präsentiert der Klasse eure Ergebnisse und Interpretationen über die Demokratie-  
maschine eurer MitschülerInnen.



© Lara Möller

3. (In der Klasse): Diskussion und Überarbeitung der Maschinen

Nach der Gruppenarbeit und den einzelnen Präsentationen vor der Klasse haben die Gruppen nun die Gelegenheit, auf die Interpretationen ihrer MitschülerInnen einzugehen und Ergänzungen zu ihren eigenen Demokratiemaschinen vorzustellen.

Diskutiert nun in der Klasse über das Bild der Demokratie als Maschine:

- Was sind für euch besondere Bereiche der Demokratie, die sich in Form einer Maschine erklären lassen?
- Fallen euch auch Nachteile ein, wenn die Demokratie als Maschine gedacht wird?
- In welchen Formen könnte man sich die Demokratie noch vorstellen?
- Haben euch bestimmte Ideen eurer MitschülerInnen besonders inspiriert?

### **UNTERRICHTSBAUSTEIN 3: Die eigenen Vorstellungen selbstreflexiv weiterentwickeln**

- Reflexion** Nachdem im bisherigen ersten Teil Raum für die subjektiven Vorstellungen der SchülerInnen gegeben wurde, dient der anschließende Teil dazu, diese Vorstellungen zu reflektieren und das Verständnis über Demokratie anhand von Quellen zu konkretisieren. Dadurch wird ein nachhaltiger Lernprozess ermöglicht.
- Gruppenarbeit** Den Einstieg dazu bildet zunächst eine gemeinsame Gruppenarbeit. Daran anschließend erweitern die SchülerInnen ihr Verständnis und ihr Wissen zur Thematik anhand des Arbeitswissens, welches die SchülerInnen jeweils in Ruhe durchlesen. Zum Abschluss werden die neu gewonnenen Erkenntnisse in der Klasse besprochen. Dazu wird zum Thema Demokratie diskutiert, um sich die unterschiedlichen erarbeiteten Vorstellungen darüber nochmals bewusst zu machen. In dieser Abschlussübung wird die Übung reflektiert und neu gesammeltes Wissen und Impulse werden diskutiert.
- Nachhaltiges Lernen fördern** Grundlegend ist in diesem Zusammenhang die Frage, welche neuen Vorstellungen über Demokratie die SchülerInnen hierbei kennengelernt haben und wie sie diese wahrnehmen. Dieser Abschluss ist für einen nachhaltigen Lerneffekt relevant, um die neu gewonnenen Lernerfahrungen in die eigene Vorstellungswelt integrieren zu können und somit das eigene Bewusstsein über Demokratie zu erweitern.

#### **Arbeitsaufträge:**

1. *(Gruppenarbeit): Flipchart zu den Bestandteilen der Demokratie*
  1. *Diskutiert folgende Fragen:*
    - a) *Formuliert gemeinsam Fragestellungen, die eurer Meinung nach für ein Verständnis darüber, wie man Demokratie definiert, wichtig sind!*
    - b) *Überlegt euch gemeinsam, welche Bestandteile eine Demokratie ausmachen: Erstellt ein Flipchart-Poster für eure MitschülerInnen, das eurer Meinung nach die Grundprinzipien von Demokratie darstellt!*
  2. *Lest nun das Arbeitswissen durch.*
    - a) *Streicht euch wichtige Informationen an, notiert euch dabei jene Passagen, die für euch neu sind und die euch bislang noch nicht zum Thema Demokratie eingefallen sind. Notiert euch außerdem allgemeine Anmerkungen, Unklarheiten und Fragen, die euch dazu einfallen!*
    - b) *Besprecht eure Anmerkungen, Fragen und Notizen anschließend in der Gruppe und schreibt sie schließlich auf euer Flipchart-Poster!*
    - c) *Präsentiert eure Überlegungen auf dem Poster kurz euren KlassenkameradInnen!*
2. *(In der Klasse): Diskussion der erarbeiteten Demokratievorstellungen*
  1. *Diskutiert nun gemeinsam in der Klasse abschließend die erarbeiteten Demokratievorstellungen:*
    - a) *Welche neuen Informationen über Demokratie habt ihr kennengelernt?*
    - b) *Gibt es aus eurer Sicht deutliche Gemeinsamkeiten oder Unterschiede zu euren anfänglichen Ideen zum Thema Demokratie? Wenn ja, welche fallen euch dazu ein und warum?*
    - c) *Was ist euch dabei besonders im Gedächtnis geblieben, gibt es für euch offene Fragen?*
  2. *Teilt eure Antworten per Aufzeigen euren KlassenkameradInnen mit und schreibt sie nacheinander auf bunte Zettel, die ihr gemeinsam an der Tafel sammelt.*

**1. Demokratie – was heißt das eigentlich?**

Demokratie lässt sich nicht anhand einer einzigen Vorstellung fassen. Es gibt vielmehr verschiedene Grundgedanken, Voraussetzungen und Kriterien für eine Demokratie und somit auch eine Vielzahl an unterschiedlichen Zugängen. Unsere Demokratie entwickelt sich stetig weiter und ist somit kein bereits abgeschlossener Zustand. Sie ist also nicht statisch, sondern ein offener Prozess und wird auch von ihren BürgerInnen stetig weiterentwickelt. Innerhalb der unterschiedlichen Vorstellungen über die Demokratie stellt sich die Frage danach, was eine Demokratie konkret ausmacht. Indikatoren helfen dabei, aufzuzeigen, inwiefern eine Demokratie letztlich auch „demokratisch“ ist (Vgl. z.B. Website Demokratiezentrum Wien, Themenmodul Demokratiemodelle).

**2. Folgende Merkmale machen eine Demokratie aus:****Die Wahl und Abwahl der AmtsinhaberInnen**

- ▶ Zu einer Demokratie gehören regelmäßige, faire und freie Wahlen.
- ▶ Alle StaatsbürgerInnen können selbst entscheiden, welche Parteien oder KandidatInnen sie wählen möchten.
- ▶ Es gibt aktives und passives Wahlrecht für die StaatsbürgerInnen

**Die politischen Rechte:**

Die Politischen Rechte in einer Demokratie stellen sicher, dass alle BürgerInnen am politischen System teilhaben können. Der Staat hat die Aufgabe, diese Rechte zu schützen.

Zu diesen politischen Rechten gehören zum Beispiel:

- ▶ Die Möglichkeit zu wählen
- ▶ Rede- und Meinungsfreiheit
- ▶ Versammlungsfreiheit
- ▶ Demonstrationenfreiheit
- ▶ Informationsfreiheit
- ▶ Organisations- und Koalitionsfreiheit

**Die sozialen Rechte:**

Die sozialen Rechte werden durch den Staat geschützt: Alle BürgerInnen sind persönlich frei und dürfen nicht ohne Grund bestraft werden.

Zu diesen sozialen Rechten gehören zum Beispiel:

- ▶ Das Verbot von willkürlicher Verhaftung
- ▶ Die Achtung des Privat- und Familienlebens
- ▶ Das Recht auf Bildung
- ▶ Die freie Wahl der Partnerschaft oder der persönlichen Lebensform
- ▶ Das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard

**Die Gewaltenteilung:**

In einer Demokratie gibt es drei Staatsorgane, auf die sich die Staatsgewalt verteilt: Die Legislative (das Parlament, das Gesetze beschließt) ist für die Gesetzgebung zuständig, die Exekutive (die Regierung, die Polizei und die Verwaltung) führt die Gesetze aus. Die Judikative (die Gerichte) entscheiden bei Konflikten, wer im Recht ist, und überprüfen, ob die Gesetze eingehalten werden. Die drei Staatsorgane beziehungsweise Gewalten arbeiten unabhängig und getrennt voneinander.

**Der Rechtsstaat:**

In einer Demokratie müssen sich einerseits die BürgerInnen an die Gesetze halten, andererseits muss sich aber auch der Staat an diese Gesetze halten: Sie gelten also für alle gleichermaßen.

**3. Wichtige Definitionskriterien:****Die Reichweite, die eine Demokratie hat:**

- ob sich die Demokratie zum Beispiel allein auf das politische System beschränkt oder ob sie auch weitere Bereiche der Gesellschaft und der Wirtschaft beeinflusst

**Wie breit oder eng die Beteiligungsmöglichkeiten der BürgerInnen in der Demokratie sind:**

- ob es zum Beispiel neben den Wahlen der politischen RepräsentantInnen auch noch andere Beteiligungsformen gibt
- welche Gestaltungsmöglichkeiten es zum Beispiel für Kinder und Jugendliche ohne Wahlrecht in der Demokratie gibt

**Welche Form der Entscheidungsfindung innerhalb der Demokratie angewendet wird:**

- welche Beteiligungsmöglichkeiten es gibt, die von den repräsentativen Organen ins Leben gerufen werden (das nennt man „Top-down-Aktivität“)
- welche Beteiligungsmöglichkeiten es gibt, bei denen die Beteiligungsinitiative direkt von den BürgerInnen ausgeht (das nennt man „Bottom-up-Aktivität“)

Quelle: Diendorfer, Gertraud / Usaty, Simon (Hrsg.): Demokratie - Grundlage unseres Zusammenlebens. Vermittlungsprogramm zur Ausstellung. Wien 2019 (in Vorbereitung)

- 1 Lange, Dirk/Himmelmann, Gerhard: Demokratisches Bewusstsein und Politische Bildung, in: Lange, Dirk/Himmelmann, Gerhard (Hrsg.): Interdisziplinäre Annäherungen an ein zentrales Thema der Politischen Bildung. Wiesbaden 2007, S. 15–25. Hier: S. 7.
- 2 Vgl. Lange/Himmelmann, Demokratisches Bewusstsein, S. 15ff.
- 3 Vgl. ebd. S. 21ff.
- 4 Klee, Andreas: Entzauberung des Politischen Urteils. Eine didaktische Rekonstruktion zum Politikbewusstsein von Politiklehrerinnen und Politiklehrern. Wiesbaden 2008, S. 25.
- 5 Lange, Dirk: Bürgerbewusstsein. Sinnbilder und Sinnbildungen in der Politischen Bildung, in: Gesellschaft-Wirtschaft-Politik (GWP) Jg.. 57, Heft 3/2008, S. 431–439.
- 6 Hellmuth, Thomas: Das „selbstreflexive Ich“. Politische Bildung und kognitive Struktur, in: Hellmuth, Thomas (Hrsg.): Das „selbstreflexive Ich“. Beiträge zur Theorie und Praxis politischer Bildung. Innsbruck/Wien/Bozen, S.11–20. Hier: S. 12ff.
- 7 Vgl. Lange, Bürgerbewusstsein.
- 8 Lange, Dirk/Fischer, Sebastian: Didaktik der Demokratie. Ein demokratiepolitisches Konzept, in: Friedrichs, Werner/Lange, Dirk (Hrsg.): Demokratiepoltik. Vermessungen – Anwendungen – Probleme – Perspektiven. Bürgerbewusstsein: Schriften zur Politischen Kultur und Politischen Bildung. Wiesbaden, S.111–119. Hier: S. 113f.
- 9 Haarmann, Moritz-Peter/Lange, Dirk: Die Demokratiemaschine. Ein Weg zur Erhebung von Schülervorstellungen, in: polis 3/2009, S. 21–24. Hier: S. 21.

**WEBTIPP**

Themenmodul „Demokratiemodelle“ auf der Website des Demokratiezentrum Wien

- [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org) → Themen → Demokratiemodelle

Film „Demokratie ist...“

- [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org) → Wissen → Videos

Stefan Schmid-Heher/Georg Lauss

## Was schätzen wir an der Demokratie? Ein Unterrichtskonzept in drei Bausteinen

<b>Bezug zum Informationsteil</b>	Martina Zandonella: Demokratie ist nicht gleich Demokratie
<b>Zielgruppe/Alter</b>	Sekundarstufe II, 10. Schulstufe
<b>Kompetenzen</b>	Politische Urteilskompetenz, Politische Sachkompetenz, Politikbezogene Methodenkompetenz
<b>Kompetenzkretisierungen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>▶ Eigene politische Urteile fällen und formulieren</li><li>▶ Interessens- und Standortgebundenheit politischer Urteile feststellen</li><li>▶ mögliche Sachaussagen, die aus der Analyse ableitbar sind erkennen</li><li>▶ Führen von politischen Diskussionen</li></ul>
<b>Basiskonzepte</b>	Demokratie, Gewaltenteilung, Partizipation
<b>Zentrale Fragestellungen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>▶ Was verstehen wir unter Demokratie?</li><li>▶ Welche Einstellungsmuster sind für eine Demokratie förderlich?</li><li>▶ Welche Faktoren beeinflussen demokratische Einstellungen?</li></ul>
<b>Dauer</b>	5 Unterrichtseinheiten
<b>Positive Einstellung zur Demokratie stärken</b>	<b>Annäherung an das Thema</b> Die Demokratie ist wie keine andere Regierungs- und Lebensform auf die positive Einstellung der BürgerInnen ihr gegenüber angewiesen. Die Ausübung von Macht muss in Demokratien aus der Sicht der Bevölkerung als legitim gelten. Eine positive Einstellung zur Demokratie als Regierungsform ist deshalb zentrales Anliegen der Politischen Bildung. <sup>1</sup> Grundsätzliche Bejahung der Demokratie bedeutet allerdings keinesfalls kritiklose Anpassung an herrschende Zustände, im Gegenteil: Es bedeutet Parteinahme für die Möglichkeit, Konflikte öffentlich und gleichberechtigt auszutragen. In der Praxis ist kein demokratischer Zustand ideal. Die Stärke von Demokratien besteht in ihrer Offenheit gegenüber Problemen und der Möglichkeit für öffentliche Kritik, mithin im Experimentieren mit unterschiedlichen Problembeschreibungen und Lösungsvorschlägen. <sup>2</sup>
<b>Ständiger Aushandlungsprozess</b>	Eine Demokratie verlangt den BürgerInnen vieles ab. Unter Umständen ist das Leben in einer Diktatur für manche Menschen unkomplizierter. Kein Mensch wird als DemokratIn geboren. Schon alleine deshalb nicht, weil das, was wir unter Demokratie konkret verstehen, immer wieder neu verhandelt wird. Der Begriff Demokratie hat viele Bedeutungsdimensionen und muss immer wieder neu geklärt werden.
<b>Erheben von Einstellungen der Bevölkerung</b>	Nachdem die Zustimmung für Demokratien nichts Selbstverständliches und Demokratie stets ein unfertiges und unsicheres Projekt ist, <sup>3</sup> leisten sozialwissenschaftliche Studien, die demokratische und autoritäre Einstellungsmuster der Bevölkerung erheben, seit

Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag zu ihrem Fortbestand.<sup>4</sup> Auch die politischen Werthaltungen von Kindern und Jugendlichen sind seit längerer Zeit Untersuchungsgegenstand der Politischen Soziologie, der Jugendforschung und der Politikdidaktik.<sup>5</sup>

**Eigene  
Einstellungen  
reflektieren**

In diesem Unterrichtsbeispiel setzen sich SchülerInnen mit eigenen und fremden Einstellungen zur Demokratie auseinander. SchülerInnen werden zur Auseinandersetzung mit aktuellen Umfrageergebnissen des Österreichischen Demokratiemonitors 2018 angeregt.<sup>6</sup> Ziel ist es, sich mithilfe aktueller Daten ein Urteil zum Zustand der Demokratie in Österreich zu bilden und die eigenen Positionen in dieser Frage vor dem Hintergrund der Umfrageergebnisse kritisch zu reflektieren.

**Methodisch-didaktische Hinweise**

Das folgende Unterrichtsbeispiel ist für insgesamt fünf Unterrichtseinheiten konzipiert. Es besteht aus drei Bausteinen. Diese sind im Prinzip auch unabhängig voneinander durchführbar.

**Offene  
Diskussion und  
breite Teilhabe**

Die Teilhabe an politischen Entscheidungen setzt immer auch ein gewisses Maß an politischer Sachkompetenz voraus. Die SchülerInnen setzen sich in einer ersten Stunde mit ihrem eigenen Demokratieverständnis auseinander und reflektieren dieses in der Gruppe und in weiterer Folge in der Klasse. Die zentrale Frage der Stunde ist, was Demokratie eigentlich bedeutet. Darüber gibt es immer wieder Konflikte und keine unumstrittene Antwort. In Demokratien werden diese Konflikte ausgetragen und geregelt. In Diktaturen werden sie unterdrückt. Eine Demokratie bringt also immer mit sich, dass darüber gestritten wird, was eigentlich demokratisch ist. Das Verständnis von Demokratie in Österreich unterscheidet sich bspw. von dem in den USA. Das Verständnis von Demokratie in den 1960er Jahren unterscheidet sich vom heutigen.<sup>7</sup> Grundsätzlich können und sollen sich in einer Demokratie alle bzw. möglichst viele Leute in solche Auseinandersetzungen einmischen.

**Demokratie-  
verständnis in  
Österreich**

In den Stunden zwei und drei stehen Methoden- und Urteilskompetenz im Vordergrund. Die SchülerInnen befassen sich ausgehend von repräsentativen Ergebnissen des Österreichischen Demokratiemonitors mit dem Demokratieverständnis der österreichischen Bevölkerung. SchülerInnen werden mithilfe von Leitfragen an das Lesen und Interpretieren herangeführt. Sie beantworten dazu zunächst vier Fragen aus dem Demokratiemonitor. Danach setzen sie sich in Gruppen mit den für Österreich repräsentativen Umfrageergebnissen auseinander. Es geht in der folgenden Diskussion darum, die eigene Position sowie die gesamtgesellschaftliche Situation zu reflektieren. Den Abschluss der dritten Einheit bildet eine Diskussion im Klassenplenum. SchülerInnen sollen lernen, sich begründet zu positionieren und die Folgen ihrer eigenen Urteile sowie die Folgen der gesamtgesellschaftlichen Haltung zu zentralen Fragen der Demokratie einzuschätzen.

**Urteilskompetenz  
entwickeln,  
Probleme  
erkennen**

Im dritten Baustein steht die Ausbildung von Urteilskompetenz im Vordergrund. Zu Beginn versuchen die SchülerInnen, sich den Einfluss der Demokratie auf ihren Alltag bewusst zu machen. Die Klasse listet einerseits auf, welche Vorteile das Leben in einer Demokratie mit sich bringt. Danach werden von SchülerInnen wahrgenommene Probleme der Demokratie in Österreich identifiziert. Ein Problem wird von den SchülerInnen zur weiteren Bearbeitung ausgewählt. Dabei ist auf zwei zentrale Auswahlkriterien zu achten: Einerseits die persönliche Betroffenheit, andererseits die Relevanz für die demokratische Entwicklung des Landes. In diesem Abschnitt empfiehlt es sich, darauf hinzuweisen, dass nicht alle Menschen die Wahrnehmung bestimmter Umstände als Problem teilen. Politische Probleme sind nicht objektiv gegeben, sondern werden in sozialen Prozessen hergestellt.<sup>8</sup>

**Lösungsansätze  
entwickeln**

Die Feststellung, etwas sei ein Problem, ist der erste Schritt dieses Prozesses. Entsteht ein gesellschaftliches Bewusstsein für ein Problem, bleibt das zumeist nicht folgenlos. Jetzt gilt es, mögliche Ursachen für ein Problem und, geeignete Lösungsansätze zu identifizieren und deren Folgen abzuschätzen. Die Unterrichtssequenz endet mit der Aufnahme eines kurzen Videostatements durch die SchülerInnen auf ein politisches Problem und seine Ursachen aufmerksam zu machen und eine Diskussion über geeignete Lösungsansätze in den öffentlichen Raum zu tragen.

**Was schätzen wir an der Demokratie? Ein Unterrichtskonzept in drei Bausteinen**

**BAUSTEIN 1: Unterrichtseinheit 1:**

1. Arbeitsblatt: Demokratie ist für mich ...<sup>9</sup>

Die SchülerInnen erledigen ohne Austausch mit anderen die Einzelarbeit in wenigen Minuten. Alle zwanzig vorgegebenen Auswahlmöglichkeiten können grundsätzlich als berechtigt erachtet und entsprechend argumentiert werden. Es gibt also in diesem Sinn keine grundsätzlich falschen Optionen.

An Punkt vier „... wenn der Staat hart durchgreift“ soll das exemplarisch erläutert werden: Das harte Durchgreifen des Staates kann leicht mit Law and Order im Sinne einer repressiven Politik zulasten von Grund- und Menschenrechten verbunden und als antidemokratisch gewertet werden. Vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen liegt das durchaus nahe. Grundsätzlich könnte ein hartes Durchgreifen auch auf andere Ziele, wie z. B. Steuergerechtigkeit, ArbeitnehmerInnenenschutz oder Mietpreisregulierung bezogen werden. Dadurch, dass die Auswahl in zwei weiteren Arbeitsschritten (PartnerInnen- und Gruppenarbeit) argumentiert werden muss, erfüllt die Aufgabe ihren eigentlichen Zweck: Es geht nicht um die Entwicklung „richtiger“ Kriterien für Demokratie, sondern um das Sichtbarmachen und Einbeziehen von Vorstellungen der SchülerInnen.

Für die PartnerInnenarbeit dürften ebenfalls wenige Minuten ausreichen. Für die Gruppenarbeit teilen Sie die Klassen abhängig von der Klassengröße in Gruppen mit je vier bis sechs Personen. Für die Gruppenarbeit wird mehr Zeit als für die Einzel- und PartnerInnenarbeit nötig sein.

2. Präsentation der Gruppenergebnisse

Die einzelnen Arbeitsgruppen präsentieren ihre Ergebnisse und gehen dabei auch auf eventuelle Konflikte in ihren Gruppen ein. Nach den Vorstellungen der einzelnen Arbeitsgruppen werden die verschiedenen Demokratieverständnisse verglichen. Es ist keinesfalls das Ziel, ein richtiges Demokratieverständnis zu erarbeiten. Vielmehr geht es abschließend um die Reflexion des Arbeitsprozesses.

3. Reflexion der Stunde

SchülerInnen bekommen die Möglichkeit zur Rückmeldung darüber, wie sie die Stunde empfunden haben. Wurden Konflikte als mühsam empfunden oder der Austausch von Perspektiven als bereichernd? Auf jeden Fall sollte auch besprochen werden, was über Demokratie gelernt werden konnte.

**M<sub>1</sub> Demokratie ist für mich ...**

- ... wenn jede/r die gleichen Bildungschancen hat.
- ... wenn jede/r frei sagen darf, was er/sie denkt.
- ... wenn alle Menschen die gleichen Rechte haben.
- ... wenn der Staat hart durchgreift.
- ... wenn es keine Armut gibt.
- ... wenn Macht nur auf Zeit vergeben wird.
- ... wenn für die Armen genügend Hilfe geleistet wird.
- ... wenn Entscheidungen im Interesse der Mehrheit getroffen werden.
- ... wenn alle in Sicherheit leben können.
- ... wenn sich möglichst viele Menschen an möglichst vielen Entscheidungen beteiligen.
- ... wenn es keine Diskriminierung gibt.
- ... wenn alle ein Geschäft aufmachen dürfen und so viel Geld wie möglich verdienen können.
- ... wenn BürgerInnen vom Staat möglichst wenig eingeschränkt werden.
- ... wenn LokalbesitzerInnen selbst entscheiden können, ob geraucht werden darf.
- ... wenn die Mehrheit bestimmt.
- ... wenn an der Schule SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern alle Entscheidungen demokratisch treffen.
- ... wenn Wahlberechtigte auch zur Wahl gehen.
- ... wenn Wahlberechtigte über möglichst viele Fragen direkt abstimmen dürfen.
- ... wenn es Demonstrationsfreiheit gibt.
- ... wenn alle Medien ohne Einschränkungen berichten dürfen.

**Einzelarbeit**

- a) Finde fünf Aussagen, die für dich besonders zentral sind.
- b) Finde fünf Aussagen, die du so nicht teilen kannst bzw. als nicht notwendig oder weniger zentral erachtest.

**PartnerInnenarbeit**

- c) Besprecht euch mit euren NachbarInnen und legt euch gemeinsam auf je drei Aussagen fest.

**Gruppenarbeit**

- d) Einigt euch in der Gruppe auf drei besonders zentrale Aussagen und drei am wenigsten bzw. nichtzutreffende Aussagen.
- e) Vervollständigt in der Gruppe den Satz „Demokratie ist für uns ...“ eigenständig.

**BAUSTEIN 2: Unterrichtseinheit 2 bis 3**

*1. Einstieg*

*Die SchülerInnen positionieren sich zu vier Fragen des Österreichischen Demokratiemonitors*

- a) Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss.*
- b) Die Demokratie ist die beste Regierungsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag.*
- c) Das politische System in Österreich funktioniert sehr gut.*
- d) Ich habe (mich) schon mindestens einmal ...?*

Ich habe (mich) schon mindestens einmal ...?				
An Wahlen teilgenommen.	In der Schule oder der Nachbarschaft für ein Thema eingesetzt.	In einem Verein/ einer Bürgerinitiative/ einer selbstorganisierten Gruppe mitgemacht.	An einer Demonstration teilgenommen.	In einer Partei bzw. Interessensvertretung mitgearbeitet.

Die SchülerInnen positionieren sich zu den ersten drei Aussagen mittels Aufstellung entlang einer gedachten Linie durch den Klassenraum. Wer sich bspw. zur Tafel stellt, sagt damit „stimme sehr zu“, wer sich zwischen Tafel und Raummitte positioniert, „stimmt eher zu“, wer sich zwischen Raummitte und gegenüberliegender Wand hinstellt, „stimmt eher nicht zu“, und wer ganz an der Wand steht, stimmt „gar nicht“ zu. Im Anschluss verschafft sich die Klasse ein Bild über die Erfahrungen mit politischen Aktivitäten. Die Lehrperson benennt die verschiedenen Beteiligungsmöglichkeiten, und SchülerInnen signalisieren Erfahrung damit, indem sie die Hand heben. Im Anschluss an die Positionierung zu den vier Aussagen sollen eventuelle Verständnisfragen der SchülerInnen geklärt werden.

2. Gruppenarbeiten: Auseinandersetzung mit Einstellungen zur Demokratie vor dem Hintergrund der Studien

Die SchülerInnen werden in Fünfergruppen aufgeteilt. Sollten in der Klasse deutlich mehr als zwanzig SchülerInnen sein und deshalb eventuell mehr als vier Gruppen sinnvoll erscheinen, werden ein oder zwei Aufträge doppelt vergeben. Für die Gruppenarbeit sind zumindest zwanzig Minuten erforderlich. Die SchülerInnen machen sich kurze Notizen zu ihren Einschätzungen. Die Erstellung eines Plakats mit den Gruppenergebnissen ist insbesondere hilfreich, wenn mit der Präsentation erst in einer anderen Stunde fortgesetzt werden kann.

3. Präsentationen der Gruppenergebnisse

Die Gruppen bzw. einzelne Gruppenmitglieder präsentieren ihre Überlegungen entsprechend der Gliederung der Arbeitsaufträge. Nach jeder Präsentation können Verständnisfragen oder auch Kommentare und Kritik geäußert werden. Eine argumentative Auseinandersetzung zum Demokratieverständnis soll erst im nächsten Schritt stattfinden.

4. Auseinandersetzung mit Kennzeichen/Vorteilen der Demokratie sowie mit Problemen in und mit der Demokratie in Österreich.

Ersuchen Sie die SchülerInnen, gemeinsam – also im Klassenverband – zu überlegen:

- a) Woran merke ich, dass Österreich eine Demokratie ist und was finde ich daran gut, in einer Demokratie zu leben?
- b) Welche Probleme mit der Demokratie in Österreich bzw. im demokratischen Österreich sehe ich?

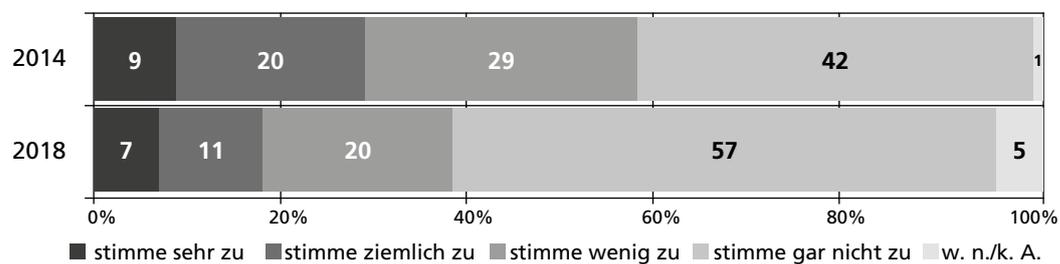
An der Tafel, mithilfe eines Beamers oder mit Plakaten wird eine Gegenüberstellung gemacht.

## PARLAMENTARISMUS

## ARBEITSWISSEN

In demokratischen Staaten haben immer gewählte Personen politische Verantwortung. Wenn, wie z. B. in England, eine Königin offiziell Staatsoberhaupt ist, dann hat diese politisch kaum Bedeutung oder Verantwortung. In demokratischen Staaten werden die wichtigsten Entscheidungen nicht von Einzelpersonen, sondern von gewählten Parlamenten getroffen. Nur in Diktaturen müssen sich die Spitzen des Staates nicht um ein Parlament und Wahlen kümmern.

### M<sub>2</sub> Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss.



Österreichischer Demokratiemonitor 2018. [https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2018/11/2018\\_Präsentation\\_Österreichischer\\_Demokratie\\_Monitor.pdf](https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2018/11/2018_Präsentation_Österreichischer_Demokratie_Monitor.pdf), 02.02.2019

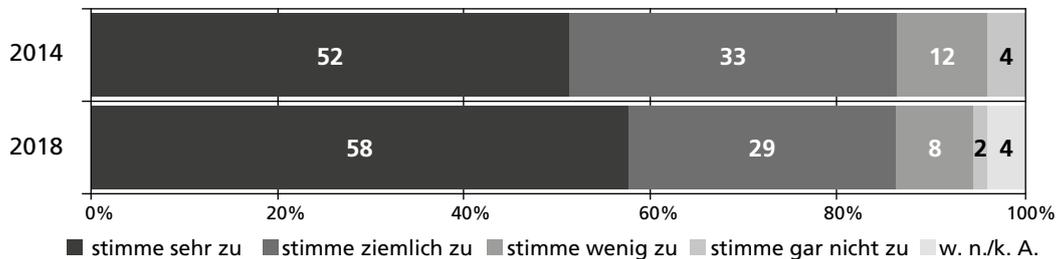
#### Arbeitsauftrag:

1. *Einstieg*
  - a) *Erklärt Vor- und Nachteile der Einbeziehung möglichst vieler Personen in Entscheidungen.*
  - b) *Fasst die wichtigsten Aussagen der Daten kurz zusammen.*
2. *Interpretation*
  - a) *Die Befragten antworteten 2014 insgesamt etwas anders als 2018. Erklärt mögliche Gründe dafür aus eurer Sicht.*
  - b) *Beurteilt, ob die Ablehnung eines starken Führers aus eurer Sicht hoch oder niedrig ist.*
3. *Kritik*
  - a) *Diskutiert, ob und inwiefern die Antworten für die Demokratie in Österreich problematisch sind.*

## MERKMALE DER STAATSFORM DEMOKRATIE

ARBEITSWISSEN

Demokratie als Regierungsform setzt freie und geheime Wahlen voraus. Es muss also mehrere Parteien und faire Bedingungen für Wahlen geben. Die Macht im Staat darf nicht bei einer Person oder Institution liegen. So braucht es zum Beispiel unabhängige RichterInnen und unabhängige Abgeordnete, die die Gesetze beschließen. Zu einer demokratischen Gesellschaft gehört aber noch viel mehr als ein demokratischer Staat: zum Beispiel Medienvielfalt, Frieden oder ein soziales Miteinander. In einer Demokratie wird versucht, Probleme und Konflikte unter Einbeziehung möglichst vieler oder grundsätzlich aller Menschen zu lösen.

**M<sub>3</sub> Die Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag.**


Österreichischer Demokratiemonitor 2018. [https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2018/11/2018\\_Präsentation\\_Österreichischer\\_Demokratie\\_Monitor.pdf](https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2018/11/2018_Präsentation_Österreichischer_Demokratie_Monitor.pdf), 02.02.2019

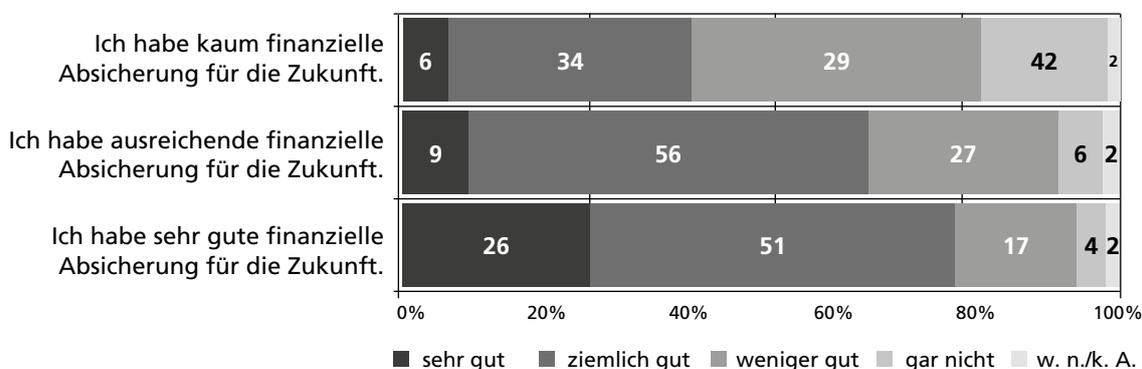
**Arbeitsauftrag:**

1. *Einstieg*
  - a) *Erklärt Vor- und Nachteile der Einbeziehung möglichst vieler Personen in Entscheidungen.*
  - b) *Fasst die wichtigsten Aussagen der Daten kurz zusammen.*
2. *Interpretation*
  - a) *Die Befragten antworteten 2014 insgesamt etwas anders als 2018. Erklärt mögliche Gründe dafür aus eurer Sicht.*
  - b) *Beurteilt, ob die Zustimmung zur Regierungsform Demokratie aus eurer Sicht hoch oder niedrig ist.*
3. *Kritik*
  - a) *Diskutiert, ob und inwiefern die Antworten für die Demokratie in Österreich problematisch sind.*

## GLEICHHEIT

## ARBEITSWISSEN

Arbeitswissen: In einer Demokratie sollten idealerweise alle BürgerInnen gleiche oder zumindest ähnliche Möglichkeiten zur Beteiligung haben und sich für ihre Interessen einsetzen können. Dieses Gleichheitsversprechen wurde sicherlich noch nie gänzlich eingelöst. Oftmals hängt es von der Bildung, vom Alter, vom Geschlecht, von der Herkunft, aber auch vom Einkommen ab, ob Menschen sich politisch engagieren bzw. ihre Anliegen Gehör finden. Auch wenn politische Gleichheit in der Praxis nur sehr schwer zu verwirklichen ist, sollten Demokratien darauf hinwirken, dass Ungleichheiten von politischer Teilhabe und Repräsentation nicht zu groß werden. Wenn zum Beispiel ein Teil der Bevölkerung an Hunger leidet, ist das ein Problem für die Demokratie in der ganzen Gesellschaft. Wenn ein Teil der Menschen nur einen eingeschränkten Zugang zu Bildung hat, erschwert das ihre Teilhabe an politischen Prozessen.

**M<sub>4</sub>** Das politische System in Österreich funktioniert ...


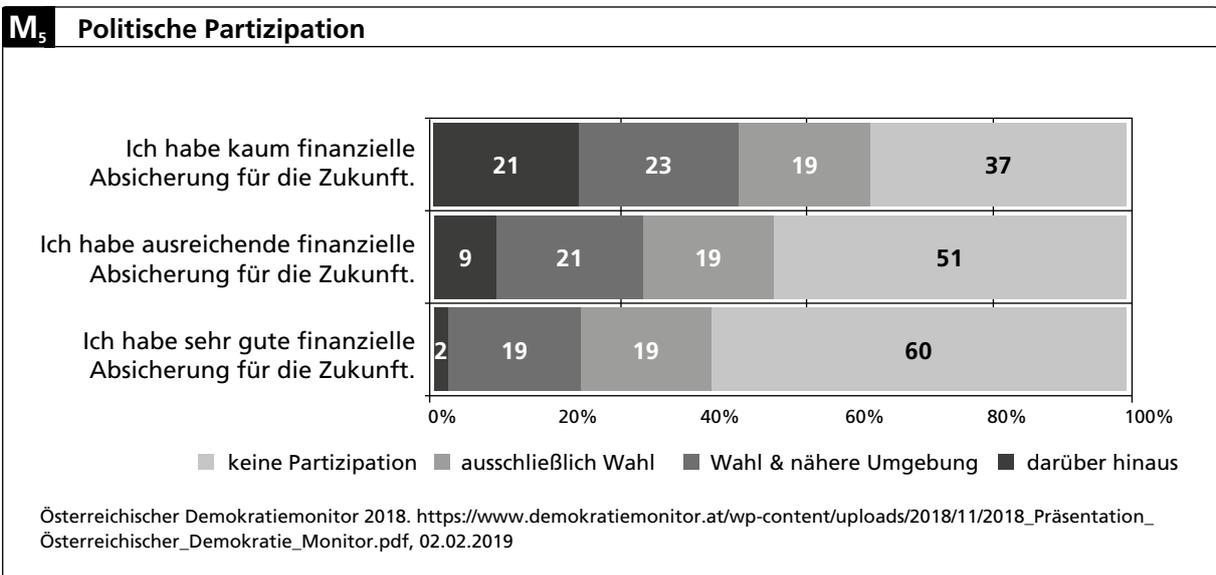
Österreichischer Demokratiemonitor 2018. [https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2018/11/2018\\_Präsentation\\_Österreichischer\\_Demokratie\\_Monitor.pdf](https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2018/11/2018_Präsentation_Österreichischer_Demokratie_Monitor.pdf), 02.02.2019

**Arbeitsauftrag:**

1. *Einstieg*
  - a) *Diskutiert, woran man erkennen kann, ob Demokratie in einem Land funktioniert oder nicht.*
  - b) *Fasst die wichtigsten Aussagen der Daten kurz zusammen.*
2. *Interpretation*
  - a) *Beurteilt, ob die Zufriedenheit mit dem politischen System in Österreich aus eurer Sicht hoch oder niedrig ist.*
  - a) *Erklärt mögliche Gründe für den Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit dem politischen System und der Einschätzung der eigenen materiellen Sicherheit.*
3. *Kritik*
  - a) *Diskutiert, ob bzw. inwiefern die Antworten für die Demokratie in Österreich problematisch sind.*

**MITBESTIMMUNG** ARBEITSWISSEN

Partizipation in einer Demokratie kann auf vielen Wegen stattfinden. Nachdem nicht jede und jeder über jedes Thema jederzeit mitentscheiden kann und möchte, ist Demokratie in größeren Gemeinwesen auf Repräsentation angewiesen. Wer uns in politischen Angelegenheiten vertreten soll, bestimmen wir zumeist über Wahlen. Politische Entscheidungen werden aber auch „im Kleinen“ getroffen: Menschen diskutieren und handeln miteinander (offline oder online) oder kaufen bestimmte Produkte (nicht). Sie engagieren sich in Parteien, in Vereinen oder in NGOs. Manche Menschen beteiligen sich aber auch gar nicht an politischen Prozessen. Wie sehr sich ein Mensch politisch engagiert, ist auch davon abhängig, über welche materiellen Ressourcen jemand verfügt.



**Arbeitsauftrag:**

1. Beschreiben
  - a) Wie viel Mitspracherecht können/sollen/müssen Einzelne in einer Demokratie haben?
  - b) Fasst die wichtigsten Aussagen der Daten kurz zusammen.
2. Interpretation
  - a) Beurteilt, ob die politische Teilhabe von BürgerInnen aus eurer Sicht hoch oder niedrig ist.
  - b) Personen, die einen Mangel an Ressourcen verspüren, nehmen in Österreich am politischen Prozess seltener Teil. Erklärt mögliche Gründe dafür aus eurer Sicht.
3. Kritik
  - a) Diskutiert, ob und inwiefern die Antworten für die Demokratie in Österreich problematisch sind.

### BAUSTEIN 3: Unterrichtseinheiten 4 und 5

#### Einigung auf ein zu bearbeitendes Problem- bzw. Themenfeld

Die SchülerInnen überlegen nach den Gruppenpräsentationen zunächst individuell, was sie an der Demokratie in Österreich schätzen.

- ▶ Liste 1–2 Punkte auf, die du an deinem Leben in einer Demokratie besonders wertschätzt?
- ▶ Führe auch 1–2 Punkte auf, die deiner Meinung nach in der österreichischen Demokratie verbessert werden müssten.

#### Themenwahl und Begründung

Die Lehrperson bzw. eine der SchülerInnen sammelt die Nennungen auf einem Flipchart. Anschließend wird (z.B. mit zu verteilenden Klebepunkten) eines der angeführten Probleme ausgewählt, um es eingehender zu thematisieren. Für die Auswahl sollen zwei Kriterien maßgeblich sein: 1. Inwiefern sehen sich die Anwesenden durch das Problem persönlich betroffen? 2. Wie zentral ist das Problem für das Funktionieren einer Demokratie? Nach dem Aufkleben der Punkte werden einzelne TeilnehmerInnen gebeten, ihre Entscheidung vor dem Hintergrund dieser Kriterien zu begründen. Damit wird ein Orientierungsrahmen sichtbar.

#### Mehrheitsentscheidung

##### Formulierung eines konkreten Problems

Anschließend wird eine Formulierung für ein politisches Problem gesucht. Das ist ein schwieriger Schritt, weil damit zugleich Perspektiven für die weitere Auseinandersetzung festgelegt werden. Daher ist es wichtig, dass die überwiegende Mehrheit der GruppenteilnehmerInnen die Problemformulierung mittragen kann. Vorschläge werden auf Flipchartpapier oder an der Tafel notiert, damit alle den Überblick behalten und eine Auswahl treffen können.

#### Widersprüche anerkennen

##### Suche nach Ursachen

Zur genaueren Auseinandersetzung führt im nächsten Schritt die Frage nach möglichen Ursachen. Die SchülerInnen diskutieren die aus ihrer Sicht relevantesten. Diese werden notiert und auch erläutert. So ergibt sich ein breites Spektrum, das wahrscheinlich auch Widersprüche beinhaltet. Diese Widersprüche ergeben sich aus unterschiedlichen Perspektiven und Interessen und müssen bzw. können in der Gruppe nicht immer aufgehoben werden. Sie bilden eine Grundlage für die Auseinandersetzung mit Zielen bzw. Lösungsansätzen.

#### Vorschläge sammeln, Folgen reflektieren

##### Diskussion von Zielen und Lösungsansätzen

Die Diskussion um Ziele und Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele wird hier zusammengefasst. Hier sind verschiedene Vorschläge gefragt, wobei die Diskussion Kritik und Widerspruch braucht. Selbstverständlich geht es nicht um die Ausarbeitung beschlussreifer Maßnahmen, sondern vielmehr um Lösungsansätze und damit verbundene politische Forderungen. Denn auch wenn Forderungen mit viel Überzeugung vertreten werden, liegt es in der Natur der Sache, dass die Auswirkungen und Durchsetzungsmöglichkeiten nicht vollends vorhersehbar sind. Zur kritischen Reflexion von Lösungsansätzen/Forderungen eignet sich insbesondere die Frage nach den beabsichtigten und unbeabsichtigten Folgen.

Um nicht den Überblick darüber zu verlieren, hinter welchen Lösungsansätzen und Forderungen die Gruppe steht, ist es wichtig, Zwischenergebnisse an der Tafel oder auf einem Flipchart festzuhalten. Das kann mittels Abstimmung oder durch Konsensfindung erreicht werden.

### Aufnahme eines Videostatements

Von der Gruppe entsprechend mitgetragene Forderungen sollen in ein kurzes Videostatement verpackt werden. Dabei ist es sinnvoll, die Sichtweise auf das Problem voranzustellen und auch Ursachen zu erwähnen. Das Statement soll von einem Schüler/einer Schülerin mit einem Handy aufgenommen werden. Damit wird auch die Nutzung sozialer, elektronischer Medien geübt, um auf ein Problem aufmerksam zu machen und Lösungsansätze zu verbreiten.

- 1 BMBF: Unterrichtsprinzip Politische Bildung: Grundsatzlerlass 2015. Reheis, Fritz: Politische Bildung: Eine kritische Einführung. Wiesbaden 2014, S. 3. Bundschuh, Stephan: Prävention gegen Autoritarismus, in: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch Politische Bildung. Bonn 2014, S. 341–350. Hier: S.342.
- 2 Vgl. Brunkhorst, Hauke: Demokratischer Experimentalismus. Frankfurt am Main 1998.
- 3 Nolte, Paul: Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2011, S. 5–12.
- 4 Adorno, Theodor/Frenkel-Brunswick, Else/Levinson, Daniel/Sanford, Nevitt: The authoritarian personality. Oxford 1950. Rathkolb, Oliver/Ogris Gunther: Historical totalitarian experiences, authoritarian potential and democratic values in Austria, Poland, Hungary and the Czech Republic. Wien 2008. Lasswell, Harold: Democratic Character, in: Lasswell, Harold (Hrsg.): Political Writings of Harold Lasswell. Glencoe 1951, S. 465–525.
- 5 Easton, David/Jack, Dennis: Children in the Political System. New York 1969. Lauss, Georg/Schmid-Heher, Stefan: Politische Bildung an Wiener Berufsschulen. Demokratische und autoritäre Potentiale von Lehrlingen, in: Mittnik, Philipp (Hrsg.): Empirische Einsichten in der politischen Bildung, Innsbruck 2017, S. 95–124. Shell Deutschland: 17. Shell Jugendstudie. Frankfurt a. M. 2015. Heinzlmeier, Bernhard/Phillip, Ikrath: Jugendwertestudie 2011, Wien 2012.
- 6 SORA: Österreichischer Demokratiemonitor 2018, <https://www.demokratiemonitor.at/>, 12.12.2018
- 7 Nolte, Paul: Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 2011. S. 5–12.
- 8 Reinhardt, Sybille: Politikdidaktik: Praxishandbuch für die Sekundarstufe 1 und 2. Berlin 2016, S. 93.
- 9 Vgl. Scholz, Lothar: Demokratie – was ist das? Themenblätter im Unterricht Nr. 81. Bonn 2013.



#### WEBTIPP

Tanzer, Gerhard: Demokratie ist ...! Demokratieverständnis und Demokratiemodelle (Unterrichtsbeispiel). In: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Jugend – Demokratie – Politik. Informationen zur Politischen Bildung 28/2008, online unter  
▶ [www.politischebildung.com](http://www.politischebildung.com) → Übersicht

## Glossar

### **Autokratie**

Uneingeschränkte Herrschaft durch eine/n Einzelne/n.

### **Checks and Balances**

Bezeichnung, die meist für die US-amerikanische Variante der Gewaltenteilung (siehe dort) verwendet wird; neben der Teilung in die drei Gewalten Legislative, Exekutive und Judikative tragen dort u.a. auch die Kompetenzen der einzelnen Bundesstaaten gegenüber jenen des Gesamtstaats zu einem Machtausgleich bei.

Quelle: [www.bpb.de](http://www.bpb.de)

### **Direkte Demokratie**

Eine Form der Demokratie, in der die BürgerInnen unmittelbar (direkt) die politischen Entscheidungen fällen. Die meisten demokratischen Staaten sind repräsentative Demokratien, die BürgerInnen können aber bei einzelnen politischen Entscheidungen über bestimmte Sachfragen direkt bestimmen. Instrumente der direkten Demokratie in Österreich sind Volksabstimmung, Volksbegehren, Volksbefragung, Petitionen und Bürgerinitiativen.

Quelle: [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org) → Wissenslexikon

### **Elitendemokratie**

Hier haben demokratische Abläufe wie Wahlen einzig den Zweck, die politischen Eliten festzustellen, die wiederum um die Stimmen der Wahlberechtigten kämpfen. Sonst wird BürgerInnen keine Möglichkeit der Mitbestimmung zugestanden.

Quelle: [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org) → Wissenslexikon

### **Gewaltenteilung**

In Demokratien ist das politische System in drei „Gewalten“ getrennt, die voneinander unabhängig sind und die sich gegenseitig kontrollieren: die Legislative (Gesetzgebung), Aufgabe des Parlaments; die Exekutive, (vollziehende Gewalt) Aufgabe der Regierung, des Bundespräsidenten/der Bundespräsidentin und der übrigen Verwaltung; die Judikative (Rechtsprechung), Aufgabe der Gerichte.

Quelle: [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org) → Bildung → Lernmodule → Das politische System

### **Konsens- bzw. Konkordanzdemokratie**

Auch als „Verhandlungsdemokratie“ bezeichnetes Demokratiemodell, in dem verschiedene Kompromisstechniken angewendet werden, um über kontroverse Themen einen Konsens (Übereinstimmung) zu erreichen.

Quelle: [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org) → Wissenslexikon

### **Moderne**

Bezeichnet die Epoche ab der Aufklärung, geprägt durch Industrialisierung, Urbanisierung und Demokratisierung. Der Begriff wird oft im kulturgeschichtlichen Bereich verwendet und mit bestimmten künstlerischen Strömungen in Verbindung gebracht.

Quelle: [www.musiklexikon.ac.at](http://www.musiklexikon.ac.at)

### **Partizipative Demokratie**

Demokratiemodell, bei dem möglichst viele in die Entscheidungsprozesse in möglichst vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens (Politik, Familie, Wirtschaft, Schule etc.) eingebunden werden sollen. Beteiligung wird hier nicht nur als Methode, sondern als Wert an sich bzw. als eine möglichst zu verallgemeinernde „Lebensform“ verstanden.

Quelle: [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org) → Wissenslexikon

### **Pluralistisch-repräsentative Demokratie**

Demokratische Herrschaftsform, bei der die politischen Entscheidungen und die Kontrolle der Exekutive (Regierung) nicht direkt vom Volk, sondern von einer Volksvertretung (Parlament) ausgeübt werden, die das Volk repräsentiert. Die Ausübung der demokratischen Rechte der Bevölkerung ist in der repräsentativen Demokratie auf die Beteiligung an Wahlen und die Mitwirkung in Parteien, Verbänden und Initiativen beschränkt. Parlamente bilden den Kern der repräsentativen Demokratie. Sie sind auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene das Organ der BürgerInnen, beschließen Gesetze und steuern damit die Arbeit der Regierung und ihrer BeamtInnen, sie kontrollieren die Regierung und sprechen ihr das Vertrauen bzw. Misstrauen aus.

Quelle: [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org) → Wissenslexikon

## AutorInnenverzeichnis

### **Wolfgang Buchberger, Mag.**

Hochschulprofessor für Geschichts- und Politikdidaktik an der Pädagogischen Hochschule Salzburg und Leiter des „Bundeszentrums für Gesellschaftliches Lernen“ (BZGL). Davor langjähriger Gymnasiallehrer und Lektor an der Universität Salzburg. Forschungsschwerpunkte u.a.: Theorie und Didaktik der Geschichte und der Politischen Bildung, insbesondere Pragmatik des Unterrichts und quantitative und qualitative Erhebungsmethoden der Fachdidaktiken.

### **Georg Lauss, Dr.**

Seit 2014 Hochschullehrperson für Politische Bildung und empirische Sozialforschung an der Pädagogischen Hochschule Wien. Mitarbeiter am Zentrum für Politische Bildung. Davor Mitglied der Life-Science-Governance Research Platform am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

### **Elmar Mattle, Mag.**

Unterrichtet gegenwärtig Deutsch und Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung am Kollegium Aloisianum (Linz). Seit 2009 Mitverwendung an der Pädagogischen Hochschule der Diözese Linz (NMS-Ausbildung Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung). Seit 2015 ist er Mitarbeiter am Bundeszentrum für Gesellschaftliches Lernen an der Pädagogischen Hochschule Salzburg Stefan Zweig.

### **Petra Mayrhofer, Dr.**

Historikerin und Lehrbeauftragte am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien.

### **Lara Möller, BA MA**

Politikwissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Universität Wien und des Demokratiezentrums Wien. Vorstandsmitglied der Österreichi-

schen Gesellschaft für Politikwissenschaft (ÖGPW) und der Interessengemeinschaft Politische Bildung (IGPB). Forschungsschwerpunkte u.a.: Demokratiedidaktik, BürgerInnenbewusstsein und Alltagsorientierung, Inklusions- und Exklusionsprozesse.

### **Simon Mörwald, Mag.**

Unterrichtet Deutsch, Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung an der HBLW Linz Landwied-straße. Seit 2012 ist er als Referent in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung an der PH Oberösterreich tätig und seit 2015 Mitarbeiter am Bundeszentrum für Gesellschaftliches Lernen der Pädagogischen Hochschule Salzburg Stefan Zweig.

### **Stefan Schmid-Heher, Mag. BEd**

Seit 2016 dienstzugeeteilt an der PH Wien (Mitarbeiter am Zentrum für Politische Bildung). Davor zehn Jahre Berufsschullehrer in Wien (unter anderem für Politische Bildung). Seit 2011 in der LehrerInnenaus- und -fortbildung tätig. Diplomstudium der Geschichte.

### **Dieter Segert, Dr.**

Bis 2017 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Wien. 2019 erscheint im VSA-Verlag Hamburg sein Buch „Transformation und politische Linke – eine ostdeutsche Perspektive“.

### **Martina Zandonella, Mag.<sup>a</sup>**

Sozialwissenschaftlerin, seit 2008 bei SORA (Institute for Social Research and Consulting) in Wien. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Demokratie- und Partizipationsforschung sowie Bildungsforschung mit dem Fokus Politische Bildung. Im Rahmen der SORA-Weiterbildungsschiene „Next Level“ unterrichtet sie Methoden der Sozialforschung und ausgewählte Themen aus ihrem Arbeitsfeld.



## AUSSTELLUNG

# Demokratie – Grundlage unseres Zusammenlebens

### Ein Beitrag zur Visualisierung unserer Demokratie in Bildungseinrichtungen

Eine wichtige **Zielsetzung** dieser vom Demokratiezentrum Wien erarbeiteten Ausstellung ist, neben der Verdeutlichung wichtiger Zäsuren der Demokratieentwicklung in Österreich, die Stärkung unseres heutigen Demokratiebewusstseins und der Bereitschaft, sich für unsere gesellschaftspolitische Ordnung einzusetzen.

**Die interaktive Ausstellung** visualisiert Demokratie und verankert sie im alltäglichen Lernort Schule, in Volkshochschulen und anderen Bildungseinrichtungen der Erwachsenenbildung, um damit unsere demokratische Identität – die inklusiv und einend wirkt – zu stärken. Mittels **begleitender Informationen** im Internet leistet die Ausstellung damit auch einen wesentlichen Beitrag zur Demokratiebildung, die eine wichtige Voraussetzung für Beteiligung und zivilgesellschaftliches Engagement darstellt.

**Die Ausstellung umfasst 8 Tafeln im Format A1** mit praktischem Hängesystem. Jede Tafel verfügt über einen QR-Code, über den vertiefende Informationen direkt vor Ort abrufbar sind. Eine Begleitbroschüre dient zur Vorbereitung für LehrerInnen und MultiplikatorInnen.

**Ausstellungskuratorin:** Gertraud Diendorfer, Demokratiezentrum Wien

### BESTELLMÖGLICHKEITEN DER AUSSTELLUNG:

**Für Wiener Pflichtschulen:**  
MA 56 – Wiener Schulen  
Infotelefon: 01/59916 95010  
oea@ma56.wien.gv.at

**Für alle anderen Schulen, Volkshochschulen und Bildungseinrichtungen:**  
Demokratiezentrum Wien  
Tel.: 01/512 37 37  
office@demokratiezentrum.org

### WORKSHOPS ZUR AUSSTELLUNG

z.B. auch im Rahmen von SCHILFs, können über das Demokratiezentrum Wien gebucht werden.

### ONLINE-BEGLEITMATERIALIEN:

[www.demokratiezentrum.org/ausstellungen/demokratie.html](http://www.demokratiezentrum.org/ausstellungen/demokratie.html)

## Themenhefte der *Informationen zur Politischen Bildung*

Mit dem Schuljahr 2016/17 trat der neue Lehrplan Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung für die Sekundarstufe I in Kraft. Dieser ist modular aufgebaut und enthält auch sechs Module für die Politische Bildung. Ab Themenheft 38 beschäftigen sich daher sechs Hefte der *Informationen zur Politischen Bildung* mit jeweils einem Themenmodul des neuen Lehrplans. Aufgrund des neuen Lehrplans sind die Unterrichtsbeispiele in diesen Heften bereits für Sekundarstufe I, beginnend mit der 6. Schulstufe, aufbereitet.

### Die Themenhefte bieten für LehrerInnen

- ▶ verständliche fachwissenschaftliche Artikel
- ▶ fachdidaktische Beiträge zu den Neuerungen im Lehrplan, wie Kompetenzorientierung und konzeptuelles Lernen
- ▶ Unterrichtsbeispiele, Materialien und kopierfähige Vorlagen für die Unterrichtspraxis



**Themenheft 41 „Wahlen und wählen“** beschäftigt mich mit dem Modul 9 der 3. Klasse (Politische Bildung). „Wahlen und Wählen“ und bietet Informationen über Wahlen, Wahlkämpfe, gewählte Institutionen und ihr Zusammenspiel im politischen Mehrebenensystem.

**Themenheft 42 „Politische Mitbestimmung“** bezieht sich auf das Modul 8 der 4. Klasse (Politische Bildung).

**Themenheft 43 „Medien und politische Kommunikation“** knüpft an Modul 9 der 4. Klasse (Politische Bildung) an und zeigt die Verbindung zwischen (digitalen) Medien und Politik auf.

### BESTELLMÖGLICHKEITEN:

LehrerInnen und Schulbuchbibliotheken können die Hefte der Reihe auf [www.politischebildung.com](http://www.politischebildung.com) unter der Rubrik „Bestellungen“, sowie unter [office@politischebildung.com](mailto:office@politischebildung.com) oder per Telefon und Fax unter Tel.: 01/5123737-11, Fax: 01/5123737-20 bestellen. Download unter [www.politischebildung.com](http://www.politischebildung.com)



### ONLINEVERSION

Die Beiträge und Materialien der Hefte sind auch in der Onlineversion kostenlos zugänglich:

- ▶ Kopierfähige Vorlagen und Arbeitsaufgaben und Materialien als Download
- ▶ Vollständige Printausgaben als Download

[www.politischebildung.com](http://www.politischebildung.com) → Informationen zur Politischen Bildung → Onlineversion

# Informationen zur Politischen Bildung

forumpolitischebildung (Hrsg.)

- Nr. 1 Osteuropa im Wandel** 1991
- Nr. 2 Flucht und Migration** 1991
- Nr. 3 Wir und die anderen** 1992
- Nr. 4 EG-Europa**  
Fakten, Hintergründe, Zusammenhänge, 1993
- Nr. 5 Mehr Europa?**  
Zwischen Integration und Renationalisierung, 1993
- Nr. 6 Veränderung im Osten**  
Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, 1993
- Nr. 7 Demokratie in der Krise?**  
Zum politischen System Österreichs, 1994
- Nr. 8 ARBEITS-LOS**  
Veränderungen und Probleme in der Arbeitswelt, 1994
- Nr. 9 Jugend heute**  
Politikverständnis, Werthaltungen, Lebensrealitäten, 1995
- Nr. 10 Politische Macht und Kontrolle** 1995/96
- Nr. 11 Politik und Ökonomie**  
Wirtschaftspolitische Handlungsspielräume Österreichs, 1996
- Nr. 12 Bildung – ein Wert?**  
Österreich im internationalen Vergleich, 1997
- Nr. 13 Institutionen im Wandel** 1997
- Nr. 14 Sozialpolitik**  
im internationalen Vergleich, 1998
- Nr. 15 EU wird Europa?**  
Erweiterung – Vertiefung – Verfestigung, 1999
- Nr. 16 Neue Medien und Politik** 1999
- Nr. 17 Zum politischen System Österreich**  
Zwischen Modernisierung und Konservativismus, 2000
- Nr. 18 Regionalismus – Föderalismus – Supranationalismus** 2001
- Nr. 19 EU 25 – Die Erweiterung der Europäischen Union** 2003
- Nr. 20 Gedächtnis und Gegenwart**  
HistorikerInnenkommissionen, Politik und Gesellschaft, 2004
- Nr. 21 Von Wahl zu Wahl** 2004
- Nr. 22 Frei-Souverän-Neutral-Europäisch**  
1945 1955 1995 2005, 2004
- Nr. 23 Globales Lernen – Politische Bildung**  
Beiträge zu einer nachhaltigen Entwicklung, 2005
- Nr. 24 Wie viel Europa?**  
Österreich, Europäische Union, Europa, 2005
- Nr. 25 Sicherheitspolitik**  
Sicherheitsstrategien, Friedenssicherung, Datenschutz, 2006 noch lieferbar
- Nr. 26 Geschlechtergeschichte – Gleichstellungspolitik – Gender Mainstreaming** 2006
- Nr. 27 Der WählerInnenwille** 2007
- Nr. 28 Jugend – Demokratie – Politik** 2008
- Nr. 29 Kompetenzorientierte Politische Bildung** 2008
- Nr. 30 Politische Kultur. Mit einem Schwerpunkt zu den Europawahlen** 2009
- Nr. 31 Herrschaft und Macht** 2009
- Nr. 32 Erinnerungskulturen** 2010 noch lieferbar
- Nr. 33 Wirtschaft und Politik** 2010 noch lieferbar
- Nr. 34 Politische Handlungsspielräume** 2011
- Nr. 35 Medien und Politik** 2012
- Nr. 36 Das Parlament im österreichischen politischen System** 2012
- Nr. 37 Religion und Politik** 2013
- Nr. 38 Politisches Handeln im demokratischen System Österreichs** 2016
- Nr. 39 Gesetze, Regeln, Werte** 2016
- Nr. 40 Identitäten** 2016 noch lieferbar
- Nr. 41 Wahlen und Wählen** 2017 noch lieferbar
- Nr. 42 Politische Mitbestimmung** 2017 noch lieferbar
- Nr. 43 Medien und politische Kommunikation** 2018 noch lieferbar

ISBN: 9783950423464



9 783950 423464